Nr. 151. Halle a. S., Mittwoch den 1. Juli 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig. Für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

KÖNIGL. BIBLIOTHEK DER UNIVERSITÄT HALLE a. S.

Justiz im Dunkeln.

Der Beschluß des Gerichtshofs im Eulenburg-Prozeß (über den wir an anderer Stelle der heutigen Nummer berichten), während der ganzen Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschließen, ist lange genug vorher angekündigt worden, um nicht überraschend zu wirken, aber längere Ueberlegung vermag die Bedenken, die sich gegen ihn erheben, keineswegs zu beseitigen. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit verschlechtert die Situation des Angeklagten vor der Welt, die nach allem, was sie bisher erfahren hat, mit der Schuld des Angeklagten als mit einer absoluten Gewißheit rechnen muß. Ein Freispruch, mag er nun aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme geschöpft werden oder rein menschlichen Erwägungen entspringen (Geschworene haben ja schon mitunter, und zwar mit gutem Recht, geständige Angeklagte aus Gründen der Menschlichkeit freigesprochen), kann nicht verstanden werden ohne die ausführlichste einwandfreieste Darstellung der Gründe, die zu ihm geführt haben. Ein Freispruch im Eulenburg-Prozesse nach geheimer Verhandlung aber würde keinen Menschen glauben machen, daß der Angeklagte unschuldig sei, sondern nur allerorten die Frage wecken: Wie ist das zugegangen? Was hat sich ereignet, welche Einflüsse haben sich geltend gemacht, daß in geheimer Verhandlung ein Mann freigesprochen werden konnte, der in der öffentlichen Verhandlung des Münchener Staedele-Prozesses schon so gut wie verurteilt war?

Der Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel hat das Vertrauen aufgerufen, das die königl. preußische Justizverwaltung und die Geschworenenbank, „ein Volksgericht im besten Sinne des Wortes" verdienen sollen. Daß preußische Geschworenenbänke ungefähr ebensowenig Volksgerichte sind, wie etwa das preußische Abgeordnetenhaus eine Volksvertretung, soll nur nebenbei erwähnt sein, da ja das Vertrauen des Volks zu den zwölf Kaufleuten und Fabrikanten auf der Geschworenenbank doch ganz anders geartet ist als das Gefühl, das man in den weitesten Kreisen einem mit fünf Berufsrichtern besetzten Gerichtshof entgegenzubringen gewohnt ist. Immerhin hätte Herr Isenbiel wenigstens dafür sorgen können, daß sich in diesem geheimen Hofklandalprozesse keine Hoflieferanten unter den Geschworenen befinden; sie selbst haben ja nicht das Recht, abzulehnen, Herr Isenbiel hat von seinem Ablehnungsrecht ihnen gegenüber keinen Gebrauch gemacht. Hoflieferanten, so brave und gewissenhafte Männer sie auch sein mögen, sind in diesem Prozeß keine geeigneten Richter. Was nun aber die Justizverwaltung und das Vertrauen zu ihr betrifft, so kommt man eben um die Tatsache nicht herum, daß in dem bisherigen Verlauf der Eulenburg-Hardenschen Händel das Recht immer auf die eine oder auf die andere Seite fiel, je nachdem öffentlich oder nicht öffentlich verhandelt wurde. Im ersten öffentlichen Prozeß vor dem Schöffengericht wird Harden freigesprochen, weil die homosexuelle Veranlagung des Grafen Moltke erwiesen ist. Im zweiten nichtöffentlichen Prozeß wird Harden verurteilt, weil das geheime Beweisverfahren auch nicht einen Schatten seiner Behauptungen übrig gelassen haben soll und weil insbesondere der Fürst Eulenburg nach den Versicherungen seines jetzigen Anklägers hätte gereinigt, völlig schuld- und fleckenlos aus der peinlichen Prüfung hervorgegangen sein soll. Es folgt ein dritter Prozeß, der Münchener, er ist wieder öffentlich und führt zu jener gerichtlichen Niederlage des Fürsten, die ihn jetzt auf die Anklagebank gebracht hat. Der vierte Eulenburg-Hardenprozeß (die kleineren Zwischenspiele nicht gerechnet) hat nun begonnen, und er ist wieder nicht öffentlich.

Der Beschluß, die Oeffentlichkeit auszuschließen, ist mit seltener Einmütigkeit gefaßt worden. Es hat sich in diesem Punkte zwischen Anklage, den Verteidigern und dem Vorsitzenden eine so vollkommene Uebereinstimmung der Meinungen ergeben, wie man sie sonst in ähnlichen Fällen nicht zu erleben gewohnt ist. Dauert diese Uebereinstimmung auch während der Beweisaufnahme fort, so ist es leicht möglich, daß die Geschworenen ein völlig schiefes Bild der Tatsachen gewinnen, denn nur der Widerstreit der Meinungen bringt die Wahrheit an den Tag. Ob Herr Isenbiel auch in diesem Prozeß jenen leidenschaftlichen Eifer für sein Beweisthema an den Tag legen wird, den man in so vielen andern politischen Prozessen an ihm bewundern durfte, wird nun leider ein ewiges Geheimnis bleiben. Nur als Verteidiger Eulenburgs, als sein begeisterter Freund und Lobredner, so wie er sich im zweiten Harden-Prozesse gezeigt hat, wird der Oberstaatsanwalt Isenbiel in der Geschichte der berühmten Prozesse fortleben. Dieser Oberstaatsanwalt Isenbiel tritt nun in die Dunkelkammer einer geheimen Gerichtsverhandlung mit der Ankündigung, er wolle beweisen, daß der Fürst Eulenburg, sein Schützling von vorgestern, des Meineides und der Verleitung zum Meineid schuldig sei. Wenn nun dieser Beweis, der in München öffentlich gelungen ist, in der Berliner Geheimstube mißlingt? Wird dann die Welt Herrn Isenbiel glauben können, wenn er behauptet, er habe pflichtgemäß alles getan, um die für die Schuld des Angeklagten sprechenden Momente ins rechte Licht zu stellen?

Ein Freispruch nach öffentlicher Verhandlung hätte vielleicht auf die Massen des Volks, die durchaus nicht blutdürstig veranlagt sind und einem alten gebrochenen Menschen wohl noch ein Leben außerhalb des Zuchthauses gönnen würden, als befriedigender Abschluß wirken können. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit aber bedeutet die endgültige unwiderrufliche Verurteilung des Fürsten vor den Augen der Welt. An dieser Verurteilung kann auch ein Freispruch nichts ändern: ein Freispruch nach öffentlicher Verhandlung hätte ein befreiender Akt sein können, ein Freispruch auf Grund eines geheimen Beweisverfahrens wäre nichts als ein krasser Justizskandal.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 30. Juni 1908.

Polizei und Staatsanwalt.

Vor dem Landgericht Hannover spielte sich am Freitag der erste Akt eines Dramas nach dem bekannten preußischen Leit- und Leidmotiv „Polizei und Publikum" ab, das für die Bewertung und Behandlung des Publikums, wenn es zu diesen beiden in Wechselbeziehung tritt, geradezu klassisch ist.

Eines Nachts kommt der Kaufmann Siemens mit mehreren Bekannten von einer Festlichkeit. Sie summen in harmloser Weise eine Tanzmelodie vor sich hin, **da packt den Siemens eine Schutzmannsfaust ohne weiteres ins Genick**, und ihr Inhaber, der Schutzmann Karberg, fordert die Angabe der Personalien. Siemens sagt sie und zeigt Legitimationen. Der Schutzmann notiert sie, fordert den Siemens aber trotzdem auf, **mit zur Wache zu kommen, und packt ihn am Arm**, um ihn mitzuziehen. Siemens erklärt sich bereit, mitzugehen, und verbittet sich nur das Anpacken. Vergebens. Als die Begleiter auf den Schutzmann einreden, daß doch nichts vorgekommen sei, was diese Behandlung rechtfertige, und sich insbesondere dafür verbürgen, daß die Personalien richtig angegeben seien, erhält einer von ihnen, der Kontorist Meyer, **ohne weiteres einen Faustschlag ins Gesicht**. Siemens wurde dann zur Wache gebracht. Auf der Treppe schon ist er vom Schutzmann Karberg **fortgesetzt in die Rippen gestoßen**. Auf der Wache ist er **auf den Kopf geschlagen** und „Dummer Junge" tituliert, der die „Schnauze" zu halten habe. Sein Hut wurde mit Füßen hin- und hergetreten, und als er sich das verbat, wurde er geprügelt. Erst als Siemens sich endgültig alles gefallen ließ, ließ man ihn zufrieden und sperrte ihn in den sog. Sistierschrank.

Der Musikus Schneider kam zufällig dazu, als Siemens festgenommen wurde. Er redete dem Schutzmann Karberg zu, den Siemens doch gehen zu lassen, und sagte zu dem später hinzukommenden Schutzmann Sybilski, Karberg sei offenbar zu schroff vorgegangen. Darauf wurde er vom Schutzmann Sybilski **ohne weiteres auch mit zur Wache genommen**. Auf der Wache ist Schneider dann **von drei Schutzleuten schwer mißhandelt**, nach seiner Angabe mit **Gummischlauch, Säbel, Fäusten und Füßen**. Jedenfalls war er im Gesicht und auf dem Kopfe **mit blutigen Wunden bedeckt** und hatte einen Stich im Arm, wie das ärztliche Attest bekundet, abgesehen von einer Anzahl minder schwerer Verletzungen.

Endlich ist der Kaufmann Lauer zufällig vor das Wachlokal gekommen, als Schutzmann Sybilski **mit gezogenem Säbel** gegen das angesammelte Publikum vorging. Lauer hat darüber gelacht und ist deshalb vom Schutzmann Sybilski **ohne weiteres vor die Brust gefaßt und festgenommen**.

Das ist der nackte Tatbestand, wie er am Freitag vor der Hannoverschen Strafkammer durch eine glücklicherweise erdrückende Zahl einwandsfreier Zivilzeugen festgestellt wurde, denn die Schutzleute **beschworen das Gegenteil** oder **verweigerten im kritischen Moment ihre Aussage**.

Wie verhielt sich nun die Staatsanwaltschaft? Zunächst erstattete der Musiker Schneider Anzeige gegen die Schutzleute Karberg, Sybilski und zwei andere auf der Wache gewesene Schutzleute und stellte Strafantrag wegen gefährlicher Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Beleidigung. Die Polizei hatte bis dahin nur gegen Siemens und einige seiner Begleiter einen Strafbefehl wegen „ruhestörenden Lärms" (das Summen der Tanzmelodie) erlassen, wovon das Schöffengericht sie auf Grund der Zeugenaussagen aber freisprach. Nachdem die Staatsanwaltschaft auf Betreiben Schneiders endlich in eine Untersuchung des Vorganges auf der Wache eingetreten war, **lehnte sie ein Einschreiten gegen die Schutzleute ab**. Als sich dann Schneider **beschwerdeführend an die Oberstaatsanwaltschaft** in Celle wandte, erhielt er von dort — es waren inzwischen drei Monate vergangen — den Bescheid, die Oberstaatsanwaltschaft wolle erst das gegen ihn, Schneider, schwebende Strafverfahren abwarten. Auf diese Weise erfuhr Schneider jetzt erst, daß **auf einmal ein Strafverfahren gegen ihn schwebe**. Nach einigen Wochen bekam er dann auch die Klagezustellung. Denn siehe da, die Schutzleute hatten, als es ihnen an den Kragen ging, schleunigst eine Anzeige gegen Schneider wegen **Widerstands, versuchter Gefangenenbefreiung, wissentlicher falscher Anschuldigung** usw. gemacht; und auf diese war die Staatsanwaltschaft, die den Schneider abgewiesen hatte, **bereitwillig sofort eingegangen**. Die Stellung Schneiders **als Angeklagter** wurde außerdem dadurch erschwert, daß man **gerade die Zeugen** Siemens u. Lauer, die über die Mißhandlung auf der Wache aussagen konnten, **unter der gleichen Anklage mit auf die Anklagebank setzte und so als Zeugen für Schneider ausschaltete**.

Glücklicherweise waren genügend andere einwandsfreie Zeugen vorhanden, sonst wären Schneider, Siemens und Lauer ohne Zweifel auf Grund der eidlichen Schutzmannsaussagen zu schweren Strafen verurteilt. Denn die Schutzleute beschworen, daß Siemens sich widersetzt und loszureißen versucht habe, und daß Schneider tätlich gegen den Schutzmann vorgegangen sei und versucht habe, den Siemens wiederholt loszureißen usw. Auf Grund der einwandsfreien übrigen Zeugenaussagen wurde aber festgestellt, daß die Aussagen der Schutzleute wahrheitswidrig waren, und die Vorfälle sich vielmehr so zugetragen haben, wie oben geschildert sind. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen Schneider **7 Monate Gefängnis**, indem er **nur dem Zeugnis der Schutzleute glauben** wollte, während er gegenüber den Zivilzeugen, die „natürlich" das Gegenteil ausgesagt hätten, deren Nichtvereidigung beantragte. Das Gericht folgte aber den zahlreichen Zivilzeugen, die sämtlich durchaus unbescholten, einwandsfrei und glaubwürdig sind, vereidigte sie alle, und erkannte gegen die Angeklagten auf Freisprechung.

Das bedeutet die moralische Verurteilung der Schutzleute, gegen die, wohl oder übel, die Staatsanwaltschaft wegen Mißhandlung nunmehr das abgelehnte Verfahren wird fortsetzen müssen. Unseres Erachtens hätte die Staatsanwaltschaft die wohlbelegte Anzeige des Schneider von vornherein nicht ablehnen dürfen, denn das Zeugenmaterial, das in der Strafkammerverhandlung auftrat, war von Anfang vorhanden. Weshalb die Staatsanwaltschaft den schwer gemißhandelten Schneider abwies, dagegen die Anzeige seiner rohen Mißhandler sofort in eine Klage gegen den Mißhandelten umformte und ihm obendrein noch seine Hauptzeugen fortnahm, erscheint uns unverständlich. Auch die eidliche Aussage der Schutzleute wird sich die Staatsanwaltschaft jetzt natürlich einmal gründlich ansehen müssen. Jedenfalls wird der Fall Schneider beim nächsten Justizetat im Abgeordnetenhause gründlich erörtert werden, um dem Justizminister Gelegenheit zu geben, über die Grundsätze und das System sich zu äußern, nach denen in solchen Fällen seitens der Staatsanwaltschaft verfahren wird.

Liebknecht und Pückler. Die Berliner Welt am Montag schreibt:

Der Abgeordnete Liebknecht hat, wie das einfach seine Pflicht den Wählern gegenüber war, um Unterbrechung seiner Festungshaft gebeten, um an der Tagung des Landtages teilnehmen zu können. Aber der Oberreichsanwalt hat „dem" Liebknecht einen abschlägigen Bescheid erteilt. Und unser herrlicher „liberaler" Blockkanzler hat auf die Beschwerde Liebknechts diesen abschlägigen Bescheid bestätigt. Volksvertretungspflichten sind eben in seinen Augen nicht so dringend, um einen Urlaub von ein paar Tagen zu rechtfertigen! Als der famose Judentöter Graf Pückler der Staatsanwaltschaft mit Urlaubsgesuchen nahe trat, da war sie weit zugänglicher, Pückler durfte seine Haft unterbrechen, um an einem Kaisergeburtstagsessen teilzunehmen. Pückler hat Wochen lang einen ihm angeblich wegen eines Brandes auf seinem Gute bewilligten Urlaub dazu benutzt, um in Berlin die wüstesten Brandreden zu halten, ehe die Staatsanwaltschaft einschritt. Aber Liebknecht darf nicht beurlaubt werden. Er will ja „nur" Volksrechte wahrnehmen! Nebenbei bemerkt, hat sich ein blockfreisinniges Blatt gefunden, das den Entscheid des Oberreichsanwalts sachlich gut heißt. Die Tante Voß ist es, die sich hier wieder einmal selbst an den Schandpfahl gestellt hat.

Die Stärke der Parteien im preußischen Dreiklassenparlament stellt sich nach der offiziellen Fraktionsliste folgendermaßen dar: Sozialdemokraten 7, Konservative 149 (darunter 24 Doppelmandate und 4 Hospitanten), Freikonservative 60 (7 Doppelmandatare, 2 Hospitanten), Nationalliberale 65 (5 Doppelmandatare, 2 Hospitanten), Freisinnige Volkspartei 28 (7 Doppelmandatare, 3 Hospitanten), Freisinnige Vereinigung 8 (1 Doppelmandatar, 1 Hospitant), Zentrum 104 (24 Doppelmandatare), Polen 15 (3 Doppelmandatare), Fraktionslos 6 (1 Doppelmandatar). Erledigt ist das Mandat von Breslau 6 durch den am 20. Juni erfolgten Tod des Abg. Hirt (kons.). Während bisher 100 Doppelmandatare vorhanden waren, sind es jetzt nur 72.

Patriotisch unzuverlässig — weil christlich organisiert! Die Westd. Arb.-Ztg. (M.-Gladbach) teilt mit, daß der Vorsitzende einer Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes im Münsterlande Aussicht zu haben glaubte, nach einer vierzehntägigen Militärübung in Metz zum Unteroffizier befördert zu werden. Aber am letzten Uebungstage eröffnete ihm sein Hauptmann, daß er ihn nicht befördern könne, weil er laut Bekundung des Bürgermeisters seines Ortes „patriotisch unzuverlässig und den Behörden nicht wohlgesinnt sei". Dem Manne kann, wie das M.-Gladbacher Blatt mitteilt, nichts anderes zur Last gelegt werden, als das er christlich organisiert ist, er sei also „patriotisch unzuverlässig, weil er örtlicher Leiter eines auf dem Boden christlich nationaler Gesinnung stehenden Verbandes ist". Was hat es nun den Christlichen genutzt, daß sie, um sich nach oben zu empfehlen, die nationale Kokarde angesteckt haben?

Ein Spionageprozeß. Vom Reichsgericht wurde gestern der Buchhalter Egensperger, ein Elsässer, wegen Spionage zugunsten Frankreichs zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Es handelte sich um den Verrat von militärischen Geheimnissen das Artilleriematerial betreffend. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0001

Wegen schweren Verdachtes des Landesverrates wurden in Kiel der Marine-Obermaat Dietrich und dessen Geliebte verhaftet.

Ein mißhandelnder Leutnant. Das Oberkriegsgericht in Frankfurt a. M. verurteilte den Leutnant Orenburg vom 166. Infanterieregiment in Hanau wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu 10 Tagen Stubenarrest. Die Verhandlung und die Urteilsbegründung fanden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Ausland.

Oestreich. Das Attentat auf den Grafen Potocki, den Gouverneur von Galizien kommt heute vor dem Schwurgerichte zu Lemberg zur Verhandlung. Der ruthenische Student Sienczynski hat sich wegen Mordes zu verantworten. Er hat das Attentat ausgeführt, um seine von den Polen brutalisierten ruthenischen Landsleute zu rächen. Die Anklagebehörde behauptet, daß Sienczynski von dritter Seite durch Geldmittel unterstützt und zur Tat verleitet worden sei.

Asien. Ueber die Lage in Persien wird englischen Blättern gemeldet: Die Stadt Teheran steht unter dem Kriegsgesetz. Der russische Oberst der Kosakenbrigade Liakhoff ist zum Generalissimus der aktiven Streitkräfte ernannt worden und hat die diktatoriale Gewalt, zu feuern. Die Geschäfte sind geschlossen, Versammlungen sind untersagt, ebenso ist das Verlassen der Häuser nach 10 Uhr abends verboten. Von anderer Seite wird gemeldet, daß der ganze Norden in Aufruhr sei. Mehrere tausend bewaffnete Revolutionäre marschierten auf Teheran. Einige Zeitungen verlangen, daß der Schah die russischen Offiziere zurück berufe, die früher in persischen Diensten standen. Die großen und einflußreichen Geschäftskreise sollen auf seiten des Schahs stehen.

Die letzten Sätze beweisen, daß der rollende Rubel wieder einmal seine Schuldigkeit getan hat.

Amerika. Unruhen in Mexiko. Aus Mexiko wird gemeldet: Revolutionäre plünderten eine Bank und die Regierungskassen in Nueva Leon. Sie tauchen jetzt an ziemlich weit voneinander entfernten Orten auf, besetzten Matamores und Tamaulipas und sind sehr zahlreich in der Nähe von Torreon, wo die Regierung zwei Regimenter hinschickte. Sechzehn Truppenzüge sind unterwegs nach den Nordstaaten. Botschafter Creel unterbrach seinen Urlaub und kehrte nach Washington zurück, um die Auslieferung oder Strafverfolgung der mexikanischen Unruhestifter auf amerikanischem Gebiete zu verlangen.

Fürst Eulenburg vor den Geschworenen.

Hg. Berlin, den 29. Juni 08.

Ein starkes Polizeiaufgebot vor dem Gebäude, am Eingang und auf den Korridoren zeigt, daß heute ein außerordentlicher Tag ist. In den Korridoren wird eine strenge Kontrolle geübt. Nur Inhaber von Karten werden zugelassen, oder nur Leute, die Vorladungen zu anderweitigen Terminen haben. Der Korridor vor dem Schwurgerichtssaal ist in weitem Bogen abgesperrt. Fürst Eulenburg wird in einer Tragbahre durch die Reihen der Zuschauer in den Saal gebracht. In seiner Begleitung befindet sich seine Gattin und seine zwei Söhne, jüngere Herren im Alter von 20 bis 22 Jahren. Als dann die Saaltüren wieder geöffnet werden, entspinnt sich ein furchtbarer Kampf um die Plätze. Für die Presse sollen 60 Plätze eingerichtet sein, in erster Reihe aber hat man wieder das Ausland berücksichtigt, und dann erscheinen mit Pressekarten alle möglichen Leute, die mit der Tagespresse nur in entfernten Beziehungen stehen. Dagegen sind die großen Zeitungskorrespondenten nur sehr spärlich mit Karten bedacht worden. Fürst Eulenburg zeigt sich ruhig, er unterhält sich sehr ruhig, wenn auch eine kleine Erregung sich an ihm durch die matte Blässe auf den Wangen bemerkbar macht. Bald darauf erscheinen die Verteidiger des Fürsten Eulenburg, Justizrat Wronker und Rechtsanwalt Dr. Chodziesner. Allgemeines Aufsehen erregt das Erscheinen Kuno von Moltke, der sich in der Zwischenzeit einen Vollbart hat wachsen lassen.

Pünktlich um 11 Uhr erscheint der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel mit seinem Assistenten, Staatsanwalt Rasch. Hinter ihm hat Generalstaatsanwalt Wachler vom Kammergericht Platz genommen. Unmittelbar darauf erscheint der Gerichtshof, an seiner Spitze der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kanzow.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanzow eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Ich eröffne die Sitzung in der Strafsache wider den Fürsten Eulenburg wegen Meineides und Verleitung zum Meineide. Den Herren Geschworenen möchte ich folgende Rechtsbelehrung geben: Unfähig zum Amt eines Geschworenen ist derjenige, welcher selbst wegen Meineides bestraft ist oder wem die Ehrenrechte dauernd aberkannt sind. Ich frage, ob bei einem der Herren Geschworenen eine derartige Unfähigkeit vorhanden ist? — Ich stelle fest, daß eine solche Unfähigkeit nicht vorhanden ist. Dann bemerkt der Vorsitzende den Geschworenen, daß auch ein Verwandter des Angeklagten oder ein Beamter, der als Richter oder Mitglied der Staatsanwaltschaft die Untersuchung geführt hat, nicht als Geschworener fungieren könne. Auch in diesem Falle meldet sich niemand. Dagegen werden zwei Geschworene auf ihren Wunsch wegen Krankheit von ihren Funktionen entbunden. Es bleiben 26 Herren auf der Geschworenenliste. Der Vorsitzende teilt mit, daß vier Ersatzgeschworene ausgelost werden sollen, es sind also 16 Geschworene auszulosen. Jede Partei hat das Recht, fünf Geschworene abzulehnen. — Vors. (zum Angeklagten, Fürsten Eulenburg): Wollen Sie selbst von dem Ablehnungsrecht Gebrauch machen oder es Ihren Verteidigern überlassen? — Fürst Eulenburg (mit ruhiger Stimme): Ich bitte, daß das Ablehnungsrecht von meinen Herren Verteidigern ausgeübt wird. — Es erfolgt dann die Auslosung der Geschworenen. Es werden ausgelost: Fabrikant Paul Deitscher, Fabrikbesitzer William Neumann, Kommerzienrat Schloßmann, Sattlermeister Joseph Degener, Fabrikant Max Friedrich, Dr. Jablonski, Fabrikant Oskar Höfing, Ingenieur Heinrich Timm, Fabrikbesitzer Ernst Schoffer, Fabrikbesitzer Stieside, Hoflieferant Heintich und Kaufmann Schäfer. Als Ersatzgeschworene werden ausgelost: Rittergutsbesitzer Moritz Lyon, Billardfabrikant Dainiske, Direktor a. D. Alexander und Rentier Puhl. Von den Verteidigern wird von ihrem Ablehnungsrecht bis zur Erschöpfung Gebrauch gemacht, es werden fünf Herren abgelehnt, unter ihnen der bekannte Industrielle, Geh. Kommerzienrat Ravené, dann weiter ein königl. Lotterieeinnehmer, ein Maurermeister und ein Händler.

Nach der Vereidigung der Geschworenen erfolgt der Zeugenaufruf. Als Sachverständiger ist geladen Medizinalrat Dr. Hoffmann. Zuerst werden Milchhändler Georg Riedel und Fischermeister Jakob Ernst aufgerufen, die beiden Hauptzeugen aus dem Münchener Hardenprozeß. Es folgen dann Rendant Gerix, wegen dessen Nichtvereidigung das Urteil der vierten Strafkammer gegen Harden aufgehoben wurde, Hofrat Kistler (München), Polizeikommissar Steinhauer, Masseur Podein, Dr. Magnus Hirschfeld, Dr. v. Wilke, Rentier Schrutsit, Direktor Schunich, Amtsvorsteher Hagemann, Oekonom Beutler, Handelsmann Ratsch, Frau Lina Bunerreis, Rechtsanwalt Dr. Prager (München), der Sozius des Justizrats Bernstein, die Fischer Franz Schropp und Joseph Rath vom Starzenberger See, Baron v. Wendelstadt, der vertraute Freund des Fürsten Eulenburg, Geh. Hofrat Schacht (München), Klavierträger Schömmer, Steinträger Langrast, Gendarmeriekommandant Schöps, der Birgermeister von Starzenberg, Kreitenberg, Schlossermeister Riedler (München), der schon im Münchener Hardenprozeß als Leumundszeuge für Riedel gehört wurde, Kriminalkommissar v. Treskow, Kriminalkommissar Dr. Kopp, Kriminalschutzmann Tietze, Kriminalwachtmeister Müller, Bahnmeister Göggerle, Exz. Graf Kuno v. Moltke, Handlungsgehilfe Lewin, Kassendote Lange, Berichterstatter Ahrens, der bekannte Hauptzeuge aus dem Plötzenseeprozeß, Hausverwalter Groß, Polizeikommissar Neufert, Prof. Seitz (München), General v. Lewinski, ein von der Verteidigung geladener Leumundszeuge für den Fürsten Eulenburg, Graf Dittmar v. Eulenburg, der älteste lebende Sohn des angeklagten Fürsten. Weiter werden als Zeugen aufgerufen Kammerherr v. Gerstenberg, Geh. Justizrat Lämmel (Neu-Ruppin), der bekannte Rechtsbeistand des Fürsten Eulenburg, die Gattin des Angeklagten, Fürstin zu Eulenburg, Diener Lachner und Kaufmann Buschold. Der Vorsitzende des Münchener Hardenprozesses, Oberlandesgerichtsrat Mayer ist vorläufig noch nicht erschienen, er wird an einem der nächsten Tage eintreffen. Exz. Graf Wilczek kann krankheitshalber nicht erscheinen. Frhr. Albert v. Rotschild aus Wien wird morgen eintreffen, bittet aber um möglichst schleunige Abfertigung, da seine Anwesenheit in Wien dringend notwendig sei. Der Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg in Rotthan ist heute zu kommen verhindert, da er beim Kaiser Dienst hat. Prof. Kaulbach hat ein Attest eingesandt, daß eine Krankheit es ihm unmöglich mache, zu erscheinen. Auch einige andere Zeugen von geringerer Bedeutung haben ihr Fernbleiben mit Krankheit entschuldigt. Einige weitere Zeugen, die erst am Sonnabend geladen sind, fehlen noch, da ihnen die Ladung nicht rechtzeitig zugestellt werden konnte. Der letzte aufgerufene Zeuge ist der Schriftsteller Brand, der wegen Beleidigung des Reichskanzlers Fürsten Bülow zurzeit eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren in Tegel verbüßt. Er wird aus dem Gefängnis vorgeführt. Nachdem der Vorsitzende ihn auf die Heiligkeit des Eides aufmerksam gemacht hat, läßt er ihn sofort abführen und nach Tegel zurückbringen, da er vorläufig nicht gebraucht wird.

Der Vorsitzende ruft den Fischer Franz Schropp vom Starenberger See auf und fragt ihn, warum er an das Gericht eine Eingabe gerichtet habe, daß er nicht kommen könne, weil er dadurch zu großen Schaden hätte. — Zeuge Schropp erwidert, daß er möglichst bald nach Hause wolle, um mit seinem Boot zu verdienen. Am liebsten möchte er schon heute zu Hause sein, weil gerade heute Feiertag sei. (Heiterkeit.) — Unter den aufgerufenen Zeugen sind der Opernsänger Fagin und die Frau Pierson, die Gattin des früheren Hoftheaterintendanten nicht anwesend.

Der Vorsitzende richtet an die erschienenen Zeugen folgende Mahnung zur Eidestreue: Ich bitte Sie, jetzt alle aufmerksam auf das zu hören, was ich sagen muß. Sie alle werden den Eid dahin zu leisten haben, daß Sie die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werden. Sie leisten den Eid unter Anrufung Gottes. Sie wissen, daß Gott allmächtig und allwissend ist. Gott sieht den Zeugen ins Herz und weiß, ob sie die Wahrheit sprechen oder nicht. Gott straft auch die Schuldigen, und der irdische Richter belegt den Meineid mit schwerer Zuchthausstrafe. Wer aber auch sicher glaubt, daß seine Schuld niemals entdeckt werden wird, und den himmlischen Richter nicht scheut, der kann sich doch seinem eigenen Gewissen nicht entziehen, dessen Ruhe durch einen falschen Eid unwiederbringlich zerstört wird. Früher aber später muß sich das Gewissen geltend machen und den Meineidigen niederdrücken. Jeder einzelne muß sich deshalb der hohen Bedeutung der Eidesleistung und der vollen Verantwortung bewußt bleiben, die er mit der Anrufung Gottes übernimmt. Ich bitte jeden einzelnen von Ihnen, nicht etwa aus Neid, Haß oder Groll gegen den Angeklagten etwas Unwahres zu sagen, aber auch nicht etwa aus Dankbarkeit oder Anhänglichkeit gegen den Angeklagten etwas Unwahres zu seinen Gunsten zu sagen. Jeder muß die Wahrheit die Ehre geben, und wir wollen nur die Wahrheit hören. Wenn jemand etwas bekunden müßte, dessen er sich zu schämen hätte, so soll er es ruhig und offen sagen. Wir sind auch Menschen, und wenn wir die Robe anziehen, ziehen wir den Menschen nicht aus. Jeder muß rückhaltlos die Wahrheit sagen, wenn ihm nicht das Gesetz die Erlaubnis gibt, die Aussage zu verweigern. Das tut das Gesetz nur für den Fall, daß der Zeuge sich strafbarer Handlungen bezichtigen müßte, oder mit dem Angeklagten nahe verwandt ist. Ich mache schon jetzt die Fürstin und den Sohn des Fürsten darauf aufmerksam, das sie das Recht haben, das Zeugnis zu verweigern, und bitte sie, sich das bis zu ihrem Aufruf zu überlegen.

Der Vorsitzende richtet hierauf folgende

Ansprache an die Geschworenen:

Es ist nicht zulässig, meine Herren Geschworenen, daß ich Ihnen während der Verhandlung eine Rechtsbelehrung zuteil werden lasse. Diese darf nur am Schluß erfolgen. Aber eine allgemeine Bemerkung will ich vorausschicken. Sie wissen, daß Sie als Geschworene gerade wie wir als unanfechtbare Richter dastehen, der wie auf einem Felsen auf seiner Ueberzeugung steht. Sie müssen ohne Ansehen der Person und des Standes richten. Aber Ihre Ueberzeugung darf nur geschöpft werden aus dem Inbegriff der Verhandlung. Ueber die Sache, die uns hier beschäftigt, ist viel gesprochen, geschrieben und gedruckt worden, manches zugunsten des Angeklagten, vielleicht noch mehr zuungunsten des Angeklagten. Ich bitte Sie, daß aus Ihrem Gedächtnis auszulösen und rein das Bild der Verhandlung auf sich wirken zu lassen. Ich bitte Sie, der Verhandlung vom ersten Worte des Angeklagten bis zum Schlusse mit vollster Aufmerksamkeit zu folgen, und sich auch über die Aussagen Notizen zu machen. Ich bite Sie auch, wenn Ihnen ein Punkt nicht klar geworden ist — ich kann etwas auslassen oder mich irren — mich mit Ihrem Fragerecht zu unterstützen. Alles, was geklärt werden kann, soll geklärt werden. Ihr Fragerecht möglichst umfangreich auszunutzen, ist nicht nur Ihr Recht, sondern auch Ihre Pflicht. Denn Sie sind es, die nachher den Wahrspruch zu fällen haben. Ihr Fragerecht bezieht sich aber nur auf die Zeugen und Sachverständigen. Den Angeklagten direkt zu fragen, haben weder Sie noch die Herren Verteidiger noch der Herr Oberstaatsanwalt ein Recht. Das ist mein Recht, und ich werde es wahren.

Der Vorsitzende fordert dann den Angeklagten Fürst Eulenburg auf, seine Personalien anzugeben. Als der Fürst versucht, sich aufzurichten, bemerkt er: Auf einen kranken Mann wird jeder Verständige Rücksicht nehmen, auch der Richter. Bleiben Sie ruhig während der ganzen Dauer der Verhandlung in Ihrer Lage.

Angeklagter Fürst Philipp zu Eulenburg macht seine Angaben mit klarer, heller Stimme und in bestimmter Sprache: Ich heiße Philipp Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, Graf v. Sandels. Ich bin geboren am 12. Februar 1847 zu Königsberg i. Pr. Ich bin verheiratet mit Freifrau v. Sandlik. Ich habe zunächst gedient, mein Offiziers-Examen gemacht und habe mich dann beurlauben lassen, um mein Abiturienten-Examen nachzumachen. Ich habe sodann studiert in Berlin, Leipzig und Straßburg. Ich habe als Offizier den Feldzug von 1870 mitgemacht und mir das Eiserne Kreuz erworben. Nachdem ich meine Universitätszeit beendet hatte, habe ich das Referendarexamen gemacht und das Doktorexamen als Jurist. Ich bin sodann, nachdem ich praktisch gearbeitet hatte, in den diplomatischen Dienst übernommen worden, habe sodann mein diplomatisches Examen gemacht. Ich bin als Legationssekretär beschäftigt gewesen, zuerst am Hofe in Dresden, dann an dem in Stockholm, sodann bei der französischen Regierung in Paris. Sodann (der Fürst wiederholt dieses Wort regelmäßig, während er nachdenkt), bin ich als Legationssekretär in . . . München gewesen. — Vors.: Darf ich Sie einmal unterbrechen. Von wann bis wann sind Sie in München gewesen? — Angekl.: Ich bin in München gewesen, wie ich Legationssekretär war, von 1881 bis 1886 oder 87, in dem Jahre wurde ich Legationsrat und bin dann noch als Legationsrat dort gewesen, und im Jahre 1888 bin ich zum

---

28] [Nachdr. verb.

Hurraschreier.

Ein Zeitroman von V. E. Teranus.

„Doch — doch, Herr Baron," beeilte sich Dietrich Lederhose zu versichern, „ganz ausgezeichnet, ganz brillant! Das gibt der Begebenheit einen unwiderstehlichen, gewissermaßen unbeschreiblich intimen, ich möchte sagen: hinreißend natürlichen Zug. Das elementare Gefühl der Liebe hebt eben alle Standesunterschiede auf. Jawohl" — die ehrlichste Ueberzeugung strahlte von dem rotwangigen Gesicht Dietrich Lederhoses, „ich verspreche mir eine sehr eindringliche, geradezu packende Wirkung von der reizenden kleinen Geschichte. Als Einleitung meiner Mitteilung werde ich von dem gnädigen Interesse, von der tierfreundlichen Fürsorge seiner Majestät für allerhöchstihren Teckel erzählen und auch von der treuen Anhänglichkeit des Tieres an die allerhöchste Person ein paar kleine Züge berichten, besonderen Wert aber werde ich auf die packende Schilderung der Verzweiflung legen, die alle im Schloß bei Entdeckung des Verlustes erfüllte. Der Leser wird mitfühlen, er wird leiden mit den Hofbeamten und alle Phasen des Schreckens, des Entsetzens, des Schmerzes mitempfinden. Ja, ja" — der Sprechende rieb sich enthusiastisch die Hände, „das kleine Ereignis aus dem Hofleben wird bei unsern Lesern Furore machen und ich weiß nicht, wie ich dem Herrn Baron danken soll."

„O bitte, bitte," lehnte der Kammerherr verbindlich ab, „im Gegenteil, ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, zur Kräftigung der guten Gesinnung im Publikum durch Ihre gütige Vermittlung indirekt ein wenig beitragen zu können. Uebrigens da fällt mir gerade noch ein, ich kann wohl sagen, herziger Zug von seiner kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen ein. Vielleicht haben Sie auch dafür Verwendung?"

„Aber selbstverständlich! Wer könnte nach der allerhöchsten Person unsern Leserkreis mehr interessieren als seine kaiserliche Hoheit?"

„Schön! Also dann hören Sie! Es war während eines Besuches, den der Thronfolger der Automobil-Ausstellung vor kurzem abstattete" —

Dietrich Lederhose machte sich wieder eifrigst Notizen. Als der Kammerherr die Anekdote beendet hatte, fiel dem ehrgeizigen Journalisten noch etwas ein.

„Würde mir der Herr Baron noch eine Bitte gestatten?" sagte er. Schüchternheit war nicht sein Fehler.

„Bitte!" erwiderte der Kammerherr etwas weniger verbindlich, denn er hielt es für angemessen, die Unterredung nunmehr zu beendigen.

„Ich habe mir gedacht," eröffnete der Journalist seines Herzens Begehr, „es müßte für unsere Leser von größtem Interesse sein und es würde ihnen den Monarchen menschlich näher bringen, wenn man seine Majestät einmal gewissermaßen im Feriengewand schildern könnte. Das Volk kennt seine Majestät nur in Uniform. Wenn wir unsern erhabenen Herrscher sehen, sei es im Theater, oder bei Gelegenheit einer Ausstellung, immer erscheint allerhöchstderselbe im Gewande des Offiziers. Nun würde es sicherlich hochwillkommen sein und der tiefsten Anteilnahme begegnen, wenn man seine Majestät einmal in Zivil darstellen könnte. Ich weiß, daß seine Majestät gelegentlich auf Erholungsreisen Zivilkleidung trägt, dem Herrn Baron ist gewiß schon das beneidenswerte Glück zuteil geworden" — Dietrich Lederhose sah mit unverkennbarer Spannung und bemütigem Flehen zu dem ihm Gegenübersitzenden hin. Der Kammerherr verbiß ein Lächeln, sarkastisch vibrierten seine Lippen, während er mit den Schultern zuckte.

„Ich bedaure unendlich, mein lieber Herr Doktor. Aber ich kann Ihre Wißbegierde in dieser Hinsicht leider nicht stillen. Auch ich erinnere mich nicht, des Glückes teilhaftig geworden zu sein, seine Majestät je in schlichter Bürgerkleidung gesehen zu haben."

Der Journalist machte ein sehr betrübtes Gesicht. Langsam erhob er sich, in Haltung und Mienen schmerzliche Enttäuschung. Da machte der Kammerherr eine lebhafte Bewegung.

„Aber da fällt mir ein. Ihnen kann dennoch geholfen werden, lieber Doktor! Gewiß!" Er trat an seinen Schreibtisch, nahm aus einem zierlichen geschnitzten kleinen Behälter eine Visitenkarte und schrieb eilig ein paar Zeilen darauf. Damit kehrte er zu dem hoffend in freudigster Erwartung aufschauenden Journalisten zurück.

„Bitte! Hier sind ein paar empfehlende Zeilen an einen der Kammerdiener seiner Majestät. Der wird sicher in der Lage sein, Ihnen die gewünschte Auskunft zu geben."

Dietrich Lederhose war entzückt, beseligt. In seinem Glück sprudelte er ekstatische Dankesworte hervor, in einemfort Verbeugungen produzierend, die sich mehr durch ihre Ausgelebtheit als durch Grazie auszeichneten.

Der Kammerherr hatte viele Mühe, ernst zu bleiben. Er machte der lächerlichen Szene ein Ende, indem er dem Journalisten seine Hand entgegenstreckte und ihn verabschiedete.

„Hat mich sehr gefreut, lieber Herr Doktor!" . . .

Schon in der nächsten Morgenausgabe des Residenz-Anzeigers erschien ein langer Artikel aus der Feder des „Journaliste voyageur" — so wurde Dietrich Lederhose von seinen boshaften Kollegen genannt, weil er seine halbe Lebenszeit auf Reisen zubrachte, um Interviews, Berichte über Denkmalsenthüllungen, Festspiele, Kongresse usw. zu schreiben. Der Artikel war zum größten Teil politischen Inhalts, gab eine verlockende Schilderung Südwestafrikas, bewies haarscharf und eingehend die Notwendigkeit einer starken Schutztruppe und knüpfte daran eine Hymne auf die geniale Initiative und die phänomenale Vielseitigkeit des Kaisers, der alle Zweige der äußeren und inneren Politik des Deutschen Reiches in seiner starken Hand hielt und der sein eigener Kanzler und sein eigener Generalstabschef war.

Aber ein viel allgemeineres und begeisterteres Interesse erregten die intimen Mitteilungen, die die Zeitung, die unter den Hofdamen ebenso eifrige Leserinnen besaß wie unter den Berliner Näherinnen und Modistinnen, an einem der nächsten Tage veröffentlichte. Es war ein wahrer Zeitung für die getreuen Leser und Leserinnen des Residenz-Anzeigers. Mit andächtigem Eifer, mit entzückten, strahlenden, glänzenden Mienen, die die tiefste Genugtuung widerspiegelten, wurden die kleinen Geschichten gelesen, ab und zu von enthusiastischen Ausrufen und Bemerkungen, die das glühendste Interesse bekundeten, unterbrochen.

Besonders das Geschichtchen vom „Teckel seiner Majestät" löste allenthalben verständnisvolles, vergnügtes Schmunzeln aus. Die Anekdote vom Kronprinzen aber rief besonders auf seiten der männlichen Leser patriotische Begeisterung, ja stolze Befriedigung hervor, und sie machte den Thronfolger unter den zahlreichen biederen Lesern des Residenz-Anzeigers populärer, als es irgendwelche Staatsaktion oder Betätigung auf wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiete hätte tun können. Dietrich Lederhose hatte aber auch alle Kraft und Beredsamkeit seines Residenz-Anzeiger-Stiles aufgeboten, um das Geschichtchen recht packend und wirkungsvoll zu gestalten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0002

Gesandten an den Höfen von Braunschweig und Oldenburg ernannt worden. Von dort bin ich Gesandter in Stuttgart geworden, dann wiederum Gesandter in München, das war im Jahre 1891, und bin von 1891 bis 1894 in München als Gesandter gewesen, und sodann zum Botschafter in Wien ernannt worden. Ich bin auf meinem Posten in Wien gewesen von 1894 bis 1902. Ich habe wegen schwerer Erkrankung, die bereits eingetreten war, in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts aus dem Amte scheiden müssen. Doch wollte Se. Majestät mir nicht gestatten, den Abschied bereits 1899 zu nehmen. Es sollte durch den Gebrauch von Bädern eine Aenderung meines Zustandes eintreten. Diese Aenderung trat nicht ein, und ich bin dann 1902, wie gesagt, wegen schwerer Krankheit aus dem Dienste geschieden, und habe mich sodann auf meine Besitzungen, nach meinem Schlosse Liebenberg in der Mark begeben. — Vors.: Endgültig aus dem Dienst geschieden sind Sie 1907? — Angekl.: Jawohl, von 1902 bis 1907 stand ich zur Disposition. — Vors.: Ist noch eine Frage? — Vert. Rechtsanwalt Chodziesner: Ich bitte den Herrn Fürsten zu fragen, wie viele Kinder er hat und wann sie geboren worden sind. — Angekl.: Ich habe acht Kinder gehabt und habe meine beiden ältesten Kinder verloren. Meine sechs lebenden Kinder sind geboren 1879, 1880, 1881, 1884, 1885 und 1886.

Hierauf wird der **Eröffnungsbeschluß** verlesen. — Wir kommen nunmehr zur Verhandlung selbst. — **Oberstaatsanwalt Isenbiel**: Ich habe einen Antrag zu stellen. Ich stelle den Antrag auf

Ausschluß der Oeffentlichkeit im weitesten Umfange.

Es wird sich hier nur darum handeln, unzüchtige Handlungen zu erörtern, welche der Herr Angeklagte vorgenommen haben soll. Es bedarf eigentlich keines weiteren Wortes der Begründung, daß durch derartige Erörterungen vor der Oeffentlichkeit die Sittlichkeit gefährdet wird. Ich weiß sehr wohl, daß weite Kreise, namentlich der Presse, meinen Antrag aufs schärfste mißbilligen werden. Ich weiß, daß gesagt worden ist, daß die Justizverwaltung kein dringenderes Interesse habe, als diese Sache, die so viel Aufsehen, so viel Erregung in der Welt verursacht hat, in der breitesten Oeffentlichkeit zu verhandeln. Ich kann mich dem hohen Gewicht dieser Gründe keineswegs verschließen. Ich glaube aber doch, daß überwiegende Gründe für meinen Antrag und gegen die Verhandlung in der Oeffentlichkeit sprechen. **Zu verheimlichen haben wir nichts.** Wir haben von dem großen Material, das Herr Maximilian Harden unzweifelhaft besessen und uns zugeführt hat, und von dem Material, das wir selbst gesammelt haben, alles erforscht und alles erhoben, bis ins kleinste Detail. Wir haben hineingeleuchtet in die dunkelsten Ecken und Winkel und überall hin das Licht gebracht, das gebracht werden konnte. Verheimlicht worden ist nichts. Auch in der Beweisaufnahme wird nichts verheimlicht werden. Ich würde der Beweisaufnahme vorgreifen, wenn ich das Ergebnis der Voruntersuchung hier mitteilen wollte. Aber ich kann schon jetzt behaupten, daß die meisten Resultate der Ermittelung der breitesten Oeffentlichkeit bereits bekannt und bis zum Ueberdruß erörtert worden sind. Aber es spricht doch das Gewicht der Sittlichkeit dafür, nicht immer und immer wieder **den Schmutz in das Volk hineinzutragen.** Angesichts davon sprechen meines Erachtens zwei sehr gewichtige Gründe dafür, nicht öffentlich zu verhandeln, das ist das Interesse des Herrn Angeklagten, und wenn man das nicht gelten lassen will, das Interesse der zahlreichen Zeugen, welche hier über Handlungen, Neigungen, Verfehlungen Auskunft geben sollen, von denen niemand gern in der Oeffentlichkeit spricht. Es kann uns auch nicht entgegengehalten werden: „Herr! Die Oeffentlichkeit ist die beste Kontrolle Eurer Verhandlung!" Die Oeffentlichkeit ist ja durch das Schwurgericht, dieses Volksgericht, im besten Sinne des Wortes nach allen Richtungen hin gewahrt. Wenn wirklich das große Publikum, was ich nicht annehmen will und nicht annehmen kann, mißtrauisch gegen die Justiz sein sollte, so wird die notwendige Kontrolle über diesen wichtigen Prozeß ausgeübt von den Volksrichtern, die über Schuld oder Unschuld des Angeklagten zu entscheiden haben. Unter diesen Umständen bitte ich den hohen Gerichtshof, über meinen Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit im weitesten Umfange beraten und beschließen zu wollen. —

Vert. Justizrat Wronker: Die Verteidigung spricht nicht gegen den Antrag der Oberstaatsanwaltschaft. Nur in einem Punkte differieren wir: wir sind der Ansicht, daß der Fürst Durchlaucht ein hohes natürliches Interesse an der Oeffentlichkeit der Verhandlungen hat, damit endlich einmal eine ordentliche Berichterstattung an die Stelle der Publikationen tritt, die in einseitiger Weise das Publikum gegen den Fürsten einzunehmen suchten. Aber in diesem Hause und in diesem Saale darf nur eine Stimme erschallen, die Stimme des Gesetzes, und nur eins entscheiden: das Recht. Da müssen die Privatinteressen sich unterordnen den öffentlichen Interessen. Das Gesetz erheischt, daß hier nicht öffentlich verhandelt wird, weil hier Gegenstände zur Verhandlung kommen müssen, die im weitesten Maße sogar in ihren Ausstrahlungen kein [illegible]es Ohr hören soll. Das Ohr der Oeffentlichkeit aber soll keusch und anständig bleiben. Das Gerichtsverfassungsgesetz schreibt vor, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden muß, wenn eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit zu besorgen ist. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß die Sittlichkeit gefährdet wird, wenn derartige Dinge wie sie hier Gegenstand der Verhandlung sind, öffentlich erörtert werden, und beugt sich unter das Gesetz, das allein für sie entscheidend ist.

Vert. Rechtsanwalt Chodziesner: Es ist ein folgenschwerer Antrag, den soeben der Herr Oberstaatsanwalt gestellt hat. Das geht aus den Gründen selbst hervor, die der Herr Oberstaatsanwalt angeführt hat. Es ist, wie der Herr Oberstaatsanwalt schon angeführt hat, hineingeleuchtet worden in alle Ecken und Winkel. Dutzende und Aberdutzende von Zeugen sind gehört worden. Haussuchungen und Durchsuchungen über Haussuchungen und Durchsuchungen sind vorgenommen worden. Und über all das haben in einem großen Teile der Presse Ausführungen gestanden, die geeignet waren, die öffentliche Meinung gegen den Fürsten einzunehmen, und deshalb hätte der Angeklagte an und für sich das größte Interesse daran, daß diese Dinge in der Oeffentlichkeit widerlegt werden. Denn der Angeklagte war nicht in der Lage, alle diese falschen Gerüchte, alle diese falschen Behauptungen zu widerlegen. Er konnte sich nicht in einen Zeitungskampf einlassen, und seine Verteidiger auch nicht. Daraus kann leicht der Schluß gezogen werden, der Fürst hat dies und jenes nicht in Abrede gestellt, also ist es erwiesen. Aber dieser Schluß wäre falsch. Lassen Sie mich dafür nur ein Beispiel anführen. In einer angesehenen Zeitung hat gestanden, daß in Hamburg **der Operettensänger X. verhaftet** worden sei, der ein guter Freund des Fürsten wäre und dessen Bild auf seinem Schreibtisch hätte. — Vors. (unterbrechend): Herr Verteidiger, gehen Sie nicht zu weit? — Vert. Rechtsanwalt Chodziesner: Ich bitte um Verzeihung, ich bin sofort fertig. Der X. wurde wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet, und gab bei seiner Vernehmung sofort an, daß er den Fürsten nie gesehen hätte und ihn gar nicht kenne. Bei der Haussuchung wurde auch kein Bild des Fürsten bei ihm gefunden, wohl aber das Bild eines Mannes, der Herrn Harden sehr nahe steht. Aus diesen Gründen hätte die Verteidigung das lebhafteste Interesse, öffentlich zu verhandeln. Aber es liegt hier eine Kollision zwischen dem öffentlichen und den Privatinteressen vor, und bei dieser Kollision stelle auch ich die Entscheidung über den Antrag des Herrn Oberstaatsanwalts gehorsamst der Entscheidung eines hohen Richterkollegiums anheim und widerspreche dem Antrage des Staatsanwalts nicht. — Vors. (zum Fürsten Eulenburg): Wünschen Sie sich zu äußern? — **Angekl.**: Ich danke. — Vors.: Dann lasse ich protokollieren: Nach Anhörung des Oberstaatsanwalts, der Verteidiger und des Angeklagten fällte der Gerichtshof in geheimer Beratung. . . . Wir werden nun beraten.

Der Gerichtshof beriet über den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit etwa über eine Viertelstunde, sodann verkündete Landgerichtsdirektor Kanzow folgenden Gerichtsbeschluß: Der Herr Oberstaatsanwalt hat den Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt und die Herren Verteidiger haben sich nicht dagegen ausgesprochen. Das bindet das Gericht aber keineswegs. Wie anderseits das Gericht auch in der Lage wäre, die Oeffentlichkeit auszuschließen, wenn auch kein Antrag vorliegen würde. Es ist vom Herrn Oberstaatsanwalt auch auf das Interesse des Angeklagten und der Zeugen für den Ausschluß der Oeffentlichkeit hingewiesen worden. Diese Gesichtspunkte konnten für das Gericht nicht entscheidend sein, sondern es konnte nur in Frage kommen die Gefährdung der Sittlichkeit. Und da hat das Gericht eine derartige Gefährdung der Sittlichkeit in hohem Maße angenommen. Der Angeklagte hat geschworen, daß er Schmutzereien nicht begangen habe, die Anklagebehörde behauptet, daß es der Fall sei. Und es sind eine Reihe von Tatsachen genannt worden, daß der Angeklagte geschlechtliche Handlungen normwidriger Natur begangen hat. Das muß das Gericht und müssen die Herren Geschworenen genau prüfen und es wird nötig sein, daß manche Zeugenaussagen und manche Vorkommnisse sehr eingehend besprochen werden. Das Gericht hat sich daher gesagt, daß, so wünschenswert eine öffentliche Kritik und eine Kontrolle der Verhandlungen wäre, dieses doch ein Musterbeispiel ist für die öffentliche Gefährdung der Sittlichkeit und für den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Gericht würde es daher nicht verantworten können, diese Dinge in der Oeffentlichkeit zu verhandeln und es hat daher beschlossen, wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit der Verhandlung während der ganzen Dauer auszuschließen. Nun war zu erwägen, ob die **Presse** zugelassen werden könnte. Es ist richtig, daß es Schlüssellöcher gibt und daß nicht verhindert werden kann, daß einseitige oder entstellte Berichte durch Zeugen oder sonst jemand — ich hoffe, daß das nicht der Fall sein wird — in die Oeffentlichkeit gelangen. Da war zu erwägen, ob es nicht richtiger wäre, eine objektive zuverlässige Berichterstattung zuzulassen. Aber es sind über 50 Preßkarten ausgegeben worden, und wenn man alle diese Herren zulassen würde, so würde das ein Widerspruch sein mit den Gründen, die überhaupt für den Ausschluß der Oeffentlichkeit maßgebend waren. Daher hat das Gericht beschlossen, die Oeffentlichkeit nicht zuzulassen. Dann ist eine Reihe von Gesuchen um Zulassung gestellt worden, von Richtern, Kammergerichtsräten, einigen Referendaren und auch einem berühmten Professor der Universität. (Vermutlich Geheimrat Professor Dr. Kahl, der sich im Zuschauerraum befindet.) Das Gericht hat erwogen, daß der Fall juristisch so liegt, daß die Herren Referendare davon kaum etwas lernen können. Für die anderen Herren könnte ein psychologisches Interesse vorliegen, aber dann wäre es nötig, daß sie dauernd anwesend sind. Nun haben aber die Herren Kammergerichtsräte und der Herr Professor in ihrem Gesuch ausgesprochen, daß sie nur zeitweise anwesend sein wollen. Deshalb fällt auch für sie der Zulassungsgrund weg. Dagegen hat das Gericht beschlossen, die ausgelösten Geschworenen, soweit sie es wünschen, zuzulassen. Ferner auf ein amtliches Gesuch des Herrn Polizeipräsidenten aus dienstlichen Gründen ein Regierungsrat. Auf Antrag von Justizrat Wronker wird dann auch Reichstagsstenograph Haenicke und ein Assistent desselben zugelassen, um für die Verteidigung die Verhandlung zu stenographieren, ebenso ein Referendar, der für Geheimrat Isenbiel stenographische Aufzeichnungen zu machen hat.

Darauf muß das Publikum und die Presse den Saal räumen und die Verhandlungen nehmen hinter geschlossenen Türen ihren Fortgang.

Nachdem der Saal sich geleert hatte, wurde sofort mit der Vernehmung des Fürsten Eulenburg über die ihm zur Last gelegten Strafhandlungen begonnen. Der Fürst gab in derselben ruhigen Weise wie bei Beginn der Sitzung Antwort und verwahrte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Anklage. Die Verhandlungen mußten einmal auf kurze Zeit unterbrochen werden, um dem Fürsten, der während der Zeit in einen Nebenraum getragen wurde, Gelegenheit zu einer kurzen Erholung zu geben. Zu einer Zeugenvernehmung kam es heute noch nicht. Um 4 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen und ein Teil der Zeugen wurde auf Dienstag früh 11 Uhr wieder bestellt. Der Eingang zu dem Gerichtssaal war während der ganzen Dauer der Verhandlung durch Schutzleute und Gerichtsdiener streng bewacht worden. Vor dem Gerichtsgebäude und auch in den Vorhallen hatte sich sehr viel Volk angesammelt, das neugierig auf den Rücktransport des Fürsten nach der Charité wartete. Die Wartenden kamen jedoch nicht auf ihre Rechnung, denn Fürst Eulenburg wurde nach Schluß der Sitzung in das Gefängnisgebäude transportiert und durch einen Nebenausgang in einem Krankenautomobil nach der Charité zurückgebracht, ohne daß das große Publikum von diesem Vorgang Kenntnis erhielt. In derselben Weise war Fürst Eulenburg heute morgen und auch ebenso unbemerkt zum Gericht gebracht worden. Wiederum hatte ein Kriminalschutzmann in dem Automobil neben ihm Platz genommen und außerdem begleitete ihn auch seine Gattin, die Fürstin Eulenburg, zur Charité.

Morgen früh um 11 Uhr finden die Verhandlungen ihren Fortgang.

* * *

Berlin, 30. Juni. Fürst Eulenburg bestritt nach wie vor mit aller Entschiedenheit, des Meineides und der Verleitung zum Meineide sich schuldig gemacht zu haben. Das Verhör des Angeklagten ging sehr ins einzelne und hat sich nicht nur auf die von ihm gemachten Aussagen und seine Beziehungen zu einigen der geladenen Zeugen bezogen. Die Vernehmung Eulenburgs konnte, trotzdem bis nach ½4 Uhr verhandelt wurde, gestern noch nicht beendet werden; sie dürfte aber heute unter allen Umständen ihr Ende erreichen. Im Auftrage des Berliner Polizeipräsidenten wohnt der Regierungsrat Hoppe den Verhandlungen gegen den Fürsten Eulenburg bei.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Rom, 30. Juni. In der letzten Kammersitzung kam es zu Lärmszenen, weil der sozialistische Abgeordnete Giakomoser gegen die Gehaltsaufbesserung der Universitätsprofessoren sprach. Die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Paris, 30. Juni. Die Kammer wird sich am Freitag mit der Frage der Beibehaltung der Todesstrafe befassen. Die Regierung ist für Beibehaltung aber für Abschaffung der Oeffentlichkeit bei Hinrichtungen.

Petersburg, 30. Juni. Aus Teheran wird gemeldet, daß der Schah wieder zwölf Parlamentarier hinrichten ließ.

Frankfurt a. M., 30. Juni. Der Oekonom Deibel in Ottingen hat seine Frau derart mißhandelt, daß sie wenige Minuten darauf starb.

Lindenfels, 30. Juni. Der Kaufmann Hildenbrand aus Berlin wurde wegen Vergehen gegen § 175 verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Wetterkatastrophen.

Petersburg, 30. Juni. Eine schwere Wasserkatastrophe hat sich in Rußland ereignet. In Alexandropol gingen Wolkenbrüche nieder, denen Ueberschwemmungen folgten. Reißende Ströme ergossen sich von den Bergen auf die Straßen der Stadt. Ueber 100 Menschen sind ertrunken. Bisher sind 37 Leichen geborgen worden.

Zu dem Gewaltregiment in Persien.

Täbris, 30. Juni. Nach 7tägigen blutigem Kampfe hat sich die konstitutionelle Partei von Täbris ergeben. Sie erbat durch den russischen Konsul die Gnade des Schahs.

Auftritt in der französischen Kammer.

Paris, 30. Juni. Wiederholt von Brisson unterbrochen griff der revolutionär-sozialistische Deputierte Vaillant in der Kammer die innere Politik Rußlands sowie die franko-russische Allianz an. Der Minister des Aeußeren, Pichon, erklärte Vaillants Ausführungen seien des französischen Parlaments unwürdig. Das Bündnis mit Rußland bleibe die Grundlage der äußeren Politik Frankreichs und bedrohe dasselbe niemanden. Mit 479 gegen 65 Stimmen der Sozialdemokraten wurden schließlich die Kredite für Fallieres Nordlandsreise genehmigt.

Freilassung Nasis.

Rom, 30. Juni. Zu der Freilassung des Exministers Nasi wird noch gemeldet, daß in derselben Stunde, in welcher Nasi die Freiheit erhielt, in Trapani Kundgebungen für ihn veranstaltet wurden. Alle Häuser waren illuminiert. Die Bürgerschaft war die ganze Nacht auf den Beinen und durchzog singend die Straßen. Um 5 Uhr früh fand auf einem öffentlichen Platze ein Konzert statt. Eine Hymne auf Nasi fand begeisterte Aufnahme.

Hamburg, 30. Juni. **Feuersbrunst.** Eine gewaltige Feuersbrunst hat sich gestern in Hammerbrock in dem 4stöckigen Gebäude der Dachpappen- und Teerproduckten-Fabrik Schatz & Hübner ereignet. Das Gebäude stand kurze Zeit nach Ausbruch des Feuers in hellen Flammen und ist zum Teil eingestürzt.

Dessau, 30. Juni. **Die gefüllte Kompottschüssel.** Der Schlosser Gräfe versuchte seine beiden Kinder und sich selbst zu erschießen. Alle drei sind tödlich verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. Nahrungssorgen sind das Motiv zur Tat.

Quittung.

Halle. Für Parteizwecke komp. Vorstandssitzung 0.40, Luftbad Gneisenaustraße 0.30 Mark. Neiwand.

Verantwortlicher Redakteur: **Ab. Thiele** in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Leopold Nussbaum,
Halle a. S. Gr. Ulrichstrasse 60|61.

Frische Kirschen Pfd. 11 Pf.
Frische Aprikosen Pfd. 38 Pf.
Frische Johannisbeeren Pfd. 20 Pf.
Frische Gurken 3 Stück 18 Pf.
Frische Tomaten Pfd. 35 Pf.
Neue Kartoffeln 2 Pfd. 15 Pf.
Neue Austr. Aepfel Pfd. 25 Pf.

Während des Räumungs-Verkaufes in unserem Erfrischungsraum
Ein Glas Erdbeerbowle 10 Pf. | Ein Glas Eis-Kaffee 15 Pf. | Ein Glas Eis-Schokolade 15 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0003
DFG

Hamburger Engros-Lager Leopold **Nussbaum** G. m. b. H. Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Saison-Räumungs-Verkauf.

Prüfen Sie unsere Schaufenster! — Prüfen Sie unsere konkurrenzlosen Preise.

71500 Meter Wasch- u. Wollene Kleiderstoffe.

Mousseline-Imitat., waschecht, aparte Dessins, früh. Wert bis 50 Pf., jetzt Meter **22** Pf.

Weisse Mulle u. Batiste große Musterauswahl, jetzt Meter **25** Pf.

Chemise waschecht, für Hemdblusen früher bis 75 Pf., jetzt Meter **35** Pf.

Mousseline reine Wolle, große Musterauswahl, früher bis 1.25, jetzt Meter **48** Pf.

Organdy reizende Muster, für Ballkleider und Blusen früher bis 1.50, jetzt Meter **58** Pf.

Zephyr kariert und gestreift, waschecht, solide im Tragen früher bis 60 Pf., jetzt Meter **25** Pf.

Leinen-Imitat. Wiener Geschmack, wundervolle Streifen früher bis 75 Pf., jetzt Meter **35** Pf.

1 Posten **Blusenseide** reinseidene Louisine, wundervolle Streifen und Karos früh. Wert bis 3.50 jetzt Meter **1.50**

1 Posten **Damassees** schwere reinseidene Qualitäten, aparte Farben früh. Wert bis 6.50 jetzt Meter **2.50**

Blusenstoffe moderne Karos früher Meter bis 1.50, jetzt Meter **55** Pf.

Bordürenstoffe für Blusen, letzte Neuheiten früher bis 2.25, jetzt Meter **95** Pf.

Alpaccas reizende Karos und Streifen früher bis Mk. 2, jetzt **85** Pf.

Tennisflanell waschecht Ersatz für Wolle Meter **45** Pf.

Kostümstoffe schwere Qualitäten, engl. Geschmack früher bis 1.75, jetzt Meter **95** Pf.

Kostümstoffe 110 cm breit, moderne Karos und Streifen früher bis 2.50, jetzt Meter **1.25**

Voile 110 cm breit, alle modernen Farben, reine Wolle früher bis 3.50, jetzt Meter **95** Pf.

Das alljährige Prinzip unserer Abteilung → **Damen-Hüte** vollständig ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert und Selbstkostenpreis **total zu räumen** veranlaßt uns auch diesmal wieder eine Preisherabsetzung bis zu **75 %** eintreten zu lassen.

Schuhwaren

Sämtliche Stiefel sind im Preise bedeutend herabgesetzt.

Farbige Schuhwaren bedeutend unter Preis.

Damenstiefel, farbig, Wert bis 10.50, Räumungspreis **6.50**

Damenstiefel, Chevreaux, farbig, Wert bis 12.50, Räumungspreis **8.50**

Damenstiefel, Segeltuch, grau, Wert bis 4.50, Räumungspreis **2.95**

Damensandalen, braun, Wert bis 4.25, Räumungspreis **3.65**

	23/26	27/30	31/35
Segeltuch-Schnürschuhe Wert bis 2.25 Räumungspreis	1.25	1.45	1.65
Kinderstiefel, Ziegenleder, braun Wert bis 5.95 Räumungspreis	—	4.25	4.95
Kinderstiefel, Chevreaux, braun Wert bis 6.95 Räumungspreis	—	5.25	5.95
Sandalen, braun Wert bis 3.75 Räumungspreis	2.45	2.85	3.20

Herren-Schnürstiefel Wert bis 7.50 Räumungspreis **5.90**

Herren-Boxcalfstiefel Wert bis 10.50 Räumungspreis **8.50**

Rindleder-Sandalen Wert bis 5.25 Räumungspreis **4.45**

Segeltuch-Schnürschuhe grau. Wert bis 4.50 Räumungspreis **2.75**

Ohne Geld

Ruhestuhl und andere anerkannt wertvolle Gegenstände bei Benützung von **Flammers Seife** nur einzuwickeln **Flammers Seifenpulver** als die besten für Wäsche u. Haus **millionenfach erprobt.**

Zu haben bei: Louis Eisfeld, Marktplatz 22 und Steinweg 24 in Halle a. S.

Eine ganze Armee Kinder ist groß gezogen mit **Karl Koch's „Nähr-Zwieback“**, denn derselbe ist sehr wohlschmeckend, besitzt höchsten Nährwert, befördert Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, verhindert die Kinderkrankheiten als: Rachitis, Skrophulose ꝛc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint.

Zu haben in Tüten u. Paketen à 10, 20, 30 u. 60 Pfg. in den Apotheken, Drogerien, Kolonialwaren-Handlungen und in der durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Für Gastwirte, Vereine und Gewerkschaften.

Eintritts-Blocks laufende Nr. von 1 bis 500,

Garderobe-Blocks, laufende Nr. von 1 bis 500,

Skat- und Notiz-Blocks,

„Tanz-Kontroller“ (Ersatz für Tanzbändchen)

vorrätig in verschiedenen Farben.

Volks-Buchhandlung.

Gewerkschafts-Kartell Halle a. S.

Freitag d. 3. Juli, abends 8½ Uhr, im „Volkspark“, Burgstr. 27

Sitzung.

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Berichterstattung des Bildungsausschusses.
3. Berichterstattung v. d. Kartellkonferenz in Quedlinburg.
4. Das bevorstehende Gewerkschaftsfest.
5. Verschiedenes.

Die Delegierten werden ersucht, nicht allein pünktlich, sondern auch vollzählig zu erscheinen.

Die Sitzung wird pünktlich um 8½ Uhr beginnen.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Merseburg.

Donnerstag d. 2. Juli, abds. 8½ Uhr, i. d. Kaiser Wilhelmshalle

Mitglieder-Versammlung.

Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Konsum- u. Produktiv-Verein Zeitz.

Dienstag d. 7. Juli abends 8 Uhr im „Preußischen Hof“

ausserordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über die Aufgaben der Konsumvereine. 2. Tarifanträge betreffend.

Konsum- und Produktiv-Verein Zeitz, e. G. m. b. H.

Schoktirka, Vorsitzender.

Liederbücher:

Illustriertes Taschen-Liederbuch Preis 50 Pf.

Der freie Turner Preis 60 Pf.

Sozialdem. Liederbuch Preis 40 Pf.

Singe mit! Preis 20 Pf.

Neue Lieder für's Volk von Dr. L. Jacobowski Preis 15 Pf.

Sang und Klang Preis 10 Pf.

Vorträge, Kuplets, Duette, Lieder humoristischen und satirischen Inhalts. Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch alle Austräger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 40/43.

Verlag und für die Redaktion verantwortlich: [illegible] Druck der Hallescher Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 151. Halle a. S., Mittwoch den 1. Juli 1908. 19. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

* Halle, 30. Juni.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Letztertag. Letzte Sitzung vor den Ferien. Etatausschuß, Finanzausschuß und Bauausschuß hielten noch unmittelbar vor der Plenarsitzung Beratungen ab, um im Handumdrehen ein Dutzend der in letzter Stunde eingelaufenen Vorlagen zu erledigen. Der Finanzausschuß allein peitschte zehn solcher Vorlagen in einer knappen halben Stunde durch. Meist Kleinkram; aber Hegel darf solche Uebereile nicht werden. Herr Schmidt hat recht daran, als er dem Magistrat ein gelegentliches Streifen der Referenten in Aussicht stellte, wenn ihnen eine Vorlage erst so kurz vor der Sitzung zugehe, daß sie sich nicht gründlich informieren können. Die Tribünen waren nur sehr spärlich besetzt; dagegen waren die Stadtverordneten in Stärke von 45 Mann erschienen. Alle 35 Beratungsgegenstände wurden bis auf einen, zu dem Herr Helmecke als Referent fehlte, bewältigt. Aber obwohl nur sechs der Vorlagen längere Debatten entzündeten, währte es doch bis ½9 Uhr, ehe der Vorsitzende dem Kollegium glückliche Ferien wünschen und sie zur nächsten Sitzung am 7. September einladen konnte.

Eine Anregung, die zwar nicht zum ersten Male gegeben wurde, deren Dringlichkeit jedoch von Jahr zu Jahr wächst, ging vom Verband der hiesigen Ortskrankenkassen aus; sie fordern die Errichtung eines städtischen Krankenhauses, da infolge des starken Zuflusses auswärtiger Patienten sämtliche hiesigen Krankenhäuser überfüllt sind und es wiederholt vorgekommen ist, daß Mitglieder der hiesigen Krankenkassen an vier, fünf Stellen angeboten werden mußten, ehe sie Aufnahme finden konnten. Der Petitionsausschuß wird sich nach den Ferien mit der Angelegenheit beschäftigen. — Um das „Städtebild" zu heben, soll nach einem früheren Beschlusse die Kaffeehalle am Leipziger Turm beseitigt werden. Der Magistrat will an ihrer Stelle dem Verein für Volkswohl eine jetzt für 800 Mk. vermietete Wohnung im städtischen Grundstück Königstraße 1 unentgeltlich überlassen. Der Ausschuß für Grundeigentum empfahl eine Vertagung der Sache, für die auch die Stadtverordneten Schmidt und Thiele eintraten. Letzterer erklärte, es würde dem Magistrat nichts schaden, wenn die Halle bleibe, wo sie sei. Das „Städtebild" wurde dadurch nicht verunziert. Gegen etwa 15 Stimmen wurde aber unter Ablehnung des Ausschußantrags, der Stadtv. Emmer begründet hatte, die Magistratsvorlage angenommen. Das Ende vom Liede wird wohl sein, daß die heißersehnte Volkskaffeehalle dahinsiecht. Das ergibt dann ein gereinigtes „Städtebild". Herr Schmidt hatte zwar für die Vertagung gesprochen, aber nicht für dieselbe gestimmt.

Für Dienstwohnungen brauchen die städtischen Beamten nur zehn Prozent ihres Gehalts zu zahlen, mögen die Dienstwohnungen auch das Doppelte oder noch mehr wert sein. Von der Dienstwohnung des Direktors der Gaswerke, Herrn Schreyer, wird beispielsweise behauptet, ihr Mietwert betrage an zweitausend Mark. Diese weit unter den wahren Wert bezahlten Wohnungen lassen sich natürlich die Beamten gern gefallen. Dagegen will der Magistrat denen, die zehn Prozent ihres Gehalts für Dienstwohnungen bezahlen, die nicht ganz diesem Wert entsprechen, die Differenz erlassen. Unter Ablehnung des Antrags des Stadtv. Giese, die Vorlage an den Bauausschuß zurückzuverweisen, aber mit der Aenderung, daß die Taxierung der Wohnungen nicht vom Bauamt sondern von der Baudeputation vorzunehmen sei, wurde nach längerer Debatte die Vorlage gegen 15 Stimmen angenommen.

Eine ganz reaktionäre Auffassung über das Petitionsrecht der Beamten entwickelte der Oberbürgermeister Dr. Rive bei der Petition des Magistratssekretärs Becker. Dieser wollte, damit er nicht hinter dienstjüngeren Kollegen zurückstehe, noch weitere 600 Mk. Gehaltszulage haben, obwohl sein Gehalt während der letzten drei Jahre bereits um 650 Mk. von 2150 auf 2800 Mk. erhöht worden ist. Das Verlangen war abzuweisen. Aber Dr. Rive begnügte sich nicht damit, sondern er donnerte „grundsätzlich" gegen das Petitionieren der Beamten los. Dieses Petitionieren über die Köpfe der Dienstbehörde hinweg untergrabe Disziplin und Autorität; und es sei bedauerlich, daß manche Abgeordnete sich als „Schutzheilige" vor solche Beamten stellten und ihre Petitionen an Reichstag und Landtag vertreten. Die Beamten möchten nur ihre Interessen ruhig in die Hände ihrer Vorgesetzten legen, dort seien sie gut aufgehoben. — Um solche Ansichten zu hegen, braucht man sich nicht freisinnig zu nennen, wenn Herr Dr. Rive es tut; wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß dieser reaktionäre Standpunkt mit dem modernen Freisinn immer noch zu vereinbaren ist. Da keiner der anwesenden Beamten dem Oberbürgermeister entgegen trat und das unbeschränkte Petitionsrecht für die Beamten forderte, tat dies Stadtv. Thiele in kurzen, scharfen Worten. Herr Dr. Rive begründete bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren die ihm unterstellten Beamten als seine Mitarbeiter, deren Liebe und Vertrauen er sich zu erwerben trachten werde. Wenn es richtig ist, was erzählt wird, daß nämlich Sekretär Becker sich über den Oberbürgermeister beim Oberpräsidenten beschwert hat, so muß der Schlußsatz in der Riveschen Rede, das dienstliche Verhalten Beckers entspreche seinem Vorgehen betreffs der Petition, außerst unangenehm berühren. Herr Dr. Rive darf überzeugt sein, daß er seine Autorität durch die gestrige Rede viel mehr geschwächt hat, als es durch die Petition eines städtischen Beamten an die Stadtverordneten geschehen kann. Die Hervorkehrung des reinen Autokraten macht bei Herrn Dr. Rive erstaunlich rasche Fortschritte. Daraus müssen sich Konflikte ergeben von ernsterer Natur als alle früheren. Wir sagen das schon jetzt, obwohl wir Herrn Dr. Rive nicht für eine Natur halten, die sich warnen läßt.

Herr Paul Miethke als Kriminalkommissar.

In geschlossener Sitzung haben gestern die Stadtverordneten mit Mehrheit die Anstellung des bis Ende Februar hier als Polizeikommissar tätig gewesenen Herrn Miethke als Kriminalkommissar für die Sittenabteilung an Stelle des verstorbenen Herrn v. d. Goltz genehmigt. Seit 1. März ist Herr Miethke in Aschersleben als Polizeiinspektor angestellt. Er sehnt sich aber zurück nach den Halleschen Fluren, und die hiesige Polizeiverwaltung sehnt sich gleichfalls nach ihm. So empfahlt der Magistrat bringend seine Anstellung, und der Wahlausschuß trat auf Grund der „vorzüglichen Zeugnisse" dem Antrage bei. Genosse Thiele betonte dagegen, daß gerade zur Stellung eines Kriminalkommissars ein durchaus ruhiger, überlegter Mann mit reifer Lebenserfahrung und Menschenkenntnis erforderlich sei, und daß Herr Miethke in seinem früheren Auftreten alle diese Eigenschaften habe mehr oder minder vermissen lassen, wie die Affäre gegen die Leipziger Holzarbeiter und zahlreiche ähnliche Vorkommnisse gezeigt hätten. Daß Herr Miethke über den Kopf des Oberbürgermeisters hinweg an die Stadtverordneten petitionieren würde wie der Sekretär Becker, habe der Oberbürgermeister allerdings nicht zu befürchten. Da holte Herr Dr. Rive zu einer glühenden Verteidigungsrede aus. Miethke sei ein ganz vorzüglicher, ein überaus tüchtiger, ein ganz ausgezeichneter, ein hervorragend tüchtiger Beamter, sagte er. Stadtv. Brandes goß reichlich Wasser in diesen Begeisterungswein, indem er erzählte, Miethke habe einst, als Brandes auf einige Wochen verreist war, dreimal Frau Brandes aufgefordert, sie solle ihren Mann polizeilich abmelden. Nach der Rückkehr habe Miethke persönlich dieses Verlangen für berechtigt erklärt. Erstaunte Ausrufe wurden bei dieser Erzählung laut. Aber Herr Dr. Rive meinte harmlos, das sei doch weiter nichts, es liege da höchstens ein Irrtum eines Beamten vor, und es sei noch fraglich, ob die Abmeldung nicht habe gefordert werden dürfen. Thiele nahm nochmals das Wort, verlas die Lobpreisungen auf Miethke aus dem Munde des Oberbürgermeisters und wünschte diesem, daß sich nicht die Gelegenheit finden möge, ihn später an dieses Lob zu erinnern. Gegen etwa 12 Stimmen wurde Miethkes Anstellung gutgeheißen, und mit 24 gegen 18 Stimmen wurde sogar die Abwesenheit seit 1. März gestrichen, so daß Miethke in sein altes Anzienitätsverhältnis eintritt und nächste Ostern bereits die nächste Zulage erhält.

80 Bewerbungen

um die Stellung als besoldeter Stadtrat an Stelle des Herrn Kurth sind eingelaufen. Der vorbereitende Ausschuß will die Bewerbungen noch während der Ferien sichten, so daß die Wahl bald nach Wiederzusammentritt der Stadtverordneten erfolgen kann.

Das Konzert im Volkspark,

das in dieser Woche ausnahmsweise am Mittwoch abend stattfindet, wird diesmal ein besonders ausgewähltes Programm bringen, das ganz besondere Beachtung verdient. Für den Abend ist eine Solokraft in der Person des Herrn Fehse gewonnen worden, der als Solo-Oboist am Philharmonischen Orchester in Dortmund tätig ist. Der Künstler wird ein Oboesolo: Phantasie aus der Oper Martha und ein Englisch-Hornsolo: Berceuse de Jocelyn zu Gehör bringen. Es handelt sich hier um Instrumente, die, ihrer Tonlage und Klangfülle nach, äußerst wirksam sind. Das Programm enthält außerdem vielversprechende Nummern, die von der Kapelle des Herrn Engelmann ausgeführt werden. Wir nennen hier nur die Ouvertüre zur Oper Die weiße Dame, das Lied an den Abendstern und den Pilgerchor aus Wagners Tannhäuser, die Ouvertüre zur Oper Fra Diavolo, eine Phantasie aus der Oper Troubadour. Hierzu kommen eine Anzahl leichtere Konzertkompositionen von Eilenberg, Schreiner usw. Man kann also auf ein künstlerisch hochstehendes und genußreiches Gartenkonzert rechnen, wie es für den geringen Eintrittspreis — 10 Pfennig — wohl nirgends geboten wird. Hoffentlich findet das Konzert recht starken Zuspruch.

* **Eine mysteriöse Angelegenheit** fiel heute früh gegen 7 Uhr den Passagieren eines Straßenbahnwagens der Linie Artilleriekaserne-Steinweg auf. An der Artilleriekaserne brachte ein Unteroffizier vom 36. Inf.-Regiment einen Infanteristen mit blutendem Kopfe in den Wagen, zahlte dem Schaffner 15 Pfg., ersuchte ihn, den Mann nach der Kaserne in der Reilstraße zu bringen und ihm beim Umsteigen am Walhalla-Theater behilflich zu sein. Dann sprang der Unteroffizier vom Wagen wieder herunter und ging nach der Artilleriekaserne zurück, obwohl ihm der Schaffner mit Recht erwiderte, er könne sich um die Weiterbeförderung des Verletzten nicht kümmern. Der verletzte Soldat sah sehr bleich aus, befand sich in einem ohnmachtähnlichen Zustande und gab auf die Frage, woher die Verletzung rühre, verworrene Antworten. Das Blut auf der Uniform war bereits getrocknet; ein Fahrgast trätzte es mit den Fingern ab. Am Hinterkopf zeigte sich eine längere Wunde; die Haare waren vom Blut zusammengeklebt.

Es muß gefordert werden, daß Auskunft gegeben wird über die Veranlassung der Verwundung. Mindestens mußte der Verletzte von einem Kameraden begleitet werden, denn der Verwundete klagte über große Schmerzen. Wodurch, bezw. von wem ist also der Soldat verletzt worden?

* **Die Genossen des 8. Distrikts** halten heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, in dem Lokal von Große, Ecke Schlosser- und Merseburgerstr., eine Besprechung ab. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

* **Von der Fleischpreis-Notierungskommission** am hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden am Montag, den 29. Juni, folgende Fleischpreise festgestellt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Ochsen 57—62, Bullen 57—62, Kühe 48—60, Mastkälber —, Saugkälber 71—75 Lämmer und Masthammel 70, Schafe 60—65, Schweine 58 bis 62 Mk. Bei den Schweinen versteht sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht (einschl. des Schmeeres unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames — Geschlinge, Magen, Darm, Mittel und Blut —).

* **Gefunden** wurde am Sonntag im Volkspark ein Siegelring. Ferner ist im Volkspark oder auf dem Wege Volkspark—Kirchtor—Wallstraße—Kl. Ulrichstraße bis zur Jakobstraße eine goldene Brosche verloren. Der Verlierer bezw Finder werden ersucht, im Volkspark sich zu melden.

* **Umgefahren** wurden gestern nachmittag in der Landwehrstraße zwei Laternenständer. Erst wollte ein Wagen der Firma Alte u. Mende einem elektrischen Wagen ausweichen und fuhr dabei die Laterne beim Laden des Fleischermeisters Logis um. Zehn Minuten später passierte aus gleichem Anlasse dasselbe vor dem Buttermilchschen Fabriklager. Diesmal war es ein Wagen der Firma Zille u. Lorenz.

* **Ein Kellerbrand** entstand gestern in der 8. Abendstunde im Grundstücke Leipzigerstraße 42. Die Feuerwehr bekämpfte den Brand mit einer Dampfspritze von der Leipzigerstraße aus und mit einem an den Hydranten geschraubten Schlauche von der Martinstraße aus. Erst nach 9 Uhr verließ sie die Brandstelle. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahn war während der Zeit unterbrochen.

* **Im Apollo-Theater** gelangt das Schauspiel Um des Lindes Willen nur noch heute, Dienstag, zur Aufführung. Morgen geht die englische Sensationskomödie Zweimal gelebt von Walter Melville (Verfasser von Das Mädchen ohne Ehre) in Szene. Das Stück zählt zu den erfolgreichsten Werken dieses Verfassers und wurde von Direktor Samst allein über 400 Mal gegeben.

Zscherben, 29. Juni. (E. B.) Proletariers Ende. In der Feldscheune des Rittmeisters Kersten wurde am Freitag eine bereits stark verweste männliche Leiche gefunden. Jedenfalls hatte der Obdachlose dort übernachten wollen, war in der bis unter das Dach vollgestopften Scheune emporgestiegen und dann in eine Lücke zwischen zwei Abteilen heruntergerutscht, sodaß er sich nicht wieder befreien konnte. Die Person des Verunglückten konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, da sich bei der Leiche keine Papiere vorfanden. Gerüchtweise verlautete, es sei einer der drei aus Nietleben Entwichenen.

Zscherben, 29. Juni (E. B.) An der Feldscheune des hiesigen Rittergutes waren mehrere Maurer mit dem Ausbau einer Schnitzelgrube beschäftigt. Unter Mittag waren einige an die Feldscheune gegangen und hatten sich kleine Säckchen voll Weizen gepackt. Wohl infolge einer Denunziation erschien plötzlich Sonnabend mittag ein Gendarm auf der Bildfläche, der von Nietleben aus mit einer Kutsche geholt worden war und nahm den Leuten die gefüllten Säckchen wieder ab. Außer ihrer sofortigen Entlassung haben die Leute noch eine strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

Könnern. Der Bau einer Brücke über die Saale in der Nähe von Könnern wird erstrebt. Eine solche Brücke würde, da zwischen Halle und Bernburg der Fluß nur von Eisenbahnbrücken überspannt wird, keine einzige aber für Fuß- und Wagenverkehr besteht, in der Tat einem Bedürfnis entsprechen.

Aus den Nachbarkreisen.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Sonntag, den 19. Juli 1908, vormittags ½11 Uhr, im Gasthof zu Kleinleyna (Station Großleyna)

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Bericht d. Agitations-Kommission. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Distriktsleiter. 4. Parteitag. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Antrag des Vorstandes zu §§ 3 und 4 des Statuts (bereits bekannt gegeben). Antrag Beuchlitz: Die Delegierten zum Parteitag, Preußentag und Bezirkstag sind der Reihe nach aus den Distrikten zu wählen. Antrag Lützen: Die Delegierten zum Bezirkstag sind in alphabetischer Reihenfolge aus den Distrikten zu wählen. Antrag Merseburg: Die Delegierten zum Bezirkstag sind mittels Stimmzettel zu wählen. Antrag Dürrenberg und Lützen: Bei größeren Aktionen und Demonstrationen sind die Referenten für den ganzen Kreis durch den Hauptvorstand zu beschaffen und die Versammlungen im gemeinschaftlichen Inserat bekannt zu machen.

Die Distriktskassierer werden ersucht, Abrechnung und Gelder bis zum 8. Juli an den Kassierer der Hauptkasse, Genossen M. Wille, Schkeuditz, Bismarckstraße 8, einzusenden. In der Abrechnung ist die genaue Zahl der Mitglieder anzugeben, statutenwidrige Restanten sind nicht mit zu zählen. Die Mandate für die Delegierten zur Generalversammlung werden in den nächsten Tagen versandt.

Sozialdemokratischer Verein
für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.
J. A.: Konrad Müller.

Zörbig, 25. Juni. (E. B.) Ein Wirt, der keine Arbeitergroschen will. Am Sonntag feierte der Männer-Turnverein Frisch auf sein fünfjähriges Stiftungsfest. Dieser Verein ist vor kurzem dem Arbeiter-Turnerbund beigetreten. Bei dem Feste wurde eine Ansprache gehalten. Diese und die Vereinsabzeichen erregten bei verschiedenen Herren den bekannten Rotkoller. Flugs wurde eine Aktion in die Wege geleitet. Der Wirt ließ sich anderen Tags den Vorstand kommen und verlangte kurz und bündig, der Verein sollte sofort aus dem Turnerbund austreten. Er würde sonst fünf bis sechs andere Vereine los, denn zwei Vorstandsmitglieder von anderen Vereinen wären schon dagewesen und hätten es ihm angekündigt. Der Vorstand des Turnvereins sagte zum Wirt, wir werden in den nächsten Tagen eine Versammlung einberufen, da wird über dieses sonderbare Verlangen abgestimmt werden, womit sich der Wirt einverstanden erklärte. Doch kam es anders. Der Vorstand des Turnvereins erhielt am 24. Juni folgenden Einschreibebrief zugestellt:

„Teile Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich in meinem Lokale Vereine, welche neben ihren sportlichen Betätigungen, in diesem Falle Turnen, auch politische Umtriebe betätigen und wie geschehen auch zum Ausdruck bringen, nicht dulde. Es kommt mir hierbei durchaus nicht darauf an, welche Parteirichtung vertreten wird, was ich ausdrücklich hervorhebe. Ich ersuche Sie daher, Ihre Gerätschaften innerhalb acht Tagen aus meinem Grundstück zu entfernen und betrachte ich diese Angelegenheit für mich erledigt.

Hochachtungsvoll
E. Frießleben, Schützenhausbesitzer."

Da haben wir's. Nun wird wohl auch dem Militärverein sein letztes Stündchen geschlagen haben, ebenfalls den Kontroll-Versammlungen. Der Schützenhauswirt verfährt konsequent; er duldet keinerlei Politik. Oder ist dies keine, wenn in diesen Veranstaltungen auf die böse Sozialdemokratie gespöttelt wird, auch jedes Mitglied eines Militärvereins, wenn es nicht patriotisch erscheint, ausgeschlossen wird? Oder waren andere Mächte im Spiele? Wir möchten es bald behaupten. Denn ein Schutzmann erschien bei der Frau eines Mitgliedes, der-

M. Schneiders billiger Saison-Ausverkauf bietet die grössten Vorteile.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0005

langte ein Festprogramm, welches er zu einem Bericht gebrauche, als er aber keins erhielt, fragte er, es sind wohl rote(?) Lieder bei dem Fest gesungen worden? Auch über dieses konnte der Hüter des Gesetzes keine Auskünfte erhalten. Doch wie dem auch sei, an der Arbeiterschaft von Zörbig wird es liegen, die in vielen Vereinen (die im Schützenhaus ihr Domizil haben) stark vertreten sind, ob sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Hoffentlich nicht! Zeigt dem Wirt, daß wir auch anderwärts unser Geld verzehren können, bis der Mann zu einer anderen Ansicht gekommen ist. Daß es nur die Arbeiterschaft war, welche den Wirt bis jetzt erhalten hat, versteht sich von selbst. Also, Arbeiter, der Wirt des Schützenhauses will kein Geld von Arbeitern, er soll keins erhalten. Das muß die Losung aller denkenden Arbeiter sein.

Torgau, 29. Juni. Nach amtlicher Bekanntmachung finden am 2., 3. und 4. Juli auf dem Exerzierplatze bei Obernaundorf, von nachmittags 2 bis 7 Uhr, Schießen mit scharfer Munition statt. Das durch das Schießen gefährdete Gelände wird von den Straßen Torgau—Süptitz—Großwig—Großer Stern—Torgau begrenzt und wird während der Dauer des Schießens durch Sicherheitsposten und Warnungstafeln (rote Flaggen) abgesperrt werden. Das Gelände darf also während dieser Zeit nicht betreten werden.

Bockwitz, 25. Juni. (E. B.) Nachts auf „Umschau" gehen, ist ein sonderbarer Spaß und führt zu schlechten Häusern. Der jugendliche Arbeiter Oswald Höntzsch von hier ist in letzter Zeit wegen verschiedener Diebereien mehrmals, zuletzt mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Jetzt soll er sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil er am 30. April abends ½11 Uhr widerrechtlich in die Wernersche Ziegelei in Mückenberg eingedrungen ist. Auf die Frage, was er so spät dort gewollt habe, antwortete er „Arbeit suchen" (abends 11½ Uhr). An diese plötzliche Arbeitsfreude glaubte aber bei der notorischen Arbeitsscheu des Angeklagten das Gericht nicht, vielmehr deutete der Amtsrichter an, daß er doch wohl nur in die Ziegelei gegangen sei, um zu sehen, ob es nicht etwas mitzunehmen gebe. Der Angeklagte erhielt eine Woche Zusatzstrafe wegen Hausfriedensbruchs.

Bockwitz. Gerichtstage in Bockwitz finden am 6. und 7. Juli in Hermanns Hotel statt. Montag den 6. abends ist auch Gerichtstag im Werksgasthof zu Lauchhammer. Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit werden an diesen Tagen aus dem Bockwitzer Bezirk in Elsterwerda nicht erledigt.

Mückenberg, 25. Juni. (E. B.) Hausfriedensbruch nach der Kontrollversammlung. Weil über alle Saallokale des Ländchens das Militärverbot verhängt ist, durften die Reservisten, die diesmal alle nach dem 8 km entfernten Plessa mußten, am Kontrollversammlungstage in keinem einkehren. Eine Anzahl Reservisten waren in den Langhammerschen Gasthof — der nicht in der Lokalliste des Volksblattes steht — gegangen. Da ist es sehr laut her gegangen. Ein Arbeiter ist nun wegen Hausfriedensbruchs angeklagt, weil er der Aufforderung des Wirtes, das Lokal zu verlassen, nicht Folge geleistet haben soll. Der Angeklagte, der dort sehr gemißhandelt wurde, bestreitet die Aufforderung. Es ist auch möglich, daß er sie überhört, weil er ein sehr erregtes Temperament hat. Gleichwohl erhält er 30 Mk. Geldstrafe.

Elsterwerda, 29. Juni. Die Bahnunterführung im Zuge des Weges Oppelhain-Hohenleipisch wird am 1. Juli dem Verkehr übergeben. Aus diesem Grunde wird der Uebergang über die Bahn im Zuge des Weges Gorden—Theisa von diesem Termin ab eingezogen und der Weg gesperrt, sodaß der Verkehr Gorden—Theisa ebenfalls durch die Bahnunterführung zu erfolgen hat.

Taucha, 28. Juni. Einst und jetzt. Vor einigen Jahren herrschte auch in unserem Orte eine rege politische und gewerkschaftliche Tätigkeit und mit Feuereifer wurde für unsere Idee gekämpft, sodaß auch wir einen großen Schritt vorwärts kamen. Hauptsächlich war es die Jugend, die uns nicht nur treu zur Seite stand, sondern auch in den damals gegründeten drei Arbeitervereinen sehr stark vertreten war. Die Agitation setzte flott ein und es bestand die Hoffnung, daß unser Ort bald mit an der Spitze marschieren werde. Aber wie sieht es jetzt aus? Wie ein Strohfeuer ist die ganze Begeisterung erloschen, von der ganzen schönen Bewegung ist nichts als ein Schatten übrig geblieben. Die einst so stark entwickelten gewerkschaftlichen Organisationen werden bedauerlicherweise zersplittert, viele Parteigenossen ziehen sich schmollend und grollend in die Einsamkeit zurück, ja, verschiedene, die sich Parteigenossen schimpfen, bestellen die Arbeiterpresse ab, andere legen die innehabenden Vertrauensämter nieder, kurz, es herrscht jetzt hier ein wenig beneidenswerter Zustand. Denn auch die Lokalfrage hängt nur noch an einem Haar. Viele der sogen. Parteigenossen kümmern sich gar nicht um ihr Lokal, sondern verkehren nur in gegnerischen Lokalen, darin tun sich besonders die Heizer und Maschinisten hervor, die es unter keinen Umständen für nötig halten, je unser Parteilokal zu besuchen. Soll dieser bedauerliche Zustand für alle Zeiten fortbestehen und wir statt vorwärts rückwärts gehen? Sollen wir uns als Memmen, als leere Schwätzer betrachten und vor einander schämen? Nein! Arbeiter, die es ernst mit der modernen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung meinen, müssen hier Hand ans Werk legen und den verfahrenen Karren wieder aus dem Sumpfe ziehen. Alle etwa bestehenden persönlichen Differenzen müssen beiseite bleiben, aber auch der ungesunde Egoismus des lieben „Ich" darf nicht den ganzen Menschen so einnehmen, daß für andere Ziele kein Plätzchen übrig bleibt. Im Gegenteil, einig und geschlossen müssen wir vorgehen und dadurch das verlorene Terrain wiedergewinnen. Aber nur Einigkeit führt zum Sieg!

Teuchern, 29. Juni. Zu der Notiz in Nr. 146 unseres Blattes, in der mitgeteilt wird, daß ein polnischer Arbeiter vom elektrischen Strom der elektrischen Leitung getötet wurde, verständigt uns die Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft, daß sich die fragliche Leitung in einer von beiden Seiten verschlagenen Strecke befindet, zu der der Zugang verboten ist. Der Verschlag sei jedoch von den Arbeitern widerrechtlich entfernt und dadurch der Zugang zur versperrten Strecke gewaltsam erzwungen worden. Wenn das der Fall sein sollte, und wir haben vorläufig gar keine Veranlassung, daran zu zweifeln, denn auf alle Berichtigungen ist bis jetzt von den Arbeitern der betreffenden Gruben noch keine Gegenerklärung eingegangen, so wäre das allerdings ein durch nichts zu entschuldigendes Vergehen, das einer der Mitarbeiter mit dem Leben bezahlen mußte. Verlangen die Arbeiter auf den Gruben gesetzliche Zustände, so sind sie zuallererst verpflichtet, auch dafür zu sorgen, daß von ihrer Seite nicht Schutzvorrichtungen für Leib und Leben der Arbeiter zerstört oder beseitigt werden. Das müssen sich die Arbeiter ein für allemal gesagt sein lassen.

Zipsendorf, 29. Juni. (E. B.) Auf Grube Bismarck war ein Arbeiter mit einem Bergschüler in Wortwechsel geraten. Der Arbeiter wurde deshalb vor acht Tagen ohne Kündigung entlassen. Er verlangte natürlich seinen Lohn für die zwei rückständigen Tage und weiter den Lohn für die nicht eingehaltene Kündigungszeit, da er der Ueberzeugung war, daß ein gesetzlicher Grund für kündigungslose Entlassung nicht vorgelegen habe. Da kam er aber beim Maschinenmeister Jämisch schlecht an. Dieser nannte den 22jährigen Arbeiter einen Lausejungen und drohte, er wolle ihm hinter die Ohren hauen, wenn er nicht sofort seiner Wege gehe. Auf dem Rechtswege wird der Arbeiter seine Forderung geltend machen; außerdem kann er Hern Jämisch wegen Beleidigung verklagen. So ungern Arbeiter zu diesem Mittel greifen, ist es im vorliegenden Falle vielleicht doch angebracht, um Herrn Jämisch zu zeigen, daß er keinen Arbeiter beschimpfen darf.

Merseburg, 29. Juni. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins werden ersucht, in der nächsten Donnerstag in der Kaiser Wilhelmshalle stattfindenden Mitgliederversammlung wegen der wichtigen Tagesordnung vollzählig zu erscheinen.

Schkeuditz, 29. Juni. Die Freibank wird ab 1. Juli nach Merseburgerstraße 6 ins Hinterhaus verlegt.

Querfurt, 29. Juni. Verunglückt ist am Sonnabend auf dem Bahnhof der Bahnarbeiter Jakob dadurch, daß er hinfiel und ihm eine Lore über ein Bein fuhr. Schwer verletzt wurde er nach der Klinik in Halle gebracht.

Mansfeld, 29. Juni. Im Wolfsschachte der Gewerkschaft stürzten heute drei Bergleute ab.

Kelbra, 29. Juni. Vom Schwurgericht in Nordhausen wurde der ehemalige hiesige Stadthauptkassenrendant Preibisch wegen Verbrechens im Amte zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Preibisch hatte insgesamt 10 500 Mk. unterschlagen und in seinem Nutzen verwendet.

Kreisfeld, 29. Juni. Wieder das Petroleum. Weil der elfjährige Sohn des Rottenführers Müller Petroleum auf das Feuer goß, wobei die Petroleumflasche explodierte, erlitt der arme Junge so schwere Brandwunden, daß er nach einiger Zeit unter gräßlichen Schmerzen an den erlittenen Brandwunden verstarb.

Unterrißdorf, 29. Juni. Auf dem Dittrichschachte verunglückte in der Sonnabendnacht der Maurer Stöhr tödlich.

Eisleben, 29. Juni. Tödlicher Unfall. Der Streckenwärter Otto Stude verunglückte vorige Woche dadurch schwer, daß er zur Kontrolle einiger Seilschellen der Drahtseilbahn Krughütte—Martinstift einen Seilbahnbock bestieg. Hierbei brach eine Fahrsprosse, wodurch Stude hinterrücks abstürzte und den rechten Unterschenkel und die Wirbelsäule brach. Trotzdem starb der arme Mann erst am andern Tage im Knappschaftskrankenhause. Wäre ein solcher Unfall möglich, wenn die Kontrolle auf schadhafte Stellen regelmäßig vorgenommen worden wäre?

— Und immer wieder das Petroleum. Im nahen Leimbach wollte ein elfjähriges Mädchen Kaffee kochen. Zum Feueranzünden verwendete es Petroleum. Die Flasche explodierte, wobei ein 8½ Jahre alter Knabe, der einzige Sohn des Landwirts Gebhardt, so schwer verbrannt wurde, daß er im hiesigen städtischen Krankenhause unter gräßlichen Schmerzen starb.

Soziales.

— **Hungersnot in der reichsten Stadt der Welt.** Aus Neuyork wird berichtet, daß die ärmere Bevölkerung auf der unteren Ostseite der Stadt — der reichsten Stadt der Welt — vor einer furchtbaren Krise, vor einer richtigen Hungersnot steht. Als vor etwa Jahresfrist der große wirtschaftliche Niedergang einsetzte und Schlag auf Schlag die Zusammenbrüche alter Banken und Geschäftshäuser folgten, gerieten Tausende und Abertausende Familienväter in Stellungslosigkeit, und auch heute noch ist die Zahl der arbeitswilligen, kräftigen Männer eine erschreckend große. Während der ersten Monate nach dem Verlust der Arbeit halfen sich die Familien durch, indem sie die kleinen Ersparnisse früherer Jahre angriffen. Heute sind diese aber versiegt, und bittere Hungersnot pocht an die Türen der auf der Ostseite in riesigen Mietshäusern eingesperrten Männer, denen es auch bis heute noch nicht gelungen ist, neue Arbeit zu finden. In den Volksschulen sind durch Hunger entkräftete Kinder während des Unterrichts ohnmächtig geworden, weil sie tagelang nichts gegessen hatten. In den Hospitälern befinden sich unglückliche Frauen, die vor Hunger wahnsinnig geworden sind. An einer Straßenecke fand man ein armes Weib, das ihr kleines Baby verschenken wollte, wenn man nur beiden etwas dafür zu essen gäbe. Und ähnliche traurige Bilder werden tagtäglich zahllos von freiwilligen Helfern in der Not berichtet.

Nach einem Bericht bürgerlicher Blätter hat die öffentliche Wohltätigkeitspflege wieder, wie immer in solchen Fällen, vollständig versagt.

„Der schwerfällige Apparat kostet sehr viel, und es bleibt so viel an schmutzigen Fingern kleben, daß nur noch wenig für die Armen übrig bleibt. Private Wohltätigkeit hat auch hier eingreifen müssen. Riesige, mit Brot, Milch und Eiern beladene Wagen ziehen unaufhörlich durch die Quartiere der Armen, um die bitterste Not zu lindern, soweit es nur irgend geht. Wenn jedoch nicht sehr bald Arbeit für die zahllosen Beschäftigungslosen in Neuyork besorgt wird, steht eine Hungerkatastrophe zu erwarten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann."

Und das in der reichsten Stadt der Welt, wo der Mammonismus vom Schweiß und Blut des arbeitenden Volkes seine Orgien feiert. Vor einigen Jahren sagte ein Milliardär streikenden Arbeitern gegenüber: „Auch wir Kapitalisten sind von Gottes Gnaden". Dieses Gottesgnadentum läßt die ausgebeuteten Arbeiter verhungern. Es steht sittlich bei weitem nicht so hoch, als der patriarchalische Despotismus des Altertums in Asien, den Rückert in einem Gedicht „Die abgestellte Hungersnot" darstellt wie folgt:

„Als im Lande Hungersnot war
Und dem König ward berichtet,
In des Reiches reichsten Städten
Stürben viele Arme Hungers,
Höret, welche rasche Auskunft,
Welche Aushülf' kurz und bündig,
Peros traf, der Perserkönig.
Eigenhändig schrieb er einen
Brief an jede Stadt im Reiche
Dieses Inhalts: Wo ein Armer
Hungers stirbt in euren Mauern,
Werd ich für den Armen einen
Reichen nehmen und im Kerker
Auch ihn Hungers sterben lassen.
Niemand starb im Lande Hungers."

Parteinachrichten.

— **Totenliste der Partei.** Ein alter Parteiveteran, der Steinarbeiter Genosse Heinrich Baudach in Striegau, ist am Freitag gestorben. Schon vor dem Sozialistengesetz hat er in der vordersten Reihe im Dienste der schlesischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung gestanden. Als dann Bismarcks Schandgesetz gefallen war, gehörte Baudach zu den Gründern der Schlesischen Volkswacht, und noch fast zwei Jahrzehnte war es ihm vergönnt, in den Striegauer Bergen für die Partei wie für seine Berufsorganisation in hervorragender Weise tätig zu sein. Die schlesischen Genossen werden Heinrich Baudach stets in treuem Gedenken bewahren.

— **Gemeindewahlsieg.** Bei der Gemeinderatswahl für die Bürgermeisterei Benrath (Rheinland), die am 26. Juni getätigt wurde, siegten in der dritten Abteilung die zwei sozialdemokratischen Kandidaten über die der Zentrumspartei mit 339 gegen 315 Stimmen. Mit diesen Genossen ziehen die ersten sozialdemokratischen Gemeindevertreter in das Stadtparlament der Zentrumshochburg ein.

— **Eine Niederlage** haben unsere Parteigenossen bei den Gemeinderatswahlen in Straßburg i. E. erlitten. Sämtliche 16 Mandate, die sie bis dahin inne hatten, sind verloren gegangen. Im ersten Wahlgange eroberten die vereinigten bürgerlichen Parteien sämtliche 36 Gemeinderatssitze. Unser Straßburger Parteiblatt schreibt die Niederlage in erster Linie dem festen Zusammenschluß aller Bürgerlichen zu, dann aber auch dem Umstande, daß die indifferente Bevölkerung durch bürgerliche Flugblätter usw. steuerscheu gemacht worden sei, indem man ihr mit der sozialdemokratischen Mißwirtschaft gruslich machte.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Holzarbeiter! In Langenöls (Niederschlesien) sind die Bautischler der Firma Hainke in den Ausstand getreten. 70 Mann haben die Arbeit eingestellt.

Achtung, Schmiede! In den Betrieben der Schmiedeinnung in Stettin ist am Montag die Arbeit eingestellt worden. Es wird dringend gebeten, den kämpfenden Schmieden nicht in den Rücken zu fallen.

Die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Staßfurt sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben die Arbeitgeber ersucht, in Verhandlungen über den Abschluß eines Lohntarifs einzutreten, in dem eine Lohnerhöhung vorgesehen ist.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hielt ihre diesjährige Generalversammlung im Anschluß an den fünften Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Eisenach ab. Die Generalversammlung war von 220 Gesellschaftern besucht. Den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr gab der erste Geschäftsführer, Scherling. Im Jahre 1907 stieg die Zahl der Gesellschafter auf 489, der Vereine, die bei der Großeinkaufs-Gesellschaft kauften, auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 59 866 220 Mk. oder 13 362 983 Mk. mehr als im Vorjahre. Der Nettogewinn belief sich auf 504 909 Mk. Das eingezahlte Stammkapital betrug Ende 1907 rund 873 000 Mk., am 30. Juni 1908 wird es auf 918 000 Mk. angewachsen sein. Dieses Kapital ist im Jahre 1907 60mal umgeschlagen worden, was natürlich nur möglich war, weil die Gesellschaft mit stärkeren Reserven, Bankanlagen und Darlehen arbeitete. Berücksichtigt man diese, so wurden die gesamten Betriebsmittel 15½mal umgeschlagen, ein recht erfreuliches Resultat.

Die Generalversammlung beschloß, vom Reinertrag 107 405 Mark als Rückvergütung zu verteilen, 2 Proz. auf den Umsatz der Mitglieder, 1 Proz. auf den Umsatz der Nichtmitglieder. Die verbleibenden Gelder werden alle den verschiedenen Fonds zugewiesen, wodurch die Reserven eine beträchtliche Stärkung erfahren. Neu ist die Errichtung eines Unterstützungsfonds, dem 20 000 Mk. zugewiesen werden. Aus diesem Fonds sollen Angestellte und Arbeiter der Großeinkaufs-Gesellschaft oder Angestellte und Arbeiter der ihr angeschlossenen Vereine in solchen Fällen unterstützt werden, in denen die Unterstützung durch die staatliche Versicherung oder die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht ausreicht.

Die Generalversammlung beschloß weiter, das Stammkapital, das jetzt auf 1 000 000 Mk. bemessen ist, die aber noch nicht ganz eingezahlt sind, auf 1 500 000 Mk. zu erhöhen. Der stetig steigende Umsatz sowie die beabsichtigte Ausdehnung der Eigenproduktion machen eine solche Erhöhung durchaus notwendig.

Eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse wurde ferner bei der Abänderung des Gesellschaftsstatuts gefaßt. Der bedeutsamste davon ist wohl derjenige, der zu den Obliegenheiten der Gesellschaft auch den gewerbsmäßigen Betrieb von Bankgeschäften aller Art hinzufügt. Die Großeinkaufs-Gesellschaft wird sich demnach auch zur Bank der Konsumvereine entwickeln. Sie wird in ihrer Bankabteilung die überflüssigen Gelder der einzelnen Genossenschaften verwalten und einen lebhaften Ueberweisungs- und Scheckverkehr mit den Vereinen unterhalten, wobei ihr die neu zu errichtenden Postscheckstellen gute Dienste leisten werden.

Bei den Wahlen wurden die vier ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Kaltofen-Dresden, Koch-Leipzig, Hübner-Gersdorf, Markus-Remscheid wieder- und Junker-Berlin an Stelle eines ausgeschiedenen Mitglieders neugewählt. Zwei Angestellten der Gesellschaft wurde Prokura erteilt.

Die nächstjährige Generalversammlung findet in Mainz im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt.

Aus dem Reiche.

Freiberg (Sachsen). Der Mordprozeß gegen die Bürgermeisterstochter Grete Beier hat gestern seinen Anfang genommen. Die Angeklagte hat bekanntlich ihren Bräutigam, den Ingenieur Preßler ermordet und dessen Testament zu ihren Gunsten gefälscht. Sie war vor kurzem wegen anderer Straftaten zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Bochum. Bergarbeiterrisiko. Auf der Zeche Präsident verunglückten am Sonnabend nachmittag sieben Bergleute, davon drei tödlich. Ueber die näheren Umstände ist noch nichts bekannt.

München. An giftigen Beeren gestorben. In einem Walde in der Nähe der Stadt wurden die Leichen eines 11jährigen und eines 14jährigen Knaben gefunden. Man vermutete schon einen Lustmord, die ärztliche Untersuchung ergab aber, daß Vergiftung durch Beeren vorliegt.

Köln. Noch ein Automobilunfall. Bei dem rhein. Orte Garath fuhr ein Automobil mit vier Insassen gegen einen Baum. Drei der Insassen wurden herausgeschleudert und schwer verletzt.

Rupertshain (im Taunus). Schweres Automobilunglück. Ein Last-Automobil der Frankfurter Bürgerbrauerei, das von einer Festlichkeit zurückkehrte und eine Anzahl Personen beförderte, rannte Sonntag abend gegen einen

Eduard Graf, grösstes Spezial-Geschäft am Platze. **Bettfedern,** fert. **Betten.** Beste und billigste Bezugsquelle **Marktplatz 11.**
Versand nach ausserhalb. — Verpackung frei. — Fernsprecher 2852. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0006
DFG

Baum und stürzte um. Dabei wurde ein Arbeiter Namens Bauer, eine Frau Diehl, beide aus Frankfurt, sowie der 19-jährige Schreiner Lieseburg aus Bockenhausen getötet. Sieben weitere Personen wurden schwer verletzt.

Vermischtes.

* **Opfer der Berge.** Am Bösen Murtschen in den Glarner Alpen (Schweiz) stürzte der Photograph Opplanger aus Stuttgart über eine Felswand und blieb tot liegen.

* **Bestialitäten im amerikanischen Rassenkampfe.** Zwei Neger, Wilkins und Baker, wurden in Waycroß (Georgia) verhaftet, weil sie ein weißes Mädchen geschändet hatten. Als die Polizei die beiden zum Gefängnisse führte, stürzten die männlichen Einwohner des Ortes auf die Neger, entrissen sie der Polizei und übten Lynchjustiz. Baker wurde zunächst an einer Telegraphenstange aufgehängt. Daraufhin wurde Wilkins an den Füßen Bakers aufgehängt. Beide blieben so einige Stunden hängen. Der Tod trat bald ein. Nachher schossen die wütenden Einwohner auf die Leichen, die von Dutzenden Geschossen durchbohrt wurden.

* **Ueber eine neue Probefahrt des Zeppelinschen Luftschiffes,** die gestern stattfand, wird aus Friedrichshafen am Bodensee gemeldet: Um 11 Uhr verließ der Ballon des Grafen Zeppelin die Halle und wurde in den See hinausgezogen. Um 12.25 Uhr erfolgte der Aufstieg. Es wurden zunächst längs des Seegestades viele sehr gut gelungene Manöver ausgeführt. Um 2½ Uhr stand das Luftschiff wieder über Friedrichshafen, worauf es sich Konstanz zuwandte und allmählich den Blicken der Zuschauer entschwand. Die größte Höhe betrug 300 Meter. Um 3½ Uhr schwebte der Ballon noch in den Lüften. Am Donnerstag beginnt voraussichtlich die große Fahrt nach Mainz. Der Ballon erreichte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 55,6 Kilometer nur mit dynamischer Kraft. Ohne Ballast aber erhob er sich bis zu 250 Meter Höhe. Die Funkentelegraphie wurde vom Luftschiff aus erprobt. Der Versuch hatte ein befriedigendes Ergebnis. Um ¾3 Uhr erfolgte in der Höhe von Rottmannshorn eine Landung auf offenem See, die ½ Stunde in Anspruch nahm. Das Zeppelinsche Motorboot begab sich dorthin, dann ging die Weiterfahrt des Ballons am schweizerischen Ufer entlang bis Rorschach, von dort ließ er sich vom Winde bis nach Friedrichshafen treiben.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Halle: Gewerkschaftskartell, Freitag, 3. Juli.
Merseburg: Sozialdem. Verein, Donnerstag, 2. Juli.
Naumburg: Turnverein Gut Heil, Donnerstag, 2. Juli.
Zeitz: Konsum- und Produktivverein, Dienstag, 7. Juli.

Büchermarkt.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 39. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Kritik des Liberalismus. — Die Väter des Sprachenparagraphen. Von Otto Hué. — Der Volksschulkampf in Württemberg. Von Erich Roßmann (Stuttgart). — Die Lage der Handelshilfsarbeiter. Von Wilhelm Kimmritz. — Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland. Von Hermann Remmele.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Achtung, Parteigenossen!

Laut Beschluß des Zentralvorstandes findet unser diesjähriger

Kreistag

am **Sonntag, den 9. August,** vormittags 11 Uhr, im Saale des Herrn **Rolloff** in **Mückenberg** statt.

Die Tagesordnung wird in der nächsten Zeit bekannt gegeben.

Wir ersuchen die Zahlstellen, in den nächsten Versammlungen sofort zu dem Kreistag Stellung zu nehmen. Anträge sind spätestens bis zum 21. Juli schriftlich einzureichen. Die Wahl der Delegierten ist nach § 11 unseres Statuts vorzunehmen. Der Absatz 2 des § 11 lautete nach dem vor zwei Jahren gefaßten Beschluß folgendermaßen: „Zu wählen sind ferner auf je 25 Mitglieder eines Ortes ein Delegierter, sobald die Hälfte der nächsten Staffel erreicht ist". Die Delegierten sind ebenfalls bei uns anzumelden.

Ferner weisen wir noch einmal darauf hin, daß in den letzten Tagen der Fragebogen zum Jahresbericht versandt worden ist. Dieser Fragebogen ist spätestens bis zum 15. Juli an den 1. Vorsitzenden einzusenden. Wenn es irgend möglich ist, schon früher, damit der Jahresbericht rechtzeitig erscheinen kann. Diejenigen Zahlstellen, welche einen Fragebogen nicht erhalten haben sollten, wollen uns dieses gleich mitteilen.

Mühlberg, den 24. Juni 1908.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Ernst Winkler.

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Den Parteigenossen des Kreises wird die Beachtung folgender Lokalliste dringend empfohlen. Es stehen der Arbeiterschaft zur Verfügung:

Bitterfeld. Restaurant Hohenzollern.
Delitzsch. Gasthof zum Lindenhof.
Düben. Hüblers Brauerei.
Crostitz. Gasthaus Gr.-Crostitz.
Eilenburg. Gewerkschaftshaus Tivoli.
Zur goldenen Säge.
Zur guten Quelle.
Zum goldenen Krug.
Zur Börse.
Restaurant Feldschlößchen.
Zur goldenen Krone.
Zur Taube.
Zur Tanne.
Glesien. Arbeiter-Kasino.
Güntherits. Arbeiter-Kasino.
Greppin. Arbeiter-Kasino.
Wolfen. Arbeiter-Kasino.

Veränderungen sind dem Unterzeichneten sofort mitzuteilen.

Delitzsch, Mai 1908. Der Zentralvorstand.
i. A.: Biedermann.

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Modernes Waschmittel
garantiert unschädlich
Persil
vollständig ungefährlich
kein Chlor kein reiben
kein Waschbrett kein bursten
für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co Düsseldorf

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.** | **Makulatur** verkauft **Genossensch.-Druckerei.**

Volkspark
Mittwoch den 1. Juli abends 8 Uhr
Extra-Konzert
ausgeführt von der Engelmannschen Kapelle.
Programm 10 Pfg. **Programm 10 Pfg.**
Jeden Freitag abend: gr. Frei-Konzert.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Die Verwaltung.**

Fr. Günthers Brauerei, Halle a. S.
Telephon 361
empfiehlt einem geehrten Publikum ihre anerkannt **guten, bestbekömmlichen Biere,** als:
Pilsener, hell,
Exportbier, nach Münchener Art,
Doppelbräu, schwere Qualität,
Caramel-Malzbier, fast alkoholfrei,
Lichtenhainer — Krüge hierzu leihweise,
Weissbier, nach Berliner Art.
Sämtliche Biere in Gebinden und Flaschen frei Haus.

Zentral-Verband der Steinsetzer u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Delitzsch u. Bitterfeld.
Sonntag den 5. Juli im Restaurant Lindenhof in Delitzsch
14jähr. Stiftungsfest.
Von nachmittags **3 Uhr** an **Konzert, Herren-Preisschießen und Kegeln und Damen-Preiskegeln.**
Von abends **8 Uhr** an **BALL.**
Hierzu werden die Genossen herzlichst eingeladen. Das Komité.

Man ist es schon gewöhnt
bei mir billig zu kaufen, doch großer Beliebtheit haben sich immer meine Ausnahmetage erfreut; auch in diesem Jahre veranstalte von heute bis 4. Juli eine
Ausnahme-Woche.
Zu derselben kommen alle in dieser Saison übriggebliebenen Sommer-Artikel zu **spottbilligen Preisen** zum Verkauf. U. a.:

Boxcalf-Herrenstiefeln	sonst	8.75	jetzt 7.50
Boxcalf-Herrenstiefeln	„	10.00	„ 8.75
Chevr.-Herrenstiefeln (God. Welt)	„	12.50	„ 10.50
Chevr.-Herrenstiefeln, braun	„	11.50	„ 9.50
Rindleder- u. Kalbleder-Herren-Schnür- und Zugschuhe	„	6.00	„ 3.00
Boxcalf-Damenstiefeln,	„	7.00	„ 5.75
Chevreaux-Damenstiefeln sehr eleg.	„	9.00	„ 7.50
Chevreaux-Damenstiefeln, braun, moderne Fassons	„	9.50	„ 7.50
Ein Posten Kalbleder- und Boxcalf-Damenstiefeln, prima Qualität, braun und schwarz			4.00

Alle anderen Art. im Preise herabgesetzt.
Schuhwarenhaus H. Wiebach F. Kloppe Nachf.
Mein Geschäft befindet sich nach wie vor:
nur Kleine Ulrichstraße 12

Butter billiger!

Frische Molkerei-Butter	Stück 60 Pfg.
Allerfeinste frische Molkerei-Butter	Stück 63—65 Pfg.
Saftiger Schweizerkäse	Pfund 78 Pfg.
Fetter Limburger Käse	Pfund 38 Pfg.
Fetter Landkäse	5 Stück 20 Pfg.

Für die Reise empfehle:

Ia. harte saftige Zervelatwurst u. Salami	Pfund 1.40
Braunschw. Mettwurst i. g., prima,	Pfund 1.00
Westfälische Schinkenwurst i. g., prima,	Pfund 1.00
Ia. Thür. Landschinken ohne Knochen, sehr zart,	Pfund 1.25
Harte Thüringer Knackwurst	Pfund 0.85

Otto Gottschalk, Gr. Ulrichstrasse 3, Gr. Steinstrasse 44, Steinweg 24.

Eine Partie zurückges. Emaille-Geschirre
wie: **Eimer, Waschbecken, Schüsseln, Wannen, Henkeltöpfe,** alle Sorten **Kochtöpfe,** sowie ein Posten andere **Haus- u. Küchengeräte: Plätten, Tabletts, Küchenwagen, Kaffee- u. Zuckerbüchsen etc.**
verkauft, so weit der Vorrat reicht, **zu außergewöhnlich billigen Preisen**
Wilh. Heckert, Eisenhandlung.
Detailverkauf: Am Güterbahnhof 5 (Tor-Einfahrt).
Stadtgeschäft: Gr. Ulrichstrasse 57.

Reisekörbe, Coupekoffer,
sowie alle **Korbwaren**
liefert billigst
Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94, Poststraße 6.
— Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. —

Inventur halber
bleibt die
Volksbuchhandlung, Harz 42/43
Mittwoch den 1. Juli
geschlossen.

Achtung, Löbejün!
Am heutigen Tage übernehme ich das **Barbier-Geschäft** des Herrn Thieme und bitte die Arbeiter, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Max Spangenberg,** Barbier.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandl.**

Dr. Thompson's Seifenpulver
DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER
bestes, im Gebrauch billigstes und bequemstes
Waschmittel der Welt
½ ℔ Paket **15** Pfg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0007

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Gastspiel des „Berliner Metropol-Ensembles".
Heute, z. letzten Male:
„Um des Kindes Willen"
Schauspiel in 7 Bildern nach dem gleichnamigen Romane von M. Doberenz-Eberlein.
Morgen, Mittwoch, z. l. Male:
„Zweimal gelebt"
Sensationsstück in 7 Bildern von Walter Melville (Verfasser von „Das Mädchen ohne Ehre").

Billig Butter billig
Zentral-Molkerei Biberbach
in Original-½ Pfd.-Stücken.
f. Wiederverk. beste Bezugsquelle.
Kunze & Gessner,
Abt.: Butter-Versand,
Halle a. S., Volkmannstraße 2.

Dunkles
Thüringer Landbrot,
grob und kräftig.
F. G. Nebelung,
Teleph. 1959. Laurentiusstr. 18.
Aus hygienischen Rücksichten sind alle Brote in Papier mit entsprech. Aufdruck eingeschlagen und bitte ich ergebenst, andere zurückzuweisen.

Frische Knickeier
billigst.
Spezial-Gross-Geschäft Talamtstraße 7.

Detail-Verkauf von
Fabrik-Resten
in Kleiderstoffen, Baumwoll- und Leinen-Waren
= enorm billig. =
C. Wilh. Schrader,
Leipzigerstr. 17
eine Treppe kein Laden.

Waschgefäße
dauerh., b. Zander, Gr. Klausstr. 12.
Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Zur Reise empfehle:
Rucksäcke, sehr billig.
Otto Sparmann, Gr. Steinstr. 47.

Gelegenheits-Kauf!
40 Ztr. Brucd. Briketts, Marke U. B., 4 Ztr. f. 57 Pf. a. pk. Off. an die Exped. d. Bl. unt. Z. 780.

Eleg. Herr.- u. Dam.-Rad m. Freil. bill. Wilhelmstr. 49 I l.

1 Arbeitspferd zu verk., pass. für Oebster oder Handelsleute. Trotha, Petersbergstr. 2.

Hahnemühlen.
2 Dachdeckergesellen sucht sofort bei hohem Lohn Wilh. Hartleben, Dachdeckermstr.

Hausarbeiterinnen
suchen
Heilbrun & Pinner, Geistr. 22.

Gesucht sofort a. jed. Ort Herren, welche Vertr. hocheleg. Artikel nebenb. übernehm. Hoher Nebenverd. Must. kosten l. a. jedem. Unverm. Wolf, Zwickau i. S., Nordstraße 30.

Knechte, Burschen, Mädchen erhalten kostenfrei große Stellenauswahl, hoh. Lohn, 5 Mk. Mietgeld. Louise Bärwinkel, Stellenvermittlerin, Merseburgerstr. 9.

1 Spazierstock m. silb. Krücke mit Namen in der Heide verl. Gegen Bel. abz. Mühlweg 8 I.

Für
Ausflüge und Spaziergänge
Kühns
Botanischer Taschen-Bilderbogen.
In 4 Heften à 50 Pfg.
Jedes Heft enthält 100 bis 120 farbige Abbildungen der verbreitetsten und bemerkenswertesten Gewächse Mittel-Europas Heil- und Nährpflanzen mit Bezeichnung der deutschen u. botanischen Namen.
Volks-Buchhandlung.

Noch nicht gebotene Preise!
bei
M. BÄR
Unbedingtes Interesse für jede Hausfrau!

Emaille-Eimer 20 cm Durchmesser, sortierte Farben **75 Pf.**
Emaille-Konsole mit Maß **42 Pf.**
Oranienburg. Kernseife, 3 Riegel 85 Pf.

Fr. Erdbeeren à **28 Pf.**
Fr. Kirschen à **12 Pf.**

Handtuchhalter m. bewegl. Stab 68 42 **28 Pf.**
Gewürzschränke fein lack. 45 32 **22 Pf.**
Creme-Stärke Karton 16 Pf.

Sand-, Seife-, Soda-Garnituren auf großer Holzetagere **98 Pf.**
Quirlgarnituren komplett **88 Pf.**
Butterbrotpapier Karton 10 Pf.

Putz- und Wichskasten große 32 **17 Pf.**
Putz-Kommoden große **2 25**
Putzpomade 4 Dosen 10 Pf.

Plättbretter große, überzogen **1 45**
Ärmelbügelbretter überzogen **38 Pf.**
Klosettpapier Rolle 12 Pf.

Gr. Gurken Stück **9 Pf.**
neue Kartoffeln à **8 Pf.**

Tonnen-Etageren große **98 Pf.**
Eierschränke große 98 45 **33 Pf.**
Mandelseife 3 Stück 20 Pf.

Spülbürstengarnitur mit Blechrückwand **45 Pf.**
Quirle 6 **3 Pf.**
Salmiak-Terp.-Seifenpulv. Pfd. 15 Pf.

Hackbretter mit Rückwand **28 Pf.**
Holzlöffel große 8 **5 Pf.**
Lanolinseife Stück 18 Pf.

Der Verkauf beginnt Mittwoch morgen.

Gewürztonnenetageren 58 28 **22 Pf.**
Rolldecken 12 **8 Pf.**
Seifenpulver 3 Pack 10 Pf.

Aprikosen à **38 Pf.**
Neue Zwiebeln à **10 Pf.**

Kaffee- u. Zuckerbüchsen fein vern. **36 Pf.**
Kaffeeseife 5 **4 Pf.**
Veilchenseife Stück 18 Pf.

Brottrommeln große 1.25 **85 Pf.**
Küchenwagen große **1 25**
Linoleumpapier Stück 45 Pf.

Zuggardinen-Einrichtungen **24 Pf.**
Draht-Messerkörbe 35 22 **14 Pf.**
Mildaseife Stück 15 Pf.

Drahtfliegenfallen 25 **12 Pf.**
Spirituskocher 32 **24 Pf.**
Glühstoff Karton 42 Pf.

Tomaten Stück **6 Pf.**
Lachs à **85 Pf.**

Blechkehrschaufeln gr. **25 Pf.**
Deckelhalter große 38 **30 Pf.**
Reiben große 9 Pf.

Scheuerbürsten zum Aussuchen 18 **12 Pf.**
Schrubber, große, zum Aussuchen 28 **18 Pf.**
Bügelkohlen Paket 25 Pf.

Handfeger große 28 **25 Pf.**
Handfeger Roßhaar **35 Pf.**
Kleiderbürsten große 28 22 Pf.

Stubenbesen, Roßhaar, 78 68 **58 Pf.**
Wäscheklammern Schock **5 Pf.**
Muskatreiben 6 Pf.

Marktschokolade à **75 Pf.**
Marktschokolade à **70 Pf.**

Scheuertücher mit imit. dopp. Mitte **12 Pf.**
Fensterschwämme große **22 Pf.**
Bouillonsiebe Stück 28 24 18 Pf.

Speiseteller, große 6 5 3 Stück **10 Pf.**
Kompottschalen, bunt 8 6 **5 Pf.**
Untertassen, einzelne 1 Pf.

Glasteller fein gemustert 8 6 **4 Pf.**
Glasbutterdosen 25 **18 Pf.**
Gewürzbüchsen bunt dekoriert 5 Pf.

Glasbutterkühler ohne Eis 98 **55 Pf.**
Blumengitter 65 **45 Pf.**

Tassen mit Untertassen **5 Pf.**
Kinderbecher große, bunt dekoriert **5 Pf.**

Rabattmarken auf alle Waren.

Naumburg.
Turnverein „Gut Heil".
(Mitgl. d. Arbeit.-Turnerbundes).
Turnstunden:
Dienstags und Donnerstags im Schwarzen Adler.
Donnerstags: Versammlung.

Rumsdorf.
Sonntag den 5. Juli
Vogelschiessen
mit Ball.
Hierzu ladet ergebenst ein
Wtw. Gerhardt.

Neue saure Gurken
empfehlen zu stets billigsten Preisen
Kunze & Gessner,
Abt.: Gurken-Einlegerei.
Halle a. S., Volkmannstraße 2.
Fernruf 1682.

Waschgefässe
in gr. Auswahl empf. H. Solfort, Burgst. 8, i. Laden. Reparat. bill.

Arbeiter
werden beim Abbruch des Gefängnis, Poststr. 20, angenommen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle. Süd. Steinweg 2, 29. Juni.

Aufgeboten: Tischler Storck und Minna Wolff (Brüderstr. 6 und Weidenplan 20). Schlosser Peter und Selma Angermann (Pfännerhöhe 30 und 32). Kaufmann Wilke u. Cäcilie Schulze (Leipzig). Ingenieur Kammler u. Johanna Pietruschka (Halle S. und Kattowitz). Friseur Reichert und Pauline Rosenhahn (Halle a. d. S. und Burgwerben). Arbeiter Heinrich u. Emma Henze (Halle a. S. und Lettin). Eisenbahn-Dienstanfänger Karl und Martha Kramer (Halle a. S. und Schwoitzsch).

Eheschließung: Handelskammer-Assistent Paetz u. Erna Feibusch (Blücherstraße 16 und Hohensalza).

Geboren: Invalid. Cellarius Zw. S. u. T. (Charlottenstr. 9). Kaufm. Thate S. (Wörmlitzerstraße 3). Kaufm. Hühnert T. (Melanchthonstraße 43). Maurer Müller T. (Drnanderstraße 15). Schuhmachermeister Friedrich T. (Freimfelderstraße 14). Arbeit. Brößel T. (Merseburgerstr. 64). Maurer Compart T. (Kleine Klausstraße 11). Arb. Stahl T. (Klinik). Kaufm. Ludwig S. (Freimfelderstraße 19). Arbeit. Klose T. (Steinweg 49). Domprediger Lang T. (Kl. Klausstraße 12). Schlosser Kosch S. (Huttenstraße 2c). Schaffner Fischer S. (Dieskauerstr. 11c).

Gestorben: Arbeiters Metze Ehefrau Anna geb. Ihle, 32 J. (Jakobstraße 28). Rangierers Michaelis Ehefrau Minna geb. Schatte, 27 J. (Meckelstraße 15). Maurers Reichardt Ehefr. Minna geb. Kühne aus Zscherndorf, 20 J. (Klinik). Lohndieners Zwanzig T., 6 J. (Gr. Wallstraße 2). Wagenwärters Köppner T., 8 M. (Dieskauerstraße 9). Arbeiters Pfahl S., 9 Monate (Erdbel 4). Schuhmachers Kottenhahn S., 10 M. (Jakobstr. 31). Bäckers Lehmann S., 1 M. (Steinweg 31). Arbeiter Mangold, 55 J. (Beesenerstraße 10). Zimmermann Brode 75 J. (Beesenerstr. 10). Schiffer Wehlmann aus Alsleben a. S., 36 J. (Grünstraße 7/8). Malers Krüger S., 7 Mon. (Kl. Ulrichstraße 11). Grubenarbeiter Westphal aus Weißenfels, 33 J. (Klinik). Verstorbenen Arbeiters Weishaupt T., 14 J. (Moritzzwinger 6a). Rentier Lunze, 74 J. (Sophienstraße 10). Brauer Hermann, 36 J. (Kleine Märkerstraße 3). Streckenwärter Lohmann aus Drewitz, 48 J. (Klinik). Alwine Körber, 26 J. (Schillerstr. 43). Witwe Jahn geb. Engler aus Lauchstädt, 54 J. (Grünstr. 7/8). Wtw. Hintersdorf geb. Amelang, 64 J. (Friesenstr. 14). Witwe Scheibe geb. Gerner aus Bölberg, 65 J. (Elis.-Krankenhaus). Witwe Müller geb. Winterfeldt, 74 J. (Pfännerhöhe 34).

Halle-Nord (Burgstr. 38) 29. Juni.

Aufgeboten: Arb. Schweiger und Luise Paul (St. Ulrichstr. 13 und Hermannstraße 26). Mag.-Assistent Otto und Marie Röbel (Jägerplatz 19 und Wettelrode).

Geboren: Arbeiter Gruner T. (Lessingstraße 27). Arbeiter Bierbach T. (Albrechtstraße 11). Buchbinder Nitz T. (Schillerstraße 46). Tischler Hoffmann T. (Harz 38). Schlosser Gebauer S. (Breitestraße 9).

Gestorben: Handlungsgehilf. Crain T., 3 Mon. (Weidenplan 21). Malers Gräbner T., 2 J. (Neumarktstraße 4). Unf.-Rent.-Empfänger Reimann aus Zörbig 80 J. (Nervenklinik).

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Anauß Graf. — Druck [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 151. Halle a. S., Mittwoch den 1. Juli 1908. 19. Jahrg.

6. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

6. Verhandlungstag.

C. B. **Hamburg**, 27. Juni.

Es werden zunächst die Resultate der **Wahlen zur Generalkommission** mitgeteilt. Wiedergewählt in die Generalkommission sind ihre bisherigen 11 Mitglieder: Legien (Holzarbeiter) mit 308 (von 318 abgegebenen gültigen Stimmen), Stimme, Kube (Zimmerer) mit 297, Silberschmidt (Maurer) mit 274, Robert Schmidt (Holzarbeiter) mit 263, Knoll (Steinsetzer) mit 258, Sabath (Schneider) mit 258, Sassenbach (Sattler) mit 232, Schumann (Transportarbeiter) mit 232, Döblin (Buchdrucker) mit 220, Cohen (Metallarbeiter) mit 213 und Drunsel (Töpfer) mit 190 Stimmen. Neu hinzu gewählt werden G. Bauer (Bureauangestellter) mit 175, C. Hübsch (Textilarbeiter) mit 171 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten Basner (Schmied) 17, Börner (Tabakarbeiter) 59, Bruns (Fabrikarbeiter) 57, Hamacher (Schuhmacher) 45, Hetzschold (Bäcker) 107, Jakobeit (Maler) 23, Moß (Gemeindearbeiter) 28, Pötsch (Gastwirtsgehilfe) 104, Sachse (Bergarbeiter) 108, Frau P. Thiede 85.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist

Die Organisation zur Erziehung der Jugend.

Referent Robert Schmidt-Berlin: Die Gewerkschaften sind der Jugenderziehung und -Organisation nicht rechtzeitig nähergetreten. Sie hätten viel besser daran getan, sofort, als die ersten Regungen einer selbständigen Jugendbewegung sich zeigte, ihrerseits die Erziehung der Jugend in die Hand zu nehmen, statt die Bewegung ihre eigenen Wege gehen zu lassen, die nicht immer allgemeine Sympathie und Befriedigung zu erwecken vermochten. Wir sind aber, auch wenn wir uns den Vorwurf machen müssen, daß die deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete sehr nachlässig gewesen sind, jetzt doch gezwungen, für die Organisierung der Jugend zu sorgen, denn einmal stehen wir den ganz neuen Rechtsverhältnissen des Reichsvereinsgesetzes gegenüber, und sodann steigt die Zahl der Jugendlichen, der Kinder und Frauen, die in der Industrie tätig sind, rasch und dauernd. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter in der Industrie um zehn Prozent gestiegen, noch stärker die Zahl der Frauen, deren wir jetzt 11 000 in der Industrie haben, und der Kinder. Das legt uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit auf, diese Personen zu organisieren. Vor allem müssen wir für die strengste Durchführung der Kinder- und Lehrlingsschutzgesetze sorgen. Das müssen wir tun; denn die Gewerbeinspektion hat das ungeheure Wachstum der Uebertretungen nicht zu verhindern vermocht, und erfährt nur gelegentlich davon, mit den Lehrlingsschutzkommissionen der Lehrlinge aber verhandelt man seitens der Meister nicht so, wie mit den Lehrlingsschutzkommissionen der erwachsenen Arbeiter, die hinter sich die Macht der Organisationen haben. Sehr wertvoll sind auch die Kinderschutzkommissionen, wie unsere Genossinnen solche in Dresden zuerst gegründet haben. Tatsächlich sind die vielen Ziehkinder, Kostkinder, aber leider auch manche Kinder im Hause unverständlicher Eltern ohne den genügenden Schutz. Da müssen wir die Kinder schützen genau so wie in der Fabrik gemäß den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Frauen und Jugendliche. Neben den rein wirtschaftlichen Aufgaben erwachsen uns bei der Organisierung der Jugend erzieherische Aufgaben. Arbeiterschutzbestimmungen und Arbeiterversicherung sind der Jugend, dank der miserablen Erziehung der Volksschule, ganz unbekannt. Daher die vielen Gefahren der Jugendlichenarbeit, die leider allzu häufige frühzeitige Berufsinvalidität. Weiter kommt in Betracht der einseitige und gefälschte Religionsunterricht und Geschichtsunterricht in der Volksschule. Auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß hat selbst ein uns so fremder Mann wie Prof. Delbrück über die schematische Hohenzollernlegende und den Heroenkultus im Geschichtsunterricht geklagt. Dieser Volksschulunterricht bedarf dringend der Ergänzung im freiheitlichen Sinne. Das ist um so notwendiger, als unsere Gegner mit außerordentlichem Erfolg auf dem Gebiete der Jugenderziehung tätig geworden sind. Allein in den evangelischen Jünglingsvereinen sind 110 000 Jugendliche zusammengetrieben. Dem gegenüber ist unsere Jugendbewegung mit höchstens 10 000 festen Mitgliedern klein und unbedeutend. Aber vor allem gilt es, der Jugend sittlichen Halt zu geben, denn das braucht die Arbeiterbewegung und die Gesellschaft. Sind doch heute gehn Prozent der Verbrecher Jugendliche, 25 Prozent aller Diebe, 26 Prozent aller räuberischen Erpresser, 35 Prozent aller Brandstifter sind Jugendliche. Da helfen keine Bibelsprüche, da versagt die christliche Lehre, denn diese sozialen Schäden sind wieder die Folgen tiefer sozialer Mißstände, geistiger Verkrüppelung und Vererbung von Krankheiten, schlechter Erziehung und schwerer Lebenskämpfe. Wie leicht ist dann durch eine Gefängnisstrafe die Brücke hinter den Jugendlichen abgebrochen und sie in das Gefängnis, diese Brutstätte des Lasters und Verbrechens (Sehr wahr!) eingeführt! Die Jugendlichen hinter den Gefängnistoren sind meist schon gänzlich verloren. Ein sehr böses Kapitel sind auch die unfähigen und interessellosen Pfleger und Vormünder. Oft weigern sie sich sogar aus Scheu vor den Prozeßkosten, unfallverletzten Arbeitern ihre Rechtsansprüche durchzusetzen. Da müssen wir auch den Jugendlichen Halt geben. Wir müssen für die moderne Arbeiterbewegung Charaktere haben, Menschen, die auch in den schweren Kämpfen der Zeit nicht schwach werden und die gut genug erzogen sind, die Erziehungsarbeit und Fürsorge der Organisationen zu schätzen. Da haben wir eine Aufgabe, wie wir sie uns nicht schöner und größer denken können. Aber gerade weil die Aufgabe so bedeutsam ist, müssen wir mit Sorgfalt den richtigen Weg suchen. Unsere Jugendorganisation hat sich nach ausländischem Vorbild gebildet und gerade das Schlechte von ihr gelernt. In starker Romantik haben die Jugendorganisationen sich dem Antimilitarismus in die Arme geworfen. Aber der Militarismus ist in Deutschland unendlich viel strenger und die Strafen für Vergehen viel härter als im Ausland. Unsere Jugendlichen gingen da auf ein außerordentlich gefährliches Gebiet, auf dem sie nicht vorwärts gekommen wären. Wir wollen nicht dulden, daß die Jugendlichen sich an der stählernen Wehr des Militarismus den Kopf einrennen. Diese politische Form des Militärsystems stirbt schon ab, wenn die wirtschaftlichen Formationen sich ändern. Wir führen nicht einen Kampf um Bajonette und Gewehre fordern den Kampf um die Herrschaft über die Geister. Die einzige Aufgabe der „Jugendorganisation" erblicken wir in der Förderung der Allgemeinbildung. Wir wollen weniger eine Organisation, als eine Stätte der Bildung und Erziehung. Die junge Garde soll zu überzeugten Anhängern der sozialistischen Bewegung werden, aber sie soll sich nicht selbst planlos in den Kampf stürzen.

Wie soll nun die Organisation gestaltet werden? Die Gewerkschaftsbewegung wird auch die Jugendlichen nicht entbehren können. So ist z. B. der Transportarbeiterverband auf die Jugendlichen bei jeder Lohnbewegung angewiesen. Auch der Lithographen- und Steindruckerverband hat sich veranlaßt gesehen, eine Jugendlichen-Abteilung zu gründen. Die Lehrlinge allerdings wollen wir nicht in den wirtschaftlichen Kampf hineinziehen. Wir haben nicht das mindeste Interesse daran, ihre ganze Entwicklung zu unterbrechen oder ganz zu stören. Der arbeitenden Jugend kommen auch nicht zu: Arbeitsnachweis, Jugendschutz und Eingriff in wirtschaftliche Kämpfe. Da müssen wir uns die Einmischung der Jugendorganisation verbitten, denn das sind Aufgaben der Gewerkschaften. Wir wollen die Jugendlichen erziehen und bilden, aber wir wollen keine unklare politische oder gewerkschaftliche Faselei. Auch der Lehrlingsschutz kann nicht gefördert werden durch kindische Schwätzerei und Beleidigung des einzelnen Meisters, wie in den bisherigen Jugendzeitungen. Es darf nicht der Lehrling zu einem Meister gehen und ihm sagen: „Du bist ein großer Schweinigel", dann nimmt ihn der Meister natürlich an den Ohren und führt ihn zur Tür. (Hitt.) Gewiß ist auch für den Lehrlingsschutz die Mitwirkung der Jugendlichen selbst erforderlich, aber nicht in dieser von vornherein unwirksamen und schädlichen Form. Auch die politische Partei will sich, soviel ich vom Vorstande gehört habe, in ihre politischen Entscheidungen nicht von den Jugendlichen hineinreden lassen. Sie haben ja an der internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart gesehen, wie nicht gerade in erhebender Weise, aber mit außerordentlichem Tamtam über die wichtigsten politischen Fragen von den Jugendlichen abgestimmt wurde. (Hitt.) Wie schön kam da das „Weltbewußtsein" zum Ausdruck und der Stolz, „Träger einer großen Idee" zu sein! Ueber politische Fragen entscheidet und internationale Beziehungen pflegt die politische Partei, nicht die Jugendorganisation. Vereinsspielerei und Vereinsmeierei der Jugendlichen hören bei uns auf! Träger des politischen Kampfes ist die Parteiorganisation, des wirtschaftlichen Kampfes die Gewerkschaft. So wollen wir es auch in Zukunft halten! (Beifall.)

Nun hat die Leipziger Volkszeitung Legien und mich angegriffen, weil wir in den Sog. Monatsheften auch die Notwendigkeit der körperlichen Erziehung der Jugend betont haben und zitiert haben, daß in einem gesunden Körper ein gesunder Geist sitzt. Die Leipz. Volksztg. verglich uns daraufhin mit freisinnigen Turnlehrern und empfahl uns als erhebende andere Philisterwahlsprüche „Eiapopeia, was raschelt im Stroh" oder „Wer nur den lieben Gott läßt walten". (Gr. Hitt.) Ich finde es sehr sonderbar, daß sich die Leipz. Volksztg. so sehr gegen den „gesunden Geist" wendet. (Zuruf bei den Metallarbeitern: Wir nicht, wir wundern uns nicht darüber!) Nach der historisch-ökonomischen Kenntnis der Leipz. Volksztg. scheint man also erst einen kleinen Klaps haben zu müssen, um auf den Beifall der Leipz. Volksztg. rechnen zu können. (Gr. Hitt. und Sehr gut!) Ich gehöre auch nicht zu den Verdrossenen, sondern zu den Vergnügten, die stets ihre helle Freude an den radikalen Purzelbäumen haben. (Sehr gut!) Ich erblicke auch heute noch in der Bewegung in freier Luft eine notwendige Gegenwehr gegen die Arbeit in der finkigen Fabrik. Wir brauchen auch körperlich gesunde Arbeiter in der Arbeiterbewegung. Da wollen wir auch keine Sportsvereinsmeierei treiben, wie denn überhaupt die meisten Jugendlichen keinen Pfennig für Vereinsbeiträge übrig haben. (Sehr wahr!) Ohne Verein muß die Jugend zur freien körperlichen Betätigung, zur Spiel und Sport herausgeholt werden aus der Werkstatt und vor allem aus der Kneipe. (Sehr wahr!) Natürlich darf die Jugend darin nicht aufgehen, sondern es darf nur eine Unterbrechung des ernsten Lebens sein. Die Beschlüsse des Hamburger Partei- und Gewerkschaftskartells, die Angliederung des Jugendbundes an die Fortbildungskurse, gibt uns einen wertvollen Fingerzeig, wie es gemacht werden soll.

Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann war das neue Reichsvereinsgesetz mit seinen Ausnahmebestimmungen gegen Jugendliche ein Schlag ins Wasser. Wenn wir den Jugendlichen die nötige allgemeine Bildung geben, kommt das Verständnis der Arbeiterbewegung von selbst. Auch das brutale Vorgesetztenverhältnis des Gesellen zum Lehrling muß in ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis umgewandelt werden. So wollen wir alle eifrig an die Arbeit gehen, der modernen Arbeiterbewegung einen tüchtigen Nachwuchs zu erzielen. (Lebhaftanhaltender Beifall.)

Der Referent legt folgende Resolution vor:

Der Kongreß hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernsten und auch heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen die Betätigung zu erwecken sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Uebertreibung, zu einer Sportsfexerei ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftskartell und der Parteiorganisation unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bezw. politischen Organisationen.

Kleines Feuilleton.

ag. **Unfall und Leistenbruch.** Recht interessant ist die Nebeneinanderstellung verschiedener ärztlicher Gutachten aus dem Gebiete der staatlichen Arbeiterversicherung, die sich auf Brüche infolge von Unfällen beziehen und von Dr. Paul Zander in der Medizin. Klinik wiedergegeben werden. Ein Schlosser hatte von einer eisernen Stange einen Stoß gegen die linke Leistenbeuge erhalten. Dadurch entstand eine Einklemmung eines schon vorhandenen linksseitigen Leistenbruches, weshalb der Betreffende operiert werden mußte. Weil er noch über Schmerzen klagte, erhielt er eine Rente von 10 Proz. Nach sieben Monaten stellte sich eine Wiederholung des Bruches ein, und es handelte sich um die Frage, ob das alte Bruchleiden vollständig beseitigt war, so daß der neue Bruch mit ihm nichts mehr zu tun hatte, oder ob man den letzteren als eine Fortsetzung des ersteren anzusehen hätte. Das Schiedsgericht sah den neuen Bruch als Folge des ersteren an und ebenso das Reichsversicherungsamt. Der Unfall machte eine Operation notwendig, und als Folge davon entstand daher wiederum eine Rente von 10 Proz. — Eine Arbeiterin zog sich bei dem Drehen einer Wringmaschine einen linksseitigen Schenkelbruch zu, der eingeklemmt war und daher operiert werden mußte. Ihren Anspruch auf Gewährung einer Unfallrente lehnte die Genossenschaft ab und bestritt das Vorliegen eines Betriebsunfalles, weil der Bruch nicht durch das Drehen der Wringmaschine entstanden sei, sondern schon vorher vorhanden war. Dem gegenüber erkannte das Reichsversicherungsamt auch hier einen Zusammenhang an und betonte, daß Brucheinklemmungen, wenn sie bei der Betriebsarbeit und durch diese entstehen, als Folge eines Unfalles anzusehen sind. Der Klägerin wurde eine Rente von 20 Proz. gewährt. — In einem dritten Fall hatte ein Arbeiter im Zusammenhange mit drei anderen einen etwa fünf Zentner schweren Eisschrank aufgehoben, wobei dieser nicht von allen Seiten gleichmäßig angehoben wurde, so daß der Betreffende mehr als seine Mitarbeiter zu heben hatte. Er klagte sofort über heftige Schmerzen, und der die Arbeit beaufsichtigende Meister mußte ihm zu Hilfe kommen. Ihm wurde trotz des gegenteiligen Gutachtens eine Rente bewilligt, obgleich in diesem Falle erst nach drei Tagen eine ärztliche Untersuchung stattfand und infolge der schweren Weichteilezerreißungen keine so großen Schmerzen vorhanden gewesen waren, daß sie sofortige Niederlegung der Arbeit bedingten.

ag. **Unfall und Gehirnblutung.** Viele Arbeiter leiden infolge ihres Berufes oder aus anderen Gründen an Veränderungen in ihrem Gefäßsystem, namentlich am Herzen und den Wänden der größeren und kleineren Arterien, d. h. der Schlagadergefäße, ohne daß sie davon etwas wissen. Wenn dann ein Unfall eintritt und sich in nicht allzulanger Zeit hinterher andere ernste Schädigungen einstellen, so wird man vom rein menschlichen Standpunkte aus sehr leicht geneigt sein, beide Tatsachen in Einklang zu bringen. Interessant ist in dieser Beziehung ein Gutachten von Prof. Windscheid-Leipzig über den **Zusammenhang zwischen Unfall und Gehirnblutung.** Ein Bierfahrer hatte dadurch einen Unfall erlitten, daß er hinterrücks vom Wagen fiel und mit dem Hinterkopf auf einen Faßrand aufschlug. Er trug eine blutende Wunde davon, war aber nicht bewußtlos, hatte auch kein Erbrechen. Die Wunde wurde noch an demselben Tage genäht und heilte gut. Der Betreffende hatte seine Arbeit nicht unterbrochen, klagte aber über Kopfschmerzen. Vier Wochen später wurde er plötzlich, als er sein Pferd ausfrängen wollte, schwindlig. Er hob trotzdem noch ein volles Faß vom Wagen herunter, bei dem Versuch, ein zweites Faß herunterzuheben, wurde er aber besinnungslos, fiel um und kam erst wieder in der Stube des Gasthauses zu sich. Er wurde mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung gefahren, woselbst der Arzt einen Schlaganfall mit Lähmung der linken Körperhälfte feststellte. Prof. Windscheid konnte infolge seiner sorgfältigen Untersuchung klarlegen, daß der Bierfahrer schon seit Jahren krank gewesen war und der Schlaganfall wahrscheinlich auch ohne den Unfall eingetreten wäre. Eine Rente wurde dem Patienten daher vom Reichsversicherungsamt nicht zugebilligt.

Der Gebrauch des Pferdefleisches zur menschlichen Nahrung ist in den Kulturländern schon viel älter als man gewöhnlich glaubt. Schon im Beginn der christlichen Zeitrechnung wurde der Name „Pferdefleischfresser" von den Griechen als Bezeichnung für verschiedene Völkerschaften angewendet. Herodot erzählt, daß die Perser an Geburtstagen ihre Tafeln mit im Ganzen gebratenen Pferden zu besetzen pflegten; Chinesen, Tartaren, Kosaken und viele andere asiatische und afrikanische Völkerschaften betrachten noch gegenwärtig Pferdefleisch als einen Leckerbissen. Nach Virgil mischten die Sythen Pferdeblut in die Milch, die sie tranken; Horaz erwähnt, daß die Tracier Pferdeblut zu trinken pflegten. Der heilige Bonifaz beschwerte sich bei dem Papste über das Pferdefleischessen der Deutschen. In Frankreich wurde im Jahre 1629 ein Pferdeknecht hingerichtet, weil er Pferdefleisch gegessen. In Paris wurde der Genuß desselben 1826 amtlich gestattet.

Zur Behandlung von Mückenstichen schreibt der Vossischen Zeitung ein Leser: Auf Grund der nachstehenden Beobachtung, die ich im vorigen Sommer gemacht und verschiedentlich ausgeprobt habe, kann sich ein jeder auf die einfachste Art Mückenstiche und Beulen sofort schmerzlos machen und beseitigen. Einmal wurde ich von einer Mücke in den Handrücken gestochen, so daß eine Anschwellung in Größe einer Walnuß entstand, die sehr schmerzte. In meiner Verzweiflung, gewissermaßen einer Eingebung folgend, fing ich mir einige Mücken, zerdrückte sie auf der geschwollenen Stelle der Hand und rieb mir den Saft, der in dem Hinterleib der Mücke sich befindet, in die Geschwulst ein. Darauf verspürte ich sofort ein sonderbares „Kribbeln", die Geschwulst ließ nach und war in etwa einer Stunde verschwunden. Nun habe ich daraufhin bei jedem Ausfluge mit dieser Methode Versuche angestellt und stets mit Erfolg. Ich habe versuchsweise mehrmals bei zwei nebeneinander liegenden Mückenstichen den einen behandelt und den andern unbehandelt gelassen, und stets schwoll der unbehandelte an, während der behandelte verging. Wenn man einen Mückenstich sofort behandelt, dann äußert er sich gar nicht, weder durch Jucken, noch durch Entzündung. Es wird am besten, wenn man dieselbe Mücke, die gerade stiehlt, auf der Stelle verarbeitet. Man muß die Mücke zuerst behutsam mit der Fingerspitze verbiegen, damit sie nicht fortfliegt oder wenn drückt wird, dann schiebt man den Hinterleib der Mücke auf die gestochene Stelle, drückt ein Weilchen mit dem Fingernagel, noch besser mit einem festen Gegenstand, wie dem Griff eines Taschenmessers, darauf, und die Kur ist beendet. Verschiedene meinen Bekannten haben denselben Erfolg gezeigt.

Ein erprobtes Mittel gegen Mückenstiche wird von Dr. Löle im Medico erwähnt. Das von Dr. Löle empfohlene Mittel ist so einfach, so billig, so leicht zu beschaffen, daß sich ein jeder dessen ohne weiteres bedienen kann. Bringt man nämlich das brennende Ende einer Zigarre so nahe an die Stichstelle heran, daß man den Hitzeschmerz eben noch vertragen kann, und erträgt ihn 30 bis 40 Sekunden, so ist der Schmerz dauernd beschwunden. Der Hitzschmerz ist bei dieser Prozedur keineswegs etwa stärker, als der durch den Mückenstich hervorgerufene. Wirksam ist diese Methode übrigens nicht nur bei frischem Stich, sondern auch bei älteren. Es ist selbstverständlich nicht etwa die Zigarre als solche, sondern die durch die Hitze bedingte Blutüberfüllung, die den Schmerz beseitigt. Ein brennendes Streichholz, dicht angenähert, tut dieselben Dienste, und im Notfalle kann man, sofern es erreichbar ist, ein Brennglas oder vielleicht eine glühende Kohle benutzen. Die schmerzstillende Wirkung der Blutüberfüllung, d. h. der künstlich hervorgerufenen örtlichen Entzündung, ist ja in der allerjüngsten Zeit durch die grundlegenden Versuche des Bonner Chirurgen Professor Bier bekannt und gewürdigt worden.

kfg. **Gefahren durch unsere Haustiere.** Aus dem Institut Pasteur in Tunis wird berichtet, daß es gelungen ist, einen Parasiten zu entdecken, der zunächst eine Erkrankung der Ratten herbeiführt, sich aber sehr leicht auf Hunde überträgt. Dadurch kommen auch die Menschen in Gefahr, und zwei Aerzte in Tunis haben in der Tat verschiedene Todesfälle auf die gleiche Infektionskrankheit zurückführen können. Der Vernichtungskrieg gegen die Ratten, die ja auch Ueberträger der Pestbazillen sind, ist daher nur zu billigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0009

Der Vorsitzende Legien läßt dem Kongreß einen Brief folgenden Wortlauts verdieſfältigt vorlegen:

W. G.! Mit der Frage der Jugendorganisation befaßte sich gestern abend eine vom Bildungsausschuß einberufene Sitzung der Jugendorganisationsvorstände Leipzigs, die nach lebhafter Debatte einstimmig folgende Resolution annahm:

Die Vorstände der Leipziger Jugendorganisationen, die mehr als tausend Mitglieder vertreten, und der Vorstand des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts erklären, daß sie die Ausführungen der Genossen Legien und Schmidt, die diese über die Jugendorganisationen in den Sozialistischen Monatsheften gemacht haben, aufs schärfste zurückweisen müssen. Vor allem erblicken sie in der Selbständigkeit der Jugendorganisationen, an deren Spitze ältere erfahrene Genossen stehen, eine unbedingte Notwendigkeit. Diese Selbständigkeit zu vernichten, ist aber die ausgesprochene Absicht der beiden genannten Genossen. Bei der kurzen Existenz der bisherigen Organisationen ist es ein übereiltes Urteil, wenn gesagt wird, die Jugendorganisationen seien in ihrer bisherigen Form ein verfehltes Unternehmen, ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung mit den Ergebnissen der Jugendorganisationen in Leipzig, Hamburg und in anderen Orten in Widerspruch steht.

Die Jugendorganisation als solche kann nicht ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein, da dadurch die Organisation wie die Kräfte vollständig zersplittert würden. Gegenüber dem Verlangen unserer Gegner, schon in der Volksschule, insbesondere in den Fortbildungsschulen und den höheren Schulen in verfälschendem Sinne Unterrichtsfächer über das innere Wesen des Staates und die „Wohltaten" für die Arbeiterklasse einzuführen, ist es Pflicht der Arbeiterbewegung, die arbeitende Jugend möglichst früh über ihre Lage aufzuklären, was keineswegs eine „Ueberladung mit schwierigen wirtschaftlichen Problemen" bedeutet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nötig, überall mit Unterstützung der Partei und Gewerkschaft Jugendorganisationen ins Leben zu rufen, und so tüchtige Rekruten für die Arbeiterschaft heranzubilden.

Wir hoffen daher, daß der Gewerkschaftskongreß zu Hamburg die Selbständigkeit der Jugendorganisationen nicht antastet, sondern im Gegenteil ihm seine Unterstützung angedeihen läßt.

Der Kongreß tritt in die Diskussion ein.

Sillies-Berlin (Steindrucker) schildert die Einrichtung der Jugend- und Lehrlingsabteilung seines Verbandes, die erzwungen war durch das Vorgehen der gelben Gewerkschaften. Die Abteilung hat einen Wochenbeitrag von zehn Pfg. und eine Krankenunterstützung. Auch eine besondere Jugendzeitung wird schon herausgegeben. Im Vordergrund unserer Tätigkeit steht natürlich die Bildungsfrage und die körperliche Ausbildung. Auf diese Weise haben wir von 4500 Lehrlingen unseres Berufes schon 2500 organisiert. Ich bin daher durchaus der Meinung des Referenten, daß wir die Jugend nur fachlich und körperlich, nicht politisch bilden sollen. (Lebh. Beifall.)

Fromm-Leipzig (Metallarbeiter): Auch ich bin nicht etwa dafür, daß man den Jugendlichen einseitig einblüut, was sie später noch aus eigenem genügend erkennen. Aber ich weiß doch nicht, ob nicht eine besondere Jugendorganisation unter Umständen nützlich sein kann, es fehlen uns ja noch die Erfahrungen. Deshalb wollen wir uns noch nicht festlegen, und ich bitte Sie, den Absatz 3 der Resolution Schmidt zu streichen. Redner hebt dann die erfreuliche Entwicklung und Tätigkeit des Arbeiterturnerbundes im Gegensatz zu der deutschen Turnerschaft hervor.

Josephsohn-Hamburg: Daß die Zuschrift aus Leipzig von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, beweist die Berufung auf den Hamburger Jugendbund, der nur eine Abteilung des Fortbildungsvereins ist. Für die Jugendorganisation muß eine Altersgrenze festgehalten werden, sonst werden sie wie teilweise im Auslande zu Tummelplätzen Mißvergnügter, die in der Partei nicht durchdringen konnten. So haben z. B. in Christiania die „Jugendlichen" bei den letzten Stadtverordnetenwahlen sechs Sitze für sich verlangt. (Gr. Hftt.) Auf die Gefahr hin, daß ich auch für einen freisinnigen Turnlehrer gehalten werde (Hftt.), spreche ich meine Ueberzeugung aus, daß die Jugendlichen vor allem einen gesunden Körper als Sitz eines gesunden Geistes behalten oder erhalten müssen. (Beifall.)

Mollenbuhr-Berlin (als Gast): Ich möchte in Ergänzung des Referats nur, um Mißverständnisse zu vermeiden, hervorheben, daß wir die antimilitaristische Agitation nicht wegen der „eisernen Disziplin" und der „hohen Strafen" verwerfen — das ist nicht unsere Art, etwas aus Furcht zu lassen, ich erinnere nur an das Sozialistengesetz — sondern daß wir sie ablehnen müssen, weil hier überhaupt keine sozialistische Bewegung ist, sondern nur ein Auswuchs des kleinbürgerlichen Radikalismus. Die 48er Harro Harring und Karl Heinze hat im Schimpfen auf den Militarismus selbst Herve nicht erreicht. Wir aber sehen im Militarismus nur ein Werkzeug des Kapitalismus, und uns kommt es darauf an, den Kapitalismus selbst zu beseitigen. (Beifall.) Der Weg, der zur sozialistischen Jugenderziehung führt, braucht von Anfang an nicht politisch auszusehen. Auch nach Davids Referentenführer (Zuruf Hues: Aber der ist doch verboten!!) soll der, der ein guter sozialdemokratischer Agitator werden will, sich zunächst ein möglichst großes Maß von allgemeinem Wissen erwerben. Mir hat dieser Rat besonders gefallen, weil ich selbst unbewußt diesen Weg gegangen bin. Nachher ist mir manches sehr viel leichter geworden. Vor der antimilitaristischen Agitation wollen wir die Jugend bewahren, nicht weil es ein gefährliches sondern weil es ein falscher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ist. (Beifall.)

Thiede-Hamburg (Metallarbeiter): In dem Leipziger Brief ist die Notwendigkeit der Leitung der Jugendorganisationen „durch ältere, erfahrene Genossen" ausdrücklich anerkannt. Wir brauchen in den Jugendorganisationen keine politische Tätigkeit, sondern nur das instinktive Klassenbewußtsein, das aus dem Stolz auf die Familie und die Klasse herausquillt, der man angehört. Tief bedauerlich ist es, daß die Hütte, unser Blatt für Jugenderziehung, eingegangen ist. Hoffentlich wird ein Blatt ähnlichen oder noch reicheren Inhalts jetzt wieder geschaffen. Der Absatz 3 der Resolution Schmidt scheint mir zur Abwehr der Vereinsmeierei gerade sehr wichtig.

Stelling-Lübeck weist auf die großen Mißstände in der behandlung der Jugendlichen in der Käserei, beim Milch- und Brotaustragen hin. Dagegen müßten die Gewerkschaften praktisch arbeiten. Im übrigen dürfte es sich nicht empfehlen, die Jugend sich selbst zu überlassen. Wir im Transportarbeiterverband haben im letzten Jahre 2639 jugendliche Mitglieder neuaufgenommen.

Brünn-Ludwigshafen (Fabrikarbeiter) macht Mitteilungen über die Grausamkeiten des Strafvollzuges gegen Jugendliche, z. B. über die Wirkungen des „Krummschließens". Auch die Literatur in den Gefängnisbibliotheken sei sehr schlecht und erziehe nur zum Verbrechen.

Giebel-Berlin (Krankenkassenbeamter) findet, daß die Absätze 3 und 5 der Resolution Schmidt sich widersprechen. Er fordert besondere Jugendsekretariate, die die Schäden der Jugendarbeit in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht bekämpfen sollen. In den Jugendorganisationen müsse um jeden Preis der Schein der Bevormundung vermieden werden. Darin seien die Jugendlichen sehr empfindlich. Auch die Agitation müßten die Jugendlichen selbst besorgen. Die Hütte sei gerade mangels einer solchen eigenen Agitation der Jugendlichen eingegangen.

Ida Altmann-Berlin: Das Große an der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist ihre Einheitlichkeit. Diese darf auch durch besondere Jugendorganisationen nicht gestört werden. Eine besondere Organisation, aus der die Leute naturgemäß nach einigen Jahren hinauswachsen müssen, ist ein Unsinn. Wichtig für die Organisierung der Jugendlichen ist vor allen Dingen die Beschaffung von Lokalen, in denen die Jugendlichen zu Hause sind.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlußwort bittet der Referent

Robert Schmidt, an seine Resolution nichts zu ändern, da sie auf Vereinbarung beruhe. Als praktisch wichtige Hilfsmittel zur Organisierung der Jugend bezeichnet er gutgeleitete große Zentralbibliotheken und Lokale ohne Konsumzwang.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Streichung des Abs. 3 der Resolution gegen 16 Stimmen abgelehnt, die Resolution Schmidt gegen eine Stimme angenommen.

Es folgen die Berichte der Redaktionskommission über die ihr überwiesenen Materien. Sie hat die ihr überwiesenen Resolutionen der Referenten zur Boykottfrage und zur Frage der gewerblichen Arbeitsvermittlung nur wenig geändert. Zur Boykottfrage hat sie folgenden Zusatzantrag angenommen:

Der Gewerkschaftskongreß weist die Versuche der neueren Rechtsprechung: bei der Beurteilung des Boykotts die Prüfung auch darauf zu erstrecken, ob ein Boykott Aussicht auf Erfolg bietet, oder ob der Zweck des Boykotts eine Aenderung der wirtschaftlichen bezw. sozialen Verhältnisse zur Folge hat, entschieden zurück.

Die Rechtsprechung hat sich nach Ansicht des Gewerkschaftskongresses auf die Prüfung zu beschränken, ob die Mittel des Boykotts gegen die bestehenden Gesetze verstoßen. Darüber hinaus gehende Prüfungen, und auf diesen Prüfungen beruhende Entscheidungen können nur die subjektive Auffassung der Richter über wirtschaftliche bezw. soziale in Fluß befindliche Fragen wiederspiegeln. Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen kann nur Aufgabe der Gesetzgebung sein. Die Versuche, durch die Rechtsprechung eine solche Regelung herbeizuführen oder an ihr teilzunehmen, sind ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und tragen die Gefahr neuer Klassenjustiz in sich.

Deshalb protestiert der Gewerkschaftskongreß mit aller Entschiedenheit gegen derartige Versuche der Rechtsprechung, welche die Durchführung des gesetzlich zulässigen Boykotts auf Umwegen zu verhindern versuchen.

Der Kongreß tritt den Anträgen der Kommission einstimmig und debattelos bei.

Es folgt als letzter Gegenstand der Tagesordnung die Beratung verschiedener Anträge.

Ein Antrag der Kupferschmiede: „In Ergänzung, daß über die Auslegung der Streikarbeit bedenklich abweichende Auffassungen bestehen, die oft zwischen verwandten Berufen zu unliebsamen Vorfällen Anlaß geben, erklärt der deutsche Gewerkschaftskongreß: Daß alle Arbeiten, die von Arbeitern verweigert werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, so lange als Streikarbeiten anzusehen sind, bis die in Frage kommende Organisation ganz unzweideutig erklärt, daß die Differenzen beseitigt sind, die zum Ausstand oder zur Aussperrung geführt haben," wird von Saupe-Berlin begründet, aber auf Vorschlag des Vorsitzenden Bömelburg der nächsten Konferenz der Zentralvorstände zur Erledigung überwiesen.

Annahme findet folgender Antrag des Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Bremen: „Die am 6. Mai tagende Generalversamlung der Tabakarbeiter Bremens fordert, daß bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften auch Fachleute zum Schiedsgericht herangezogen werden und von beiden Seiten die Schiedsrichter ernannt werden zur Begleichung der bestehenden Differenzen."

Der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen beantragt:

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß empfiehlt den Gewerkschaften, überall dort, wo noch Lohnzahlung am Sonnabend üblich ist, bei Lohnbewegungen die Forderung nach Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage mit aufzustellen.

Die Lohnzahlung am Sonnabend erschwert den Angestellten und Arbeitern im Handelsgewerbe ungemein die Erringung des Achtuhrladenschlusses und der Sonntagsruhe, sie gibt den Geschäftsinhabern den Vorwand, sich gegen diese Einrichtung zu erklären und erschwert es den Konsumvereinen, mit diesen Einrichtungen vorauszugehen.

Die Zusammendrängung des Einkaufs der arbeitenden Bevölkerung auf den Sonnabendabend bringt auch für diese selbst mancherlei Nachteile und Uebervorteilungen mit sich. Am Sonntag aber sollte die Arbeiterfrau neben der Verrichtung der unvermeidlichen häuslichen Arbeit nicht noch gezwungen sein, Einkäufe zu besorgen, wie dies die Lohnzahlung am Sonnabend nach sich zieht.

Die Beseitigung der Lohnzahlung am Sonnabend und die Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage liegt somit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wie im Interesse der Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe.

Die Gewerkschaften werden deshalb ersucht, diese Forderung bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu befürworten.

Der Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch Josephsohn-Hamburg einstimmig angenommen.

Eine große Anzahl von Anträgen liegen zur

Alkoholfrage

vor. Sie fordern u. a. Errichtung alkoholfreier Gewerkschaftshäuser und -Versammlungslokale.

Stühmer-Berlin (Schneider) und Wissel-Lübeck (Metallarbeiter) schlagen vor, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Alkoholfrage gründlich zu verhandeln und einen besonderen Referenten dazu zu bestellen.

Leber-Jena (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsbewegung hat praktisch den Alkoholkonsum überall zurückgedrängt. Aber alle unsere Gewerkschaftshäuser existieren nur durch den Alkoholkonsum, und ich mag darin nicht heucheln. (Beifall und Widerspruch.) Unmittelbar nach dem Essener Parteitag hat die Agitation der Abstinenten in der Partei wieder eingesetzt. Was nützen da alle Resolutionen und Beschlußfassungen? (Beifall und Widerspruch.)

Vors. Bömelburg: Zur Bekämpfung des Alkoholismus hat die Gewerkschaftsbewegung mehr getan als diejenigen, die aus der Bekämpfung des Alkoholismus ihr Steckenpferd gemacht haben. Indem wir die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert und ihre Bildung erweitert haben, haben wir den Alkohol zurückgedrängt und damit zugleich den Boden für die weitere Organisationsarbeit geschaffen. Unsere prinzipielle Stellung ist also gegeben und wir können über diese Debatte hinwegkommen, indem wir erklären, daß wir der Resolution des Essener Parteitages beitreten, daß aber besondere Maßnahmen gegen den Alkoholismus nicht zur Zuständigkeit des Gewerkschaftskongresses gehören, sondern zu der der Ortskartelle. (Lebh. Beifall.)

Gegen den Widerspruch der Abstinenten wird die Debatte geschlossen und der Vorschlag Bömelburgs mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Von Päplow-Hamburg (Maurer) ist folgende Resolution eingegangen:

Der 6. Kongreß der deutschen Gewerkschaften nimmt Kenntnis von der auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart beschlossenen Resolution betreffend die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, und spricht den Wunsch aus, daß alle der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften ihre Mitglieder in diesem Sinne erziehen mögen.

Vors. Bömelburg: Der Antrag kommt so spät, daß wir ihn nicht mehr zur Debatte stellen möchten. Da aber niemand die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses moniert hat, ist sein Inhalt ja selbstverständlich.

Päplow (zur Geschäftsordnung): Ich hiet es nur für eine Anstandspflicht, das noch ausdrücklich auszusprechen.

Döblin-Berlin (Buchdrucker): Ich glaube, daß es besser wäre, wenn diese Resolution nicht gekommen wäre (Beifall.) Bömelburgs Erklärung ist ja ebensogut wie die Annahme der Resolution. Dagegen müssen wir Einspruch erhben. Wir unterscheiden sehr wohl zwischen einem Wunsche des internationalen Sozialistenkongresses und einem Beschluß des deutschen Gewerkschaftskongresses.

Legien: Die deutsche Gewerkschaftsdelegation hat ja in Stuttgart selbst der Resolution zugestimmt. Da wäre die Annahme eines besonderen Antrages geradezu ein Mißtrauensvotum gegen sie.

Auf Vorschlag Bömelburgs wird beschlossen, diesen Gegenstand durch den Bericht der Generalkommission für erledigt zu erklären.

Vors. Bömelburg: Damit sind wir am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich danke zunächst dem Lokalkomitee und den gastlichen Hamburger Genossen. Wir haben eine sehr umfangreiche Tagesordnung sehr rasch erledigt. Das beweist, daß wir Selbstbeherrschung und Disziplin gelernt haben. Unsere Verhandlungen waren auch durchweg sehr ruhig. Ich freue mich, daß wir endlich soweit gekommen sind, daß wir große Streitfragen nicht mehr auszufechten haben. Auch mit der anderenSeite der Arbeiterbewegung haben wir uns durchgängig verständigt. Von einer Frage, die nach dem letzten Kongreß die Arbeiterschaft in helle Erregung versetzte, dem Generalstreik, war diesmal überhaupt nicht die Rede. (Hftt.) Grundsätzliche Differenzen gibt es zwischen den beiden Hauptteilen der Arbeiterbewegung überhaupt nicht mehr. Vorüber sind die Zeiten des Mißtrauens und der Eifersucht, alle haben die Ueberzeugung gewonnen, daß wir gemeinsam auf die großen Ziele der Arbeiterbewegung hinwirken müssen. (Beifall.) Diese Einigkeit brauchen wir — ich sage nicht diese Ruhe, damit nicht wieder lange Leitartikel über das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften geschrieben werden. (Hftt.) Wir brauchen diese Einigkeit, weil wir vor noch größeren Aufgaben stehen und uns auf große zentrale Kämpfe mit geschlossenen Unternehmerverbänden rüsten müssen. Um sie siegreich zu beenden, brauchen wir noch viel mehr Mitglieder und noch viel größere innere Festigkeit. (Sehr wahr!) Aber wenn wir nicht Streit haben sondern Einigkeit, dann können wir auch sicher sein, daß wir in Zukunft alle Aufgaben erfüllen werden, die an uns herantreten. Und so lassen Sie uns hinausgehen in die Lande und alle Kraft einsetzen für den großen Kampf der Arbeiterschaft. (Lebh. langanhalt. Beifall.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die freien deutschen Gewerkschaften schließt hierauf Bömelburg den Kongreß.

Unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise verlassen die Delegierten den Saal.

Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 29. Juni 1908, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Steckner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag des Magistrats beschlossen, den neueingestellten Magistrats-Assessor Käher an den Stadtverordneten-Sitzungen teilnehmen zu lassen. — Der 23. Jahresbericht des Vereins für Kinderhorte wird vorgelegt. — Eine Eingabe des Krankenkassenverbandes in Halle a. S., in der über zu wenig Betten in den hiesigen Krankenhäusern geklagt und die Errichtung eines städtischen Krankenhauses befürwortet wird, wurde dem Petitions-Ausschuß überwiesen, der mit den ärztlichen Sachverständigen der Versammlung die Eingabe prüfen soll. (Ueber die Eingabe haben wir seinerzeit nach dem Referat des Genossen G. Hehn berichtet.) — Die Petition von Anwohnern der Seydlitz- und Zietenstraße wegen der Regenergüsse vom Galgenberg wird bis zum Herbst zurückgelegt. Stadtbaurat Lammers denkt dann eine diesbezügliche Vorlage vorbereitet zu haben, so daß schon im kommenden Jahre Abhilfe geschaffen werden kann. — Auf drei Monate zurückgelegt wurde die Petition vom Zoologischen Garten, städtischen Zuschuß betreffend. — Der Vorsteher teilt mit, daß die Veröffentlichung der Tagesordnung im Magistratsorgan sich durch ein Versehen um einen Tag verzögert hat. Infolgedessen lägen nicht die von der Geschäftsordnung verlangten zwei Tage zwischen Veröffentlichung und Sitzung. Das Kollegium erklärt sich für die Abhaltung der Sitzung, da die Tagesordnungspunkte dringend seien. Der Vorsteher stellt dies fest. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Nachbewilligt werden zum Haushaltsplan der Desinfektionsanstalt 142,49 Mk. und zum Haushaltsplan des Elektrizitätswerkes für 1907 58097,54 und 24959,13 Mk.

Ueber die mietsfreie Ueberlassung von Räumen im Grundstück Königstraße Nr. 1 an den Verein für Volkswohl referierte Stadtv. Emmer: Der Magistrat ersucht zuzustimmen, daß dem Verein für Volkswohl als Ersatz für die am Leipziger Turm zu beseitigende Kaffeehalle, die im Erdgeschoß des Grundstücks Königstraße 1 bisher an den Konditormeister Michael Meyer vermietete Wohnung vom 1. Januar 1909 ab mietfrei überlassen wird. Der Verein für Volkswohl verpflichtet sich, die Miete für die Räume auf die Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 31. Dezember 1908, während der der Umbau bewirkt werden soll, sowie die Umbaukosten zu erstatten. Der Grund-Eigentums-Ausschuß hatte beschlossen, die Sache zu vertagen. Schon vor zwei Jahren ging die Petition wegen Beseitigung der Kaffeehalle ein und man übte Rücksicht, indem man dem Verein drei Jahre Zeit ließ. Der Verein hat in jener Halle den größten Umsatz gehabt und dort in einem Jahre rund 64000 Becher alkoholfreie Getränke verkauft. — Stadtv. Schmidt ist für die Vertagung, da das in Aussicht genommene neue Lokal versteckt liege und der Verein vielleicht ein geeigneteres Lokal finde. Stadtv. Neise und Oberbürgermeister Dr. Rive treten für sofortige Beschlußfassung ein. Stadtv. Thiele hält die Frage nicht für so brennend. Wenn die Kaffeehalle bleibe, wo sie ist, so sei das nicht schlimm.

Die Mehrheit des Kollegiums erklärt sich aber für den Magistratsantrag. Die Kaffeehalle wird also mit Ablauf dieses Jahres beseitigt.

Fluchtlinien- und Höhenlagen-Aenderungen für einen Teil der Bismarckstraße und für eine Verbindungsstraße zwischen der alten Promenade und der Zinksgartenstraße werden beschlossen.

Zur Ergänzung der Besoldungsordnung vom Januar 1902 beantragt der Magistrat einen Zusatz, nach der bei Dienstwohnungen event. noch eine Entschädigung an Beamte gezahlt werden soll.

Stadtv Thiele erklärt sich bei dieser Gelegenheit gegen das ganze Dienstwohnungs-Wesen. Nur in ganz vereinzelten Fällen mögen Dienstwohnungen berechtigt sein, aber zukünftig möge man mit der Errichtung von Dienstwohnungen sehr sparsam umgehen. Uebrigens sei es angebracht, in bestimmten Zwischenräumen, vielleicht nach je drei bis vier Jahren, neu abschätzen zu lassen, da der Wert der Wohnungen nicht unverändert bleibt.

Stadtv. Emmer meint, wenn die Beamten glauben, sie bezahlen zu viel für die Dienstwohnungen, dann mag man die Wohnungen taxieren lassen. Jedenfalls zahlen die Beamten für die Dienstwohnungen viel zu wenig Miete. Manche Beamte können ihre große Dienstwohnung nicht einmal voll möblieren. — Die Versammlung stimmt aber, nachdem der Referent Stadtv. v. Blume nochmals hervorgehoben hat, daß es sich

Caramel-Malz-Bier, Schutzmarke: „Pelikan mit Jungen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0010

nur um einige kleinere Beträge von 20 bis 80 Mk. handle, dem Antrage des Magistrats zu.

Ohne Diskussion wurde beschlossen, 15 Rettigbänke für die Höhere Mädchenschule zu beschaffen und einen Pferdestall im Grundstück der neuen Desinfektionsanstalt zu errichten. — Betreffs Antrag wird die Erneuerung des Marmorplattenbelages im Flur des zweiten Obergeschosses und auf der Haupttreppe im Ratskellergebäude. — Genehmigt wurde die Instandsetzung des Daches auf dem südöstlichen Turm der Moritzburg und die Erweiterung des Trothaer Friedhofes und Erwerbung des Lattenzaunes daselbst.

Ueber die Petition betr. Verunreinigung der Schlippe zwischen den Grundstücken Delitzscherstraße 74 und 75 referierte Stadtv. Beige: Gewiß werde in der Schlippe viel Unrat abgelagert, und dieser werde eine Brutstätte für Ungeziefer. Die Stadt könne aber nichts tun, da es sich um einen Privatbesitz handelt. Gesagt wird, daß der Platz sogar zwei Stadtverordneten gehöre. (Zuruf: Aßmann und Kobe). In der Sache lasse sich aber nichts tun, und deshalb empfiehlt der Petitionsausschuß, über die Sache zur Tagesordnung überzugehen. Das Kollegium beschließt demgemäß.

Gleichfalls zur Tagesordnung übergegangen wurde über eine Petition der städtischen Haushaltungs-Lehrerinnen wegen Gehaltserhöhung.

Zur wohlwollenden Erwägung überwiesen wird die Petition dreier alter Arbeiter (Stock, Göhichel und Brandenburger) um Weiterbeschäftigung bei der Straßenreinigung.

Die Petition des Magistratssekretärs Becker um Erhöhung seines Gehaltes von 2800 auf 3100 Mk. führte zu einer interessanten Debatte, in der der Oberbürgermeister Dr. Rive seine Ansicht über das Beschwerderecht der Beamten enthüllte. Der Petitionsausschuß empfahl Uebergang zur Tagesordnung, obwohl er anerkannte, daß der Beamte anderen gegenüber bei den neuen Gehaltserhöhungen zu kurz gekommen sei. Auf der anderen Seite hätten solche Beamte von 1905 bis 1908 Erhöhungen bis zu 950 Mk. bekommen.

Die Stadtv. Vorgert und Bungert treten für die Erhöhung ein.

Stadtv. **Thiele** bemerkt, die Ungleichheiten seien die Folgen des Statuts, das das Kollegium seiner Zeit beschlossen habe. Von einem Unrecht gegen den Beamten, wie Stadtv. Bangert gesagt habe, könne gar keine Rede sein. An sich habe auch Herr Becker seit drei Jahren eine Erhöhung seines Gehaltes von 2150 auf 2800 Mk. erfahren. Das genüge wohl.

Oberbürgermeister Dr. Rive: Wenn einzelne Beamte direkt an die Stadtverordneten petitionieren, so wenden sie sich damit gegen die Autorität des Magistrats. Die Interessen der Beamten liegen bei dem Magistrat in den besten Händen. Voriges Jahr hat der Magistrat dem Kollegium eine Vorlage gemacht, daß den sieben Beamten, welche bei der neuen Gehaltsregulierung weniger gut abgeschnitten hatten als ihre Kollegen, eine Zulage gewährt werde. Das Kollegium hat damals die Vorlage abgelehnt. Sollte ein einzelner Beamter mit seiner Petition mehr Erfolg haben als der Magistrat? Ich bitte Sie, im Interesse der Disziplin über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Es untergräbt die Autorität der Behörden, wenn Beamte über die Köpfe ihrer Dienstbehörde hinweg petitionieren. Im Reichstag und Landtag fühlen sich allerdings manche Abgeordnete als Schutzhelfige solcher Beamten. Wohin soll das führen? Nehmen Sie die Petition des Herrn Becker ab, dessen dienstliches Verhalten allerdings seinem jetzigen Vorgehen entspricht.

Stadtv. **Thiele**: Obwohl wir gegen die Petition sind, protestieren wir doch gegen die letzten Ausführungen des Herrn Dr. Rive. Den Beamten muß das Petitionsrecht unter allen Umständen und in vollem Umfange gewahrt bleiben. Herr Becker hat sicher gewußt, daß er sich durch Einreichung seiner Petition nicht das besondere Wohlwollen des Oberbürgermeisters erwirbt. Hat er die Petition trotzdem eingereicht, so ist das ein Beweis von Mannesmut, der zu achten ist, auch wenn man, wie wir es im vorliegenden Falle tun, das Petitum ablehnt. — Das Kollegium beschloß dann antragsgemäß Uebergang zur Tagesordnung.

Die Petition auf Gewährung eines einmaligen Beitrages zur Errichtung einer öffentlichen Milchausschankstelle wird auf Vorschlag des Ref. Stadtv. Beige dem Magistrat als Material überwiesen.

Zur wohlwollenden Erwägung überwiesen wird die Petition wegen Anschlusses der Schrebergärten im Süden der Stadt an die städtische Wasserleitung.

Um Pachtnachlaß von 4000 auf höchstens 2000 Mk. hat der Pächter der Sandgrube am Goldberge, Herr Böhme. Er begründete sein Gesuch damit, daß die Grube nicht so ergiebig sei, wie er geglaubt hatte und daß ihm eine andere Sandgrube große Konkurrenz mache. Stadtv. Emmer empfahl als Referent namens des Ausschusses Uebergang zur Tagesordnung, ersuchte aber die Hospitalverwaltung als Eigentümerin des Planes um möglichstes Entgegenkommen. — Stadtrat Dr. Krahmer gab interessante Aufschlüsse über das Vorgehen der Generalkommission in Merseburg. Diese hat einen der Stadt gehörigen Privatweg, durch dessen Freigabe sich Böhme insbesondere geschädigt fühlt, weil dadurch der Weg zu einer anderen Sandgrube geöffnet worden ist, trotz des Protestes der Stadt dem freien Verkehr übergeben; aber der von der Generalkommission eingesetzte Verwalter bequemt sich nicht, die vom Magistrat ihm aufgegebenen Maßnahmen auszuführen, sodaß ihm gedroht worden ist, er werde persönlich für den von ihm verschuldeten Schaden verantwortlich gemacht werden. — Von mehreren Rednern wurde streng der Standpunkt vertreten, daß der Pächter den mit der Stadt abgeschlossenen Vertrag genau einzuhalten hat. — Das Kollegium beschloß dem Antrage des Ausschusses gemäß Uebergang zur Tagesordnung.

Dem Kaufmann Rud. Steusing war die Lieferung von Linoleum für das Riebeckstift und die Sparkasse nicht übertragen worden, obwohl er in beiden engeren Submissionen der Billigste gewesen ist und seine Proben einwandfrei waren. Stadtv. Gygas erklärte, warum von der Baudeputation, welche den Zuschlag erteilt hatte, eine teuere Offerte bevorzugt worden war. Er sprach dabei von „Gefühlen", die die Deputation gehabt habe. Von allen Rednern wurde ihm jedoch bedeutet, daß bei engeren Ausschreibungen der Billigste den Zuschlag zu erhalten hat und daß es die Deputation nichts angeht, ob der Bewerber bei seinem Preise Geschäfte macht. Die Debatte hinterließ einen ungünstigen Eindruck, da kein stichhaltiger Grund angegeben werden konnte, warum ein andrer den Zuschlag bekommen hat.

Zur Berücksichtigung empfohlen wurde eine Petition auf bessere Entwässerung der Weingärten und auf anderweite Benennung des weit vom Viktoriaplatze gelegenen Teiles der Viktoriastraße.

4000 Mk. bewilligt wurden zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit durch Beschaffung guter Kuhmilch und Einführung von Stillprämien. Stadtv. Dr. Schmidt-Rimpler trat neben dem Referenten Stadtverordneten v. Blume für die Bewilligung ein. — Der Gehilfin im Kinderasyl wurde der Lohn um rund 90 Mark erhöht. — Dem Hauspflegeverein wurden 400 Mark bewilligt. — Zur Vergrößerung des Ammoniak-Kondensators im Schlachthofe wurden 4985 Mk. genehmigt. Stadtv. Schmidt rügte als Referent, daß ihm die Vorlage erst fünf Minuten vor der Sitzung zugegangen sei; der Magistrat müsse in Zukunft damit rechnen, daß derartige Vorlagen nicht mehr erledigt werden.

Geschlossene Sitzung.

Gegen die endgültige Anstellung des Polizisten Otto Gaudig (Nr. 173) werden Einwendungen nicht erhoben. — Die Bureauassistenten H. Rühlemann, Karl Fischer und Oskar Marquardt rücken zu Magistratssekretären auf, da drei dieser Stellen frei geworden sind. — Der frühere Polizeikommissar Paul Miethke, seit dem 1. März Polizeiinspektor in Aschersleben, findet nach längerer Debatte Anstellung als Kriminalkommissar für die Sittenabteilung. — Gegen Zahlung von je 400 Mk. übernimmt die Stadt die Verpflichtung, zwei Erbbegräbnisse 30 Jahre lang zu pflegen. — Als Lehrer an der Handwerkerschule werden die Herren Oppmann und Kirschke angestellt.

Schluß ¼9 Uhr.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, den 29. Juni.

Heute begann die vierte diesjährige Sitzungsperiode des Schwurgerichts. Sie wird voraussichtlich fünf bis sechs Sitzungstage in Anspruch nehmen. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Netzbandt. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Schulz. Verteidiger war Justizrat Kühne.

Schwere Urkundenfälschung.

Verhandelt wurde gegen den Agenten Franz Zörner von hier und den Schneidermeister Hermann Heese aus Delitzsch wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle und schwerer Urkundenfälschung. Schon unter dem 26. Mai d. J. berichtete das Volksblatt über ganz unverschämte Schwindeleien, die von den beiden Angeklagten Ende v. J. und Anfang d. J. tatsächlich in den Kreisen Delitzsch, Bitterfeld und im Saalkreis mit großer Raffiniertheit verübt worden waren. Die schon oft vorbestraften Gauner hatten sich im Herbst v. J. im Gefängnis kennen gelernt und mit einander verabredet, nach ihrer Entlassung aus der Strafhaft gemeinsam als Agenten für Grundstücksverkäufe „ihr Brot zu verdienen". Durch Zeitungsinserate wußten sie eine große Anzahl Grundstücksbesitzer, die entweder ihr Grundstück verkaufen oder Geld auf Hypothek leihen erhalten wollten, an sich zu locken. Heese spielte bei den Unterhandlungen in der Regel den Agenten und stellte dann Zörner, meist unter Angabe falschen Namens und Standes, als den angeblichen Käufer vor. Die Verhandlungen waren lediglich Komödie, bei der es den Schwindlern nur auf Erhaschen einer Provision ankam. In eli Fällen gelang es ihnen, Gastwirte, Mühlenbesitzer, Landwirte, Gärtnereibesitzer und andere um Provisionen im Gesamtbetrage von 800 Mark zu prellen. Für diese elf Fälle hatten beide von der Strafkammer Zuchthausstrafen von je fünf Jahren erhalten. Gegen das Strafkammerurteil hat nur Zörner Revision eingelegt. Auch der heute vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gekommene Betrugsfall ist ganz derselben Art wie die früheren. Das Schwurgericht hatte sich nur deshalb mit ihm zu beschäftigen, weil die Schwindler einen Schein-Kaufvertrag sogar im Bureau eines Notars hatten aufsetzen lassen.

Im Januar ds. Js. kam Heese zu einem Gastwirte in Sandersdorf mit dem Anerbieten, ihm einen Käufer für seinen Gasthof verschaffen zu wollen. Er hätte gelegentlich in einem Bitterfelder Restaurant gehört, daß der Gastwirt in Sandersdorf verkaufen wolle. Heese führte dann seinen Komplizen Zörner in der schon oft geübten Weise als angeblichen Käufer beim Sandersdorfer Gastwirt ein. Er stellte ihn als Rentier Friede aus Halle vor. Der vorgebliche Herr Rentier wurde mit dem Gastwirt um den Kaufpreis von 61 500 M. handelseins. Eine Anzahlung von 5000 M. sollte im Februar gezahlt werden. Heese verlangte sofort nach Abschluß der Verhandlungen die vereinbarte Provision von 250 M. Der Gastwirt entgegnete aber, er werde sie im voraus nur dann zahlen, wenn der Kaufvertrag notarisch aufgenommen werde. Der angebliche Rentier Friede erklärte sich hierzu bereit mit der Bemerkung, er sei froh, wenn die Sache so bald wie möglich fest gemacht werde, damit seine Frau, wenn er nach Hause komme, endlich einmal ruhig werde. Die drei fuhren in einem von dem Gastwirte gestellten Wagen nach Bitterfeld und ließen hier den Kaufvertrag im Bureau eines Justizrates notariell aufsetzen und beglaubigen. Dann tranken sie auf Kosten des Gastwirts mit dem Bureauvorsteher einige „gemütliche Schoppen" in einem Gasthause. Heese erhielt nunmehr die ersehnte Provision von 250 M., die er zur Hälfte mit Zörner teilte. Der geprellte Gastwirt erfuhr nachher sehr bald, mit was für Gaunern er zu tun gehabt hatte. Vor dem Schwurgerichte äußerte Zörner, er müsse bei dem Gange zum Notar nicht bei richtiger Ueberlegung gewesen sein; er könne sich gar nicht mehr denken, wie er zu so blödsinnigen Sachen gekommen sei. Selbst der Verteidiger der Angeklagten mußte zugeben, daß man Sympathie mit ihnen nicht haben könne; das würden sie wohl auch selber kaum verlangen. Zweifellos sei das ganze Scheingeschäft eine bodenlose Unverschämtheit. Das Schwurgericht verurteilte unter Versagung mildernder Umstände Zörner zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe, Heese zu einer Zusatzstrafe von einem Jahre Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe, beide außerdem zu Ehrverlust von zehn Jahren.

Strafkammer.

Halle, den 26. Juni.

Ein angebliches Mißverständnis. Ein Geschirrführer hatte am 17. Mai sein Geschirr unbeaufsichtigt auf der Straße stehen lassen und wurde deshalb von einem Polizisten zur Rede gestellt. Als der Beamte an das Pferd herantrat, will der Geschirrführer gesagt haben: „Lassen Sie das gehen, das ist nämlich ein Verbrecher." Der Polizist will aber mit Bestimmtheit aus dem Munde des Geschirrführers die Worte vernommen haben: „Fassen Sie das Pferd nicht an, das beißt und kann Verbrecher nicht leiden." Der Polizist bezog den Ausdruck Verbrecher auf sich, und das Schöffengericht verurteilte den Geschirrführer nach erstatteter Anzeige wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis und wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung zu 9 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt mit der Behauptung, er habe mit dem Ausdruck Verbrecher nicht den Beamten, sondern sein Pferd gemeint; denn unter den Geschirrführern bezeichne man bissige Pferde als Verbrecher. Da der Angeklagte vorbestraft ist und zwei Polizisten bekundeten, daß der Angeklagte mit dem Ausdruck nicht sein Pferd gemeint hat, kam das Gericht zur Verwerfung der Berufung.

27. Juni.

Diebstahl von Telegraphendraht. Zwei schon oft vorbestrafte 50jährige Arbeiter von hier rissen in der Nacht zum 4. Juni in der Beesenerstraße von der Telegraphenleitung etwa 300 Meter Kupferdraht herunter. Sie steckten ihre Diebesbeute in einen Sack und trugen sie fort, wurden aber in der Artilleriestraße von einem Wächter, der Verdacht schöpfte, angehalten. Der eine Täter hat sich seit zehn Jahren keinen Diebstahl mehr zuschulden kommen lassen. Mit Rücksicht hierauf und auf den Umstand, daß der Draht der Leitung bereits gerissen war und von den Stangen herunter hing, hielt die Strafkammer bei dem einen eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten für ausreichend. Der andere erhielt sechs Monate Gefängnis wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle.

Aus den Gemeinden.

Rasberg bei Zeitz. Gemeindevertreter-Sitzung am 22. Juni. Die für 8 Uhr anberaumte Sitzung konnte, infolge des späten Erscheinens einiger Mitglieder, erst um 9 Uhr beginnen. Sehr treffend bemerkte der eine Vertreter, daß man mit der Annahme der Wahl auch die Verpflichtung übernommen hat, die Sitzungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Oder liegt die Schuld vielleicht daran, daß die Vertreter den festgesetzten Termin meist erst kurz vorher erfahren und sich nicht darauf einrichten können? Zuerst wurde die Abrechnung von 1907 verlesen, die Einnahme betrug 48 249 Mk., die Ausgabe 47 516 Mk., so daß ein Bestand von 733 Mk. verblieb. Dann wurde das Gemeinde-Inventarium bekannt gegeben. Ferner bittet Herr Lehrer Eifrig in einem Schreiben um Zurückerstattung von 15 Mk. Mehrkosten für Heizung der Schulstube. Die 15 Mk. wurden bewilligt und gleichzeitig der bisherige Betrag von 60 auf 75 Mk. erhöht. Bekannt gemacht wurde, daß unser Ort am 5. und 6. September Einquartierung von 7 Offizieren, 47 Mann und 37 Pferden erhält. Herr Döring beschwert sich über die Anlage der Kanalmündung, welche direkt unter den Fenstern seines Wohnhauses in den Bach mündet. An besonders heißen Tagen ist der Duft, welcher der „Parfümflasche" des ganzen Dorfes entströmt, derartig, daß sämtliche Anwohner schleunigst die Fenster schließen müssen. Solche Zustände sind doch im höchsten Grade gesundheitsschädlich und gesetzwidrig. Der Kanal könnte doch unterhalb des Dorfes in den Bach münden. Bei einer Summe von 35 000 Mk., welche für Straßenpflasterung und Kanalisation ausgegeben wurde, wären doch wohl die dadurch entstehenden Mehrkosten kaum ins Gewicht gefallen. Ebensogut hätte auch der Weg bis zur Steingasse gepflastert werden können, da sich gerade hier der ganze Fußgängerverkehr von und nach der Stadt entwickelt. Der jetzige Zustand ist durch Zuschüttung des alten Wassergrabens schlechter als vor der Pflasterung, da das Wasser nun über den ganzen Weg läuft und bei Regenwetter kaum passierbar ist. Sehr zu wünschen wäre es, wenn die Gemeindevertreter energisch auf Abstellung der gerügten Uebelstände drängen.

Büchermarkt.

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben Nr. 13 des 18. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum sechsten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Luise Zietz. — Ein Schritt vorwärts. — Schulspeisung. IV. Von Luise Kautsky. — Eine Organisation für die weibliche Jugend. Von Enny Stock. — Paris in der Textilindustrie. Von H. Jäckel. — Die dänischen Frauen wählen. Von Andrea Brochmann. — Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. (Schluß.) — Zur Dienstbotenfrage. Von Uhl. — Feuilleton: Der Auszug. Von Emile Verhaeren. Deutsch von Ludwig Scharf. (Gedicht.) — Der bunte Vogel. Von Otto Erich Hartleben.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Der Abend. Von Eichendorff. (Gedicht.) — Waldschulen. Von Otto Rühle. — Geduld. Von Herm. v. Gilm. (Gedicht.) — Etwas vom Leben. Von Hannah Dorsch. II. (Fortsetzung.) — Die Mutter als Erzieherin.

Eingesandt.

Flußfreibad für Halle-N.

Mit lebhaftem Interesse und großer Freude habe ich die an dieser Stelle erfolgten Meinungsäußerungen über die Einrichtung eines Flußfreibades, das den Bewohnern des nördlichen Teiles unserer Stadt nicht zu entlegen ist, gelesen.

Ich zweifle nicht daran, daß unsere städtischen Behörden der Angelegenheit wohlwollend gegenüberstehen. Aber der jungen Großstadt stellt die moderne Zeit eine solche Fülle von Aufgaben, daß notgedrungen manches zurückgestellt werden muß. Das wird unter mehreren gleich guten und notwendigen Dingen naturgemäß dasjenige sein, dessen Ausführung 1. besondere Bedenken und Schwierigkeiten gegenüber stehen, und 2. keine besonderen Förderer und Verfechter erstehen. Diese beiden Gründe haben auch bisher bewirkt, daß das obengenannte Projekt noch nicht zur Ausführung gelangt ist.

Ja, wenn man „an der Saale hellem Strande" in klare, reine Fluten blickte, wäre sicher schon seit Jahrzehnten hier und da eine Volksbadegelegenheit entstanden. Aber in dem durch die Abwässer der Großstadt so böse verunreinigten Flusse eine geeignete Badestelle ausfindig zu machen, hat solche Schwierigkeiten, daß es von vielen für unmöglich erklärt wurde.

Nun scheint mir, als habe der Hallesche Bürgerverein mit seiner Platzsuche Glück gehabt, als er auf die Stelle in der Nähe der Köckerschen Badeanstalt an der Peißnitz kam. Seine Lage zur Gesamtstadt, die nach den jetzigen Umständen zufriedenstellenden Wasserverhältnisse lassen ihn für sehr brauchbar erscheinen. Als Mitglied des untengenannten Vereins möchte ich hier aber hervorheben, daß in der früheren Gemeinde Kröllwitz schon vor längeren Jahren Bestrebungen im Gange waren, in der wilden Saale, unweit der Peißnitzspitze und des Gestüts ein Volksbad zu schaffen. Die Sache scheiterte meines Wissens daran, daß sich hier die leitenden Kreise, wie leider so oft in ländlichen Gemeinden, ihrer sozialen Pflichten noch nicht genügend bewußt waren. Auch an dieser Stelle sind die Wasserverhältnisse günstig; denn die vom ersten Einsender erwähnten Abwässer der Irrenanstalt sind bei ihrer geringen Menge und der großen Entfernung der Mündungsstelle wohl kaum noch merkbar. Eine wiederholte fachmännische Prüfung der Wasser an beiden Orten würde angebracht sein, worauf bei gleicher Wasserbeschaffenheit natürlich in Rücksicht auf die bequemere Lage das Kröllwitzer Projekt zurücktreten müßte.

Ist nun mit der Ortsfrage die erste Hemmung der Verwirklichung der Badesache überwunden, so scheint es damit auch zugleich die zweite zu sein. Denn soviel mir bekannt ist, wollte der Bürgerverein Halle-Nord diese Angelegenheit schon längst zu der seinen machen, und in ihm würde derselben ein energischer Verfechter erstehen. Es ist dann zu erwarten, daß auch in den anderen Vereinen des Nordens, Ostens und des Zentrums die gleichen Wünsche lebhafter hervortreten. Und es handelt sich ja nicht um große Summen für den Stadtsäckel. Unsere Baulente in der Stadtverwaltung werden es schon ermöglichen, mit wenig Geld eine freundliche, zweckmäßige Anlage zu schaffen, die doch noch etwas anders aussieht, als die „Bretterbude" des ersten Einsenders.

Ein Mitglied des Vereins zur Wahrung Kröllwitzer Interessen.

Eingesandt.

Anschließend an das Eingesandt, betreffs das Treiben der Kinder auf dem Wettinerplatze, glaube ich, daß es in der Stephanstraße noch toller hergeht. Vom frühen Nachmittag bis spät in die Nacht wird da Fußball gespielt und es gehören wirklich gute Nerven dazu, das Geschreie und Johlen mit anzuhören. Auch werden nebenbei diverse Fensterscheiben eingeworfen. In den Anlagen an der Kirche sind, trotzdem diese durch ein Gitter eingezäunt sind, mitunter mehr Kinder als auf der Straße. Dieses Treiben geht bis spät abends. Eisenfender dieses hat schon einmal die Polizei in Anspruch nehmen müssen, auch öfter zur Selbsthilfe gegriffen, in dem er mit dem Stock dazwischen gefahren ist, aber es hat nicht viel geholfen. Glaubt man aber, daß endlich das Fußballspiel zu Ende ist, geht es mit Radfahren los, indem Radfahrunterricht abgehalten wird. Von 8 Uhr abends ab ist manchmal förmliches Radrennen und man muß wirklich aufpassen, um nicht überfahren zu werden. Sollte hier keine Abhilfe geschaffen werden können? Ich meine, der Roßplatz ist doch groß genug, um dort Radfahren zu lernen, aber nicht in einer bewohnten Straße. Pflicht der Polizeiverwaltung ist es, hier einmal Hand anzulegen. W. B.

Quittung.

Für ein eigenes Blatt gesammelt bei den Freien Turnern in Bornitz 1.60 Mark. E. Beyer.

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0011

Saison-Räumungs-Verkauf!

Um mit den von der Frühjahrs- u. Sommer-Saison noch vorhandenen Beständen zu räumen, verkaufen wir alle der Mode unterliegenden Waren

zu ganz bedeutend, teils bis zur Hälfte ermässigten Preisen.

Wir empfehlen besonders:

Grosse Posten **Staubpaletots** moderne, helle und dunkle Dessins, hübsch garniert 12.75 9.— 7.50 5.75 **3.75** M.

Grosse Posten **Taffetjacken** Ia. Qualitäten, Liftboys, mit Sammetband u. Tresse garniert 15.— 13.— 12.— **9.00** M.

Grosse Posten **Reise-Kostüme** letzte Neuheiten in Stoffen engl. Art 18.— 12.— 9.— **6.00** M.

Gr. Posten **Alpacca-Kostümröcke** helle Dessins mit farbiger Kante **5.50** M.

Grosse Posten **Mousseline-Blusen** reine Wolle, hübsch gearbeitet 5.75 4.50 3.75 **2.00** M.

Grosse Posten **Batistblusen** unerreicht preiswerte Angebote. 3.90 3.50 2.00 1.50 **95** Pf.

Grosse Posten **Waschkleider** imit. Leinen in hellblau und mode, aparte Façons. 16.75 13.50 11.— **8.50** M.

Grosse Posten **Sammetjacken** neue Façons in Ia-Qualitäten, früherer Preis 45 M. **25** M.

Grosse Posten **engl. Paletots** für die Reise geeignet, praktische Dessins 11.— 8.75 7.50 **5.75** M.

Grosse Posten **Reise-Paletots** auf Seide gearbeitet, in modernen Mustern **6.75** M.

Grosse Posten **Passenstoffe** in Tüll u. Spachtel, neue Dessins Meter von **68** Pf. an.

Grosse Posten **Valencienne-** Spitzen und Einsätze Meter von **3** Pf. an.

Grosse Posten bunt-seidene **Tressenbesätze** in verschiedenen Breiten, Wert bis 60 Pf., jetzt zum Aussuchen Meter **8** Pf.

Grosse Posten **Sonnen-Schirme** reizende Neuheiten in jeder Geschmacksrichtung Stück von **1** M. an.

Grosse Posten **Halb-Handschuhe** lang, für Damen weiss Paar **25** Pf.

Grosse Posten **Kinder-Söckchen** in reizenden Dessins, sämtl. Grössen vorrätig Paar von **20** Pf. an.

Seidenstoffe Meter von **60** Pf. an.

Grosse Posten **Kleiderstoffe und Blusenstoffe** hervorragend billig!

Halbfertige Roben Stück von **4** M. an.

Wasch-Unterröcke moderner Schnitt mit eleganten Volants von **1.50** M. an

Anstands-Röcke in schönen Dessins von **1.25** M. an

Seidene Unterröcke bedeutend ermässigt.

Grosse Posten **Levantine** für Blusen u. Kleider Meter von **20** Pf. an

Grosse Posten **Woll-Mousseline** neue, entzückende Muster Meter von **60** Pf. an

Grosse Posten **Mousseline** für Blusen u. Kleider Meter 33 30 u. **25** Pf.

Grosse Posten **Drell-Handtücher** weiss, 50×100 cm gross Stück **30** Pf.

Grosse Posten **Tischtücher** gesäumte, 130×225 cm gross Stück **2.95** M.

Grosse Posten **Servietten** gesäumt, Stern- und Blumenmuster Stück **29** Pf.

Tändelschürzen weiss und bunt, mit und ohne Träger von **15** Pf. an

Hausschürzen mit und ohne Träger, nur gute Stoffe von **45** Pf. an

Mieder-, Reform- u. Kimonoschürzen, einzelne Musterstücke von **75** Pf. an

Grosse Posten

Portièren, Kantonièren, Teppiche, Gardinen, Decken etc.

weit unter Preis.

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Die neue Aera in der Hauswäsche

der vollständige Wandel der bisherigen Waschmethoden wurde hervorgerufen durch das erste Waschmittel der neuen Richtung „Ding an sich". Es bleibt auch das beste. Man lasse sich durch unvollkommene Nachahmungen nicht irreführen, die zum Teil einen erheblichen Zusatz an Soda enthalten. Autoritäten auf diesem Gebiete bekunden übereinstimmend, dass kein einziges der zahlreichen Plagiate und Imitationen auch nur annähernd den praktischen Erfolg sichert wie „Ding an sich". Frei von Chlor und Soda. Frei von allen die Wäsche angreifenden Bestandteilen. Wäscht, bleicht und desinfiziert gleichzeitig, fast ohne Mühe, wesentliche Zeit- und Geldersparnisse. **Chlor** zerfetzt die Wäsche, **Soda** macht sie gelb, und grössere Mengen davon sind schädlich.

„Zu haben in den bekannten Geschäften."

Zeitz Geschäfts-Uebernahme. Zeitz

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß Herr **Karl Stöhr** aus **Zeitz** mein, seit 12 Jahren betriebenes

Kohlengeschäft

käuflich erworben hat. Für das mir bisher geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auf meinem Nachfolger übertragen zu wollen.

Zeitz, den 30. Juni 1908. **Julius Fichtler.**

Bezugnehmend auf das Vorstehende wird es mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrenden werten Kunden in derselben reellen Weise prompt zu bedienen, wie mein Vorgänger.

Hochachtungsvoll **Karl Stöhr,** Wendischestr. 27.

Harzklub-Routenkarte

der Wanderwege, der wichtigsten Fahrstrassen, Post- u. Omnibus-Linien

im Harz.

Sommer 1908.

Preis 25 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.

Geschäfts-Eröffnung.

P. P.

Hierdurch allen werten Genossen, sowie meinen Verbandskollegen, Freunden und Nachbarn die Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage

Triftstrasse 29 (Ecke Rosenstrasse)

ein

Zigarren-Spezial-Geschäft

eröffnet habe. Durch Einkauf nur bester Qualitäten bin ich in der Lage, eine tadellose Zigarre führen zu können.

Ferner empf. meine vorzügl. Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.

Mit der Bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen zeichne hochachtungsvoll **Artur Koch.**

Mackëin-Farbe

(Marke patentamtlich geschützt).

Der idealste Innenanstrich.

Vollkommenster und billigster Ersatz für Leimfarbe.

Zu haben in den meisten Drogen- und Farbenhandlungen.

en gros en detail bei **Max Ott,** Steinweg 26.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandl.

H. Böhlerts Nachfolger

Glauchaerstraße 75

dicht an der Glauchaischen Kirch

empfiehlt diese Woche in bekannte Güte:

frische Fleisch- und Wurst waren.

Dank.

Anläßlich des Begräbnisses meiner so plötzlich verstorbenen Gattin, unserer guten Mutter, sagen wir all den zahlreichen Blumenspendern, besonders aber den Mitarbeitern der Papier-Fabrik Wetzel und Neumann und dem Holzarbeiterverband unseren herzlichsten Dank.

Zeitz, den 29. Juni 1908.

Familie Bergner.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimgange meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters, sagen wir allen aufrichtigen Dank.

Mathilde Pille nebst Kindern.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080701-14/fragment/page=0012